

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 13. Juni 2013

Inhalt

Fragestunde (S. 222)

Aktuelle Stunde (S. 239)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: „Haushaltsreform für das Land Kärnten“

Redner: Ing. Hueter (S. 239), Leikam (S. 240), Mag. Leyroutz (S. 241), Dr. Lebersorger (S. 243), Dr. Prasch (S. 243), Mag. Trodt-Limpl (S. 244), Gaggl (S. 245), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 246), Lobnig (S. 247), Dr. Lesjak (S. 248), Mag. Schalli (S. 250), Mag. Malle (S. 251)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Prasch (S. 252)

Ldtgs.Zl. 64-14/31:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 13.6.2013 auf Antrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend die Überprüfung der Wahlkampfkosten der Parteien durch den Landesrechnungshof

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 252), Seiser (S. 252), Dr. Lesjak (S. 253), Ing. Hueter (S. 253)

Einstimmige Annahme (S. 253)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Prasch - Zurückziehung des Antrages betreffend Richtlinien für Ermessensausgaben und Werbekosten (S. 253)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyroutz (S. 253)

Ldtgs.Zl. 23-4/31:

Antrag zur Geschäftsbehandlung von Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung sämtlicher Transaktionen rund um den Erwerb der Seeliegenschaften (Hafnersee, Maltschachersee und Ossia-

chersee samt den darauf befindlichen touristischen Einrichtungen und Bad Saag)

Zur Geschäftsordnung: Seiser (S. 255), Dr. Lesjak (S. 255), Dr. Prasch (S. 255), Ing. Hueter (S. 255), Mag. Trodt-Limpl (S. 256)

Zur Geschäftsordnung: Seiser – Antrag auf Sitzungsunterbrechung (S. 256)

(Unterbrechung der Sitzung von 11.38 Uhr bis 11.51 Uhr.)

Einstimmige Annahme des Antrages betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (S. 256)

(Unterbrechung der Sitzung von 11.54 Uhr bis 12.14 Uhr.)

Ldtgs.Zl. 64-13/31:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 13.6.2013 auf Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Überprüfung der Werbeausgaben der Mitglieder der Kärntner Landesregierung (2004-2013) durch den Landesrechnungshof

Einstimmige Annahme (S. 256)

Tagesordnung (S. 258)

1. Ldtgs.Zl. 14-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (24. Kärntner Dienstrechtsgesetz-Novelle) geändert werden und ein Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Kärnten (Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz) erlassen wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Ing. Rohr (S. 258)

Redner: Scherwitzl (S. 260), Dr. Lesjak (S. 262), Dr. Prasch (S. 263), Mag. Malle (S. 263), Dr. Kaiser (S. 264)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 265)

2. Ldtgs.Zl. 52-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem ein Kärntner Bauproduktgesetz – K-BPG erlassen wird sowie die Kärntner Bauordnung 1996 geändert wird

./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Primus (S. 267)

Redner: Ing. Ebner (S. 267)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 269)

3. Ldtgs.Zl. 93-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahre 2011

Berichterstatter: Mag. Zoppoth (S. 269)

Redner: Tiefnig (S. 270), Wieser (S. 270), Anton (S. 271)

Einstimmige Annahme (S. 272)

4. Ldtgs.Zl. 64-12/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen betreffend sofortige Auflösung des Werbemittelbestandes von Ex-Regierungsmitglied Gerhard Dörfler (FPK) und Übergabe an Kärntens Sozialeinrichtungen

Berichterstatterin: Rohrer (S. 272)

Redner: Seiser (S. 272), Mag. Leyroutz (S. 274, 280), Ing. Schabus (S. 276), Mag. Theuermann (S. 276), Korak (S. 277), Dr. Lesjak (S. 278)

Abänderungsantrag von Abgeordneten des F-Klubs – Einstimmige Annahme (S. 281)

Einstimmige Annahme (S. 281)

5. Ldtgs.Zl. 16-3/31:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes (S. 281)

Mitteilung des Einlaufes (S. 283)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 283)

1. Ldtgs.Zl. 58-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Maßnahmenpaket für freiwillige Helfer

Zur Begründung der Dringlichkeit: Trettenbrein (S. 283)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Johann (S. 284), Köchl (S. 284), Ing. Hueter (S. 285)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: nein, BZÖ: ja) (S. 286)

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen (S. 286)

2. Ldtgs.Zl. 59-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend kein Aufschnüren des Volksgruppengesetzes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Lobnig (S. 286)

Zur Dringlichkeit: Strauß (S. 287), Mag. Kuchling (S. 288), Wieser (S. 289)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: nein, BZÖ: nein) (S. 290)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 290)

B) Dringlichkeitsanfrage:

Ldtgs.Zl. 32-5/31:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs an Landesrat Köfer betreffend weitere Vorgangsweise bei der B 100 Drautal Straße

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält die erforderliche Mehrheit (SPÖ: ja, F: nein,

ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: nein, BZÖ: nein)
(S. 290)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing.
Hueter (S. 290)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 291)

D) Petition (S. 293)

Beginn: Donnerstag, 13.6.2013, 09.06 Uhr

Ende: Donnerstag, 13.6.2013, 16.42 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.06 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

B u n d e s r ä t e : Poglitsch

M i t g l i e d e r d e r L a n d e s r e g i e r u n g :
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste
Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prett-
ner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin
Mag. Dr. Schaunig-Kandut, Landesrat
Mag. Ragger, Landesrat **Dr. Waldner**, Lan-
desrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Guten Morgen, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf Sie alle sehr, sehr herzlich zur 4. Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen und eröffne diese! Die Einladung mit der entsprechenden Tagesordnung ist Ihnen zeitgerecht zugegangen. Ich begrüße auf der Regierungsbank den Herrn Landeshauptmann Dr. Kaiser, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut, den Herrn Landesrat Dr. Waldner, den Herrn Landesrat Holub, den Herrn Landesrat Mag. Ragger und den Herrn Landesrat Köfer! Besonders begrüßen darf ich auf unserer Zuhörertribüne die 4 d-Klasse des Europagymnasiums, unter der Begleitung von Herrn Professor Mag. Gernot Isola und Frau Mag. Rebecca Wallner! Sie werden dann im Anschluss die Gelegenheit haben, mit Abgeordneten der einzelnen Klubs um 11.00 Uhr in Diskussion zu treten. In der Mittagspause, wenn es möglich ist, werden wir uns

noch persönlich treffen und begegnen. (*Beifall im Hause.*) Ich darf ebenso die Polytechnische Schule Villach herzlich begrüßen, in Begleitung von Herrn Manfred Heissenberger und von Frau Eveline Mohr! Sie sind mit 21 Schülerinnen und Schülern vertreten und werden dann um 10.15 Uhr den nebenan liegenden Wappensaal besichtigen. (*Beifall im Hause.*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße natürlich ebenso die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die räumlich anwesend sind, aber natürlich auch jene, die die Landtagssitzung via Live-Stream und Internet mitverfolgen! Ich begrüße natürlich auch alle interessierten Kärntnerinnen und Kärntner, die heute via Internet unsere Sitzung verfolgen! Wir haben für die heutige Sitzung festzustellen, dass der Landtag beschlussfähig ist. Von den Abgeordneten ist niemand entschuldigt. Die Bundesratsbank ist bis auf Ausnahme des Herrn Bundesrates Poglitsch vorübergehend noch unbesetzt. Zum Geburtstag in Abwesenheit darf ich gratulieren: Am 29. 5. hat der Herr Landeshauptmann a. D., Bundesrat Gerhard Dörfler, Geburtstag gehabt, am 30. 5. hat Herr Bundesrat Günter Novak Geburtstag gehabt und heute, wenn meine Unterlagen stimmen, darf ich besonders herzlich zum Geburtstag dem Herrn Landesrat Rolf Holub gratulieren! Alles Gute, viel Erfolg, Gesundheit für seine Arbeit! (*Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn dieser Sitzung zur

Ing. Rohr

Fragestunde

Die entsprechenden Anfragen sind den Klubs mitgeteilt worden. Ich darf, bevor wir die Fragestunde eröffnen, auch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettner sehr herzlich auf der Regierungsbank begrüßen! Damit ist die Regierungsbank komplett. So wie es in der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages steht, nimmt offensichtlich auch die neue Regierung ihre Verantwortung gegenüber dem neu gewählten Landtag sehr ernst, indem sie an den Sitzungen des Landtages in großer Präsenz teilnimmt. Zur Fragestunde, die 1. Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 4/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Landesrat Dr. Waldner

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Pirolt ans Rednerpult und weise darauf hin, dass er fünf Minuten Redezeit hat. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsbank! Werte Kollegen und Kolleginnen im Landtag! Werte Schüler, die heute hier anwesend sind! Die Burg Hochosterwitz ist ja für die Kärntner, für das Land Kärnten, für den Tourismus, für die Wirtschaft und für die Menschen in Kärnten eigentlich das kulturhistorische Juwel schlechthin. (*Abg. Dr. Lesjak: Geh, haben wir nur das?*) Bitte? (*Abg. Mag. Kuchling: Haben wir nur das?*) Als sichtbares Zeichen jedenfalls steht es in Mittelkärnten unübersehbar und ist durchaus – sage ich einmal – für Kärnten eines der Paradebeispiele für den Tourismus und wird auch als solches gesehen.

Herr Landesrat: Welche Schritte werden Sie als Kulturreferent setzen, damit die für den Erhalt des Kulturjuwels „Burg Hochosterwitz“ dringend benötigten Sanierungsmaßnahmen raschest umgesetzt werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich darf Sie um Ihre Beantwortung bitten!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren auch auf der Besuchertribüne und zu Hause! Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihre Frage gerne, auch wenn sie aus meiner Sicht aufgrund der zeitlichen Abläufe schon überholt ist und aufgrund der Entwicklungen, die seither geschehen sind. Um gleich auf den Punkt zu kommen: Es freut mich natürlich insbesondere als Tourismuslandesrat aber auch als Kulturlandesrat, auch als im Bereich des Gemeindereferates für die Bedarfszuweisungen gemeinsam mit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zuständiger Referent, dass die Burg Hochosterwitz ihre Pforten wieder geöffnet hat und dass dieses kulturhistorische Juwel, wie Sie es genannt haben, der Öffentlichkeit seit Mitte Mai, also seit über einem Monat, wieder zur Verfügung steht, eben aufgrund der rasch getroffenen Entscheidungen im Gemeindereferat, wo die Mitfinanzierung der dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen gemeinsam beschlossen wurde. Wir haben in konstruktiven Gesprächen, die sich über mehrere Wochen gezogen haben, unter Einbeziehung aller Beteiligten alle möglichen Varianten diskutiert, vor allem aber den Hauptaspekt der Sicherheit für die Besucher diskutiert, aber auch den Aspekt der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit. Es waren auch andere Beträge für Sanierungsmaßnahmen in der Debatte. Wir haben dann aber eine Variante gewählt, die notwendige Sicherheit bietet – das ist das Wichtigste gewesen – die sich mit relativ vertretbaren Kosten zu Buche schlägt, nämlich mit 125.000,-- Euro. Von diesen 125.000,-- Euro wird ein Drittel, das sind 42.000,-- Euro, gemeinsam von der Gemeinde St. Georgen und vom Land Kärnten getragen und der Rest vom Eigentümer. Damit konnten wir eine umgehende Sanierung und eine Öffnung der Burganlage gewährleisten. Sie haben aus den Medien sicher

Dr. Waldner

auch entnommen: Es wurde zwischen dem zweiten und dritten Tor eine Art Überdachung gebaut, sodass jetzt alle Besucher und Besucherinnen den Weg gefahrlos beschreiten können. Wir haben vor allem eine einvernehmliche Lösung gemeinsam mit dem Burgeigentümer, mit dem Herrn Khevenhüller, gefunden. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Dr. Waldner! Gibt es von Seiten der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall!

Von der ÖVP eine Zusatzfrage? – Abgeordneter Gaggl. Bitte ihn, diese Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Hochosterwitz war auch Thema zumindest der Diskussion der Landesausstellung.

Inwiefern ist diese Burg Hochosterwitz noch ein Thema oder gibt es neue Überlegungen zum Thema Landesausstellung rund um Hochosterwitz?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Dr. Waldner, bitte um Ihre Antwort!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Das Thema Landesausstellungen ist eines, das uns in mehrfacher Hinsicht begleitet, auch Hochosterwitz ist im Gespräch. Uns liegen oder mir liegen jetzt im Wege der Kulturabteilung sicher ein Dutzend von Vorschlägen, von Ideen zu Landesausstellungen vor. Auch einige der hier anwesenden Abgeordneten haben schon seit längerem mit uns über solche Projekte diskutiert oder Vorschläge gemacht. Ich möchte dazu nur sagen, ja, es stimmt, bei Hochosterwitz gibt es auch ein Projekt. Ich habe selbst einen Projektvorschlag bei Herrn Khevenhüller gesehen als ich ihn besucht und mich vor Ort von der Situa-

tion überzeugt habe, aber zum Thema Landesausstellungen wollen wir eine Gesamtevaluierung aller Projekte machen und erst dann, wenn wir die Budgetverhandlungen für die nächsten Jahre abgeschlossen haben, wenn wir wissen, wieviel Geld zur Verfügung stehen wird, wenn wir wissen, welche Prioritäten wir überhaupt setzen können, unter anderem auch im Kulturbereich, werden wir uns diesem Thema widmen. Diese Vorgangsweise ist auch mit dem Herrn Landeshauptmann abgesprochen. Hochosterwitz, ja, theoretisch auch möglich, aber zur Zeit noch keine konkreten Überlegungen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat! Herr Abgeordneter, bitte wieder Platz zu nehmen! Gibt es von Seiten der Grünen eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Vom Team Stronach? – Auch nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, wenn es gewünscht ist. Bitte, Herr Abgeordneter Pirolt!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Nachdem der Formalismus es so erfordert und ich die Anfrage bei der letzten Sitzung nicht stellen konnte, ist es auch nicht unbedingt mein Versäumnis, dass es erst etwas verspätet passiert.

Herr Landesrat, gedenken Sie auch – und es gibt eine Problematik zumindest um die Burg Hochosterwitz mit der Vergnügungsabgabe, da liegt ja durchaus schon ein jahrelanger Streit zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer vor – insgesamt aus Ihrer Abteilung die Vergnügungsabgabe zu hinterfragen, eventuell neu zu bewerten und vielleicht einen Katalog zu erstellen, um diese Diskussionen grundsätzlich außer Frage zu stellen, denn Vergnügungsabgabe für eine Burg Hochosterwitz zu leisten, ist, glaube ich, in einer Zeit wie dieser, wo man Tourismus und ähnliche Wirtschaftszweige damit ankurbeln und antreiben will, verfehlt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Dr. Waldner, bitte!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Danke, Herr Abgeordneter! Der Umstand, dass ich das letzte Mal im Landtag nicht anwesend war und daher die Frage nicht beantworten konnte, hätte an der Antwort nichts geändert, weil diese Einigung auch beim letzten Mal schon erzielt war und die Schritte schon gesetzt waren. Aber ich freue mich, dass wir so schnell eine Lösung gefunden haben, die eben schon seit einem Monat umgesetzt ist. Was die Vergütungsabgabe betrifft, ist mir die Diskussion bekannt. Ich habe selbst mit dem Herrn Khevenhüller darüber geredet und weiß, dass seitens der Gemeinde heftigst diskutiert wird. Es ist nicht meine Angelegenheit, mich als Tourismuslandesrat oder als Kulturreferent jetzt in diese Sache einzumischen, aber ich bin sicher, dass man da in Diskussionen einen Weg finden wird. Abgaben sind grundsätzlich zu leisten, aber wenn es eine Einigung gibt zwischen der Gemeinde, dem Eigentümer und dem Land und dem dafür zuständigen Referenten, werden wir sicher auch nichts dagegen haben. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat! Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage Nummer

2. Ldtgs.Zl. 5/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Anton an Landesrat Dr. Waldner

Ich bitte den Herrn Abgeordneten um seine Anfrage!

Abgeordneter **Anton** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Liebes Publikum auf der Zuhörertribüne! Bad Bleiberg ist ja in den letzten Jahren auch durch den Niedergang des Bergbaus mehr oder weniger problematisch geworden. Jetzt tut sich ein neues Problem auf in Bad Bleiberg, und zwar ist das die drohende Schließung der Therme. Vor dem Wahlkampf konnten wir ja gemeinsam mit dem Präsidenten eine Unterschriftenliste übernehmen und konnten fast 2.000 Un-

terschriften, die für den Erhalt dieses Bades unterschrieben wurden, übernehmen. Mir geht es heute darum, einmal zu wissen, wie es eigentlich mit Bad Bleiberg und mit dem Bad weitergehen soll. Ich frage den zuständigen Landesrat Dr. Waldner:

Welche Maßnahmen werden Sie in Ihrer Funktion als Gemeinde- und Tourismusreferent zur Rettung der Therme in Bad Bleiberg setzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landesrat Dr. Waldner um seine Antwort bitten!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Danke, Herr Abgeordneter Anton! Ja, es ist bekannt, das Thema wird schon lange diskutiert. Wir wissen alle, dass es schon vor zehn Jahren einen Vorschlag, ein Projekt gegeben hat, das dann aus den verschiedensten Gründen nicht zustande gekommen ist. Die Herangehensweise jetzt ist meiner Meinung nach schon ein bisschen symptomatisch für die Vorgangsweise unserer Vorgängerregierung, wie man an die Politik herangegangen und wie man Projekte angegangen ist. Das möchte ich nur vorausschicken. Eines ist klar, die Therme in Bad Bleiberg ist ein Impulsgeber für die Bleiberger Gegend und für das Hochtal in Bleiberg. Das ist, glaube ich, unbestritten, aber dass die Probleme, die jetzt bestehen, auch bestehen, weil sie zum Teil hausgemacht und vor Ort zu verantworten sind, ist auch festzuhalten. Und deswegen ist es gerade jetzt wichtig, dass wir nicht den dritten Schritt vor dem ersten setzen und schon jetzt über die Finanzierung sprechen, nämlich eines neuen Projektes, eines abgeänderten Projektes – es gibt ja mittlerweile schon die dritte Variante – und vor allem, dass wir auf die konkrete Situation eingehen, in der wir uns jetzt befinden, in der sich das Land befindet. Darüberhinaus ist es auch bekannt, dass vor Ort keine Anspargungen und keine Anstrengungen getätigt wurden, um zumindest eine Teilfinanzierung zu ermöglichen. Es gibt einen ausgedehnten Briefverkehr/Korrespondenz, den ich noch als Gemeindefereferent geführt habe im Wege der Abteilung mit der Gemeinde und wir sind jetzt in der Situation, dass wir sachlich und seriös dieses Problem,

Dr. Waldner

auch dieses Thema angehen müssen. Zu dem sehen wir uns auch verpflichtet jetzt als neue Regierung in der Konstellation, wie wir hier sitzen. Wir wollen bei all diesen Projekten – das betrifft nicht nur die Therme Bad Bleiberg, sondern auch ähnliche, andere Projekte – zuerst eine Art Gesamtschau haben, was das ganze Land betrifft, dann eine fachliche Beurteilung nicht nur eines Mosaiksteines in dieser Landschaft, sondern des Gesamtbildes und dann strategisch entscheiden, was wichtig ist und was richtig ist. Als Tourismusreferent, als der ich hier spreche, habe ich die Verantwortung, diese Gesamtausrichtung und die strategische Ausrichtung im Tourismusbereich auch mitzugestalten. Ich habe aus diesem Grund um eine Gesamtevaluierung aller Kärntner Bäder durch die Tourismus Holding ersucht, angefangen bei den Thermen – das heißt, auch die Therme Bad Bleiberg – über die Hallenbäder bis hin zu den Badehäusern, die ja auch in Diskussion sind. Und zwar sollte diese Gesamtevaluierung nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit gestaltet sein und nach der Effizienz und eine Grundlage bieten für eine strategische Entscheidung, bei welchen Projekten wir in Zukunft in Kärnten gesamt betrachtet den dringendsten Handlungsbedarf haben und wo wir dann aufgrund der Budgetlage, wie wir jetzt seit kurzem auch wissen, seit dem Kassaturz, dann Prioritäten setzen werden. Denn eines muss klar sein und das möchte ich auch noch festhalten, wir müssen aufgrund der Finanzgebahrung der Vergangenheit jetzt noch genauer, noch sachlicher, noch seriöser planen, müssen Prioritäten setzen, wie wir strategisch unsere touristischen Ziele erreichen mit den noch zur Verfügung stehenden, bescheidenen Mitteln auf der einen Seite und wie wir auf der anderen Seite natürlich auch die Kärntner Wirtschaft und den ländlichen Raum stärken. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat Dr. Waldner! Gibt es von der SPÖ dazu eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Von der ÖVP? – Nicht. Von den Grünen eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Vom Team Stronach eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann darf ich den Anfrager bitten, eine

Zusatzfrage, falls er die vorbereitet hat, zu stellen!

Abgeordneter **Anton** (F):

Herr Dr. Waldner, ich möchte schon auch darauf hinweisen, wenn Sie sagen, die Vorgängerregierung, dass es Dr. Martinz war, der eine Zusage zum Bau bzw. zur Renovierung dieser Therme gegeben hat und diese dann wieder zurückgezogen hat. Nur dass man das auch einmal feststellt, wer tatsächlich diesen Rückzug dort vorgenommen hat. Nachdem ich ja weiß, dass Sie in der Nähe von Bad Bleiberg zu Hause sind, gehe ich einmal davon aus, wenn es eine Prioritätenliste gibt, dass Sie sich schon selbst ein Bild über diese katastrophale Situation der Therme Bad Bleiberg gemacht haben. Ich frage Sie jetzt konkret:

Haben Sie die Therme schon einmal besucht und sich direkt dort ein Bild über den Zustand der Therme gemacht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Dr. Waldner, bitte um Ihre Antwort!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Danke, Herr Abgeordneter! Ich war schon mehrmals in der Therme Bad Bleiberg. Wie Sie richtig sagen, komme ich von dort, aus dem Gailtal und war selbstverständlich schon dort, habe auch die Entwicklung mitverfolgt in den letzten Jahren. Und wenn Sie jetzt sagen, die Zusage wurde aufgehoben – es hat bereits vor zehn Jahren ein genehmigtes Projekt gegeben, es waren Mittel des Landes dafür bereitgestellt, aber die Umsetzung seitens der Gemeinde Bad Bleiberg wurde nicht begonnen. Und dann sind diese Mittel – es waren SBZ-Mittel – zum Teil verfallen und zum Teil wurden diese Mittel aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses dann für andere Zwecke verwendet. Das ist die Faktenlage. Das heißt, wenn SBZ-Mittel zurückgezogen wurden, dann wurden sie aus technischen Gründen zurückgezogen, weil sie verfallen sind, aber die Verwendung für andere Zwecke ist ein Faktum. Das andere Faktum ist, dass – falls es zu

Dr. Waldner

einer Finanzierung kommt oder zu einer Umsetzung kommen sollte – natürlich eine Mitwirkung der Gemeinde notwendig ist. Und diese Mitwirkung der Gemeinde, das habe ich auch in meinem ersten Statement schon versucht, auszuführen, nämlich die Vorsorge für eine Mitwirkung, für eine Mitfinanzierung, ist bis jetzt nicht ersichtlich gewesen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Dr. Waldner! Damit ist die Anfrage Nummer 2 erledigt. Wir kommen zur Anfrage Nummer

3. Ldtgs.Zl. 7/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Anton an Landesrat Holub**

Ich bitte den Abgeordneten, seine Anfrage an den Herrn Landesrat zu richten!

Abgeordneter **Anton** (F):

Mit meiner nächsten Anfrage komme ich zu einem hoffentlich etwas erfreulicheren Thema im Bezirk Villach/Villach-Land. Es wurde ja in mehreren Medienberichten bereits davon gesprochen, dass im Gebiet Federaun bis zu 1.000 versprochene Jobs entstehen sollten und nachdem wir ja wissen, dass dieses Gebiet, sage ich jetzt einmal, ein sensibles Gebiet ist und dort dementsprechend auch Naturschutz eine große Rolle spielt, frage ich den zuständigen Herrn Landesrat Holub:

Wie stehen Sie zur geplanten Errichtung eines Trockenhafens in Federaun bei Villach?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landesrat Holub bitten, die Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön! Hohes Haus! Verehrter Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Werter Abgeordneter Anton! Zur Frage, wie ich zur geplan-

ten Errichtung eines Trockenhafens in Federaun stehe: Das ist ganz einfach, ich stehe wie immer hier aufrecht und in Federaun ist kein Trockenhafen geplant. Es gibt nämlich Alplog Süd und Alplog Nord. Alplog Süd hat einen Schienenanschluss, das ist bei Fürnitz. Hier ist ein Trockenhafen möglich. Alplog Nord hat keinen Schienenanschluss und das fällt in das sensible Gebiet, wo auch Natura 2000-Gebiet angrenzt und wo es bereits strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen gegeben hat, es aber auch eine UVP geben müsste, wenn hier ein größerer Ausbau ist. Wie gesagt, vielleicht können Sie mir in der Zusatzfrage sagen, welches Gebiet Sie am meisten interessiert. Für die Geschichte Alplog Nord stehen mir auch keine Unterlagen zur Verfügung. Ich habe nur gehört, dass der Bürgermeister von Villach Mitte Juni – das müsste meiner Rechnung nach in mindestens zwei Tagen sein – die Öffentlichkeit informieren will, was dort sein soll. Aus den Zeitungen habe ich entnommen, dass es sich hier um ein Logistikzentrum einer chinesisch-niederländischen Firma handeln soll. Wie gesagt, mehr ist mir nicht zugebracht worden. Ich habe die Abteilungen abgefragt, die haben gesagt: Es gibt im Süden ein Projekt, das mit der baltisch-adriatischen Achse zusammenhängt. Hier will man einen Trockenhafen – auf Englisch: dry port – errichten. Das ist so ein Ding, das man sich so vorstellen kann: Die ganzen Sachen werden dann von der Straße auf die Schiene abgewickelt. Die Container werden verblommt und werden dann direkt auf die Schiffe verladen, wie es hier vereinbart ist, und andere Staaten bevorzugen Österreich im Gegensatz zu Italien. Das wäre eine Möglichkeit, wenn es einmal die Schiene von der Koralmbahn hier gibt. Im Norden, wie gesagt, liegt mir nur die Information vor, die auch Ihnen vorliegt. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Holub. Jetzt stellt sich die Frage, ob es den Wunsch nach einer Zusatzfrage gibt an den SPÖ-Klub? – Das ist nicht der Fall! – ÖVP-Klub, Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Nicht der Fall! Die Grünen? – Bitte, Frau Abgeordnete Sabina Schautzer!

Abgeordnete **Schautzer** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Frage an Landesrat Holub:

Wann hast du offiziell von einem Trockenhafen erfahren und wie wurdest du informiert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Moment, Herr Landesrat! Sie kriegen gleich das Mikrofon aufgemacht. So, jetzt sind Sie dran!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Frau Abgeordnete! Von dem Projekt „Alplog Nord,“ sprich Logistikzentrum, habe ich erfahren aus der Kleinen Zeitung und aus dem ORF online, wie gesagt, offiziell nicht. Ich würde sagen, das ist wahrscheinlich noch ein bisschen ein Teil der alten Politik, so eine Art „morbus manze,“ dass man die Sachen einfach vorher nicht auf den Tisch legt. Was ich weiß, hat auch der Gemeinderat einen Tag vor der Gemeinderatssitzung den Vertrag mit der Firma bekommen und wurde auch vorab nicht informiert. Ich denke, diese Art der Informationspolitik wird sich bald einmal dann lösen, dass die Bürgerinnen und Bürger aus der Zeitung erfahren, wann durch ihr Wohnzimmer eine Lokomotive fahren oder aber auch eine Leitung verlegt wird. Diese Politik wollen wir nicht weiter machen. Ich glaube aber trotzdem, dass sich die Stadt Villach, die ja das Gebiet „Alplog Nord“ vom Land abgekauft hat, schon etwas dabei gedacht hat, weil es sind 6 Hektar als Baugrund gewidmet. Insgesamt sind es 21 Hektar, der Kaufpreis ist 60,- Euro. Es wurde hier eben eine virtuelle SUP gemacht, was auch sehr interessant ist. So etwas hat es, glaube ich, noch nicht gegeben. Man hat hier virtuell auf der ehemaligen Putzi-Arena einen Golfplatz angenommen. Dann wurde vom Naturschutzbeirat auf das virtuelle Projekt die Zustimmung gegeben. Dieses virtuelle Projekt wird jetzt in das neue Projekt eingearbeitet. Trotzdem wünsche ich dem Betreiber viel Glück, weil es wirklich ein sehr sensibles und eines der ältesten Naturschutzgebiete in Kärnten ist. Es ist ein Natura-2000-Gebiet, wo es eben unseren berühmten Ziegenmelker gibt, eine aussterbende Vogelart, von der es europaweit nur

mehr vier Paare gibt, wo die Naturschützer wahrscheinlich jeden Vogel persönlich mit dem Vornamen kennen, wo es aber auch die Uhus gibt, die dort brüten und die stark geschützt sind. Wie gesagt, die Auflagen, die hier stattfinden werden, werden sicherlich nicht ganz leicht mit dem Plan, hier ein Logistikzentrum errichten zu wollen, kompatibel sein. Aber ich freue mich auf die Präsentation der Stadt Villach Mitte Juni, was hier alles sein wird. Man hört von anderen Seiten, es soll alles eingehaust und begrünt werden. Das werden wir dann sehen. Ich denke, dass der Naturschutzbeirat seine seinerzeitige Entscheidung bei der virtuellen SUP dann zurückziehen und eine andere Beurteilung abgeben wird, wenn das Projekt einmal am Tisch liegt. Wie gesagt, ohne Projekt und ohne Tisch auch keine Meinung von mir. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Holub! Gibt es eine Zusatzfrage vom Team Stronach? – Das ist nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, bitte!

Abgeordneter **Anton** (F):

Meine Zusatzfrage wäre eigentlich die gewesen, ob der zuständige Herr Landesrat schon eine Information von der Stadt Villach bekommen hat. Das hat er ja bereits beantwortet, deswegen möchte ich ihm jetzt eine andere Frage stellen. Nachdem wir jetzt gehört haben, dass es dort ein paar – sage ich einmal – seltene Vogelarten gibt, bei aller Vernunft, bei aller Wertschätzung und bei aller Rücksicht auf die Natur – ich glaube, wir sind alle selbst Naturschützer – ist es aber wichtig, glaube ich, in dieser Zeit wirklich jeden Arbeitsplatz zu sichern und damit die ländliche Bevölkerung in diesem Raum mit Arbeit zu versorgen und die zu stärken. Deswegen frage ich jetzt noch einmal, ob der zuständige Landesrat alles versuchen wird, um die Errichtung dieser Arbeitsplätze dort zu ermöglichen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, ich darf Sie bitten, diese Frage zu beantworten!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Abgeordneter! Ja, es ist natürlich immer wieder die Begehrlichkeit der Industrie, etwas zu errichten. Auf der anderen Seite haben wir auch nach dem Europarecht die Pflicht, unsere Vogelarten zu schützen. Das wird nicht leicht in Einklang zu bringen sein. Grundsätzlich, wenn man vorher darüber geredet hätte, hätte ich gesagt, suchen wir uns ein Gebiet, wo nicht gerade die seltensten Vögel brüten und wo wir nicht das älteste Naturschutzgebiet in Kärnten haben. Herr Abgeordneter, Sie müssen wissen, dass wir jetzt gerade von der Europäischen Kommission geklagt werden, weil wir zu wenig Natura-2000-Gebiete ausgewiesen haben. Besonders Kärnten ist mit 5,8 Prozent der Fläche an letzter Stelle in ganz Europa bei der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten. Das ist nicht unbedingt das, was man als eines der schönsten Länder der Welt vorweisen kann, dass wir sagen, wir schützen nur 5,8 Prozent unseres Landes, deswegen hätten wir, wenn ich so richtig rechne, wahrscheinlich 94 oder 94,2 Prozent in Kärnten, wo wir alle möglichen Logistikzentren errichten könnten. Aber dieses Gebiet hat eben gerade schon seit langer Zeit Begehrlichkeit, was natürlich auch daran liegt, dass es ein Verkehrsknotenpunkt ist. Ich weiß auch nicht, warum sich der Ziegenmelker gerade dieses Gebiet ausgesucht hat, um zu brüten. Ich werde ihn beizeiten einmal fragen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, das jetzt in Einklang zu bringen, um die Arbeitsplätze nicht zu verlieren und das ist, die Vögel auszusiedeln, ihnen ein anderes Gebiet anzubieten oder aber auch Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen. Das ist, glaube ich, der richtige Ansatz, wenn wir dann einmal so weit kommen, dass wir alle Ersatzflächen verbundenermaßen in einem großen Gebiet zur Verfügung stellen, dass wir diese Gebiete – und nicht nur naturgeschützte Gebiete eignen sich hierfür, das andere würde keinen Sinn machen – dann zusammenhängend als großes Natura-2000-Gebiet ausweisen können. Man muss den Menschen natürlich auch erklären, dass es kein Nachteil ist, Naturschutzgebiete zu haben, weil alles, was vorher möglich

war, auch nachher möglich ist. Das ist immer dieses berühmte Kämpfen um Naturschutzgebiete, weil die Grundstücksbesitzer glauben, sie haben einen großen Nachteil. Erstens gibt es Geld von der EU dafür und zweitens ist es auch ein Qualitätsmerkmal, wenn man Besitzer eines naturgeschützten Gebietes ist. Ich kann selber davon erzählen. Ich habe mein eigenes Wohngebiet zum Natura-2000-Gebiet beantragt. Ich bin jetzt mit vielen Auflagen besetzt und ich freue mich sehr darüber, dass ich Natura-2000-geschütztes Gebiet habe, wo auch – für die nächste Anfrage – das Drüsische Springkraut vor sich hinwächst und vielleicht auch wieder in sein Ausgangsland zurückgeschickt werden kann, wenn man es ausreißt. Ich glaube, dass es nicht so ist.

Wie gesagt, zu diesen Arbeitsplätzen: Ich begrüße jeden einzelnen Arbeitsplatz in Kärnten. Es wird doch möglich sein, den Naturschutz und die Industrie unter einen Hut zu bringen, wenn auch nicht immer am gleichen Ort. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich danke dem Herrn Landesrat Holub! Bevor ich zur nächsten Anfrage komme, darf ich noch ein Versäumnis nachholen. Ich möchte natürlich auch die Bank hinter den Regierungsmitgliedern sehr, sehr herzlich begrüßen, den Herrn Landesamtsdirektor mit seinem Stellvertreter, den Herrn Landesrechnungshofdirektor und den Leiter des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten! Es sind natürlich ebenso recht herzlich begrüßt – wie auch für die Schülerinnen und Schüler nachzuvollziehen – die Stenographinnen des Hohen Hauses, die dafür sorgen, dass all das, was hier besprochen wird, auch ordnungsgemäß zu Papier gebracht wird!

Wir kommen nun zur 4. Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 8/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser

Ich darf ihn bitten, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörer! Es gibt eine Weisung des Herrn Landesamtsdirektors, wonach ein Einstellungs- und Beschäftigungsstopp im Amt der Kärntner Landesregierung verfügt wurde. Es gibt ein Regierungsprogramm der derzeitigen Landesregierung, das verfügt und angekündigt wurde, dass es einen weiteren Stellenabbau und keine Neueinstellungen geben wird. Tatsächlich wurden maßgebliche Stellen neu besetzt und hier vor allem unter parteipolitischen Gesichtspunkten, daher meine Frage an den Herrn Landeshauptmann:

Inwiefern wurde bei der Neubestellung des Leiters im Bürgerbüro der Landesregierung die Möglichkeit berücksichtigt, diesen Posten unter Berücksichtigung der Kriterien von Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit mit einem/einer der bisherigen Mitarbeiter/innen des Bürgerbüros bzw. bisherigen Mitarbeiter/innen des Landes Kärnten intern nachzubesetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landeshauptmann Dr. Kaiser bitten, die Anfrage zu beantworten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Gerne! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Zuhörerinnen, Zuhörer hier im Plenarsaal, aber auch daheim an den Internetgeräten! Ihre Frage besteht aus mehreren Facetten. Ich möchte, wie es sich für ein Regierungsmitglied gegenüber den Abgeordneten gehört, das auch entsprechend beantworten. Der bisherige Leiter des Bürgerbüros, Herr Ing. Siegfried Wuzella, hat in einem persönlichen Gespräch mir gegenüber den Wunsch geäußert, dass er innerhalb des Landesdienstes aus seiner bisherigen Funktion versetzt werden möchte. Er wurde, wie Sie ja genau wissen, in einer der Vorgängerregierungen unter Freiheitlichen Personalreferenten und Landeshauptmann eingesetzt. Trotzdem bin ich – ich schätze Herrn Wuzella sehr – seiner Bitte nachgekommen. Er ist mittlerweile auch auf meine Beantragung und Genehmigung hin an die Bezirkshauptmann-

schaft St. Veit/Glan versetzt worden. Ich habe die Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, die Sie apostrophiert haben, sehr ernst genommen. Wir haben das Bürgerbüro von acht Personen auf vier Personen reduziert. Wir haben das Bürgerbüro, das auch eine Außenstelle mit Mietkosten und mit anderen Kosten verbunden in Villach hatte, aufgelassen und sämtliche Aufgaben konzentriert. Ich habe das Bürgerbüro angewiesen, dass sie entgegen den bisherigen Tätigkeiten Bargeldauszahlungen und Ähnliches vorzunehmen – Sie können sich wahrscheinlich erinnern auch an die Auszahlungen knapp vor Weihnachten immer, wo der Teuerungsausgleich auch über das Bürgerbüro bar ausgezahlt worden ist – diese einzustellen haben und das zu machen haben, was aus meiner Sicht ein Bürgerbüro des Landes Kärnten machen soll: Allen hilfe-, auskunftssuchenden, informations-suchenden Landesbürgerinnen und Landesbürgern entweder, wenn man dazu in der Lage ist logistisch, die Antwort, die Hilfestellung, den Hinweis, die Information vor Ort zu geben, aber wenn nicht, dann dafür Sorge zu tragen, dass diese Personen genau an jene Adressatenadressen kommen, die für Hilfestellungen notwendig sind. Das wird dazu führen, dass wir nicht mehr als eine heimliche Geldauszahlungsstelle angesehen werden, sondern dass wir das machen, was ich unter Service verstehe, den Landesbürgerinnen und Landesbürgern mit Rat, Tat und Information zur Seite zu stehen, die aus meiner Sicht notwendig sind, um sich dort in der Situation, in der sie Hilfe brauchen, auch zurecht zu finden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Und ich sage ganz offen, um auch eine eventuelle Zusatzfrage Ihrerseits gleich vorweg zu beantworten: Ja, in gewissen Stellen des Landes Kärnten, dort, wo ich die Möglichkeit als Landeshauptmann habe und auch persönlich das Land Kärnten nach außen hauptsächlich repräsentiere, werde ich, wenn ich die Möglichkeit habe, Personen meines Vertrauens einsetzen. Sie können das als Parteipolitik, Sie können das als Misstrauen gegenüber anderen, wie immer Sie es apostrophieren, ausdrücken. Für mich ist das eine klare Haltung. Da werde ich nicht herumdeuten und heimliche Akten machen, sondern da stehe ich hier im Kärntner Landtag und sage laut und deutlich, was Sache ist. *(Einwand von LR Mag. Ragger.)* Übrigens eine Sache, die auch dem Kollegen Ragger gut anstehen würde. *(Bei-*

Mag. Dr. Kaiser

fall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landeshauptmann! Gibt es von Seiten der SPÖ-Landtagsfraktion eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall! Von Seiten der ÖVP? – Nein! Grüne? – Nein! Team Stronach? – Nein! Dann hat der Anfrager noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich für Ihre Antwort, die nicht meiner Frage entsprochen hat, denn die Frage hat gelautet, inwiefern die Möglichkeit berücksichtigt wurde, diesen Posten intern mit einem Mitarbeiter zu besetzen. Ich bedanke mich auch dafür, dass Sie ein klares Bekenntnis zu Roter Parteipolitik und Parteilichwirtschaft abgegeben haben. Nun meine Frage:

Wurde der Leiter des Bürgerbüros (*Vorsitzender: Bitte zur Frage zu kommen!*) im normalen Schema des Landesdienstes eingestellt oder hat er einen Sondervertrag erhalten und besser dotiert als die anderen Mitarbeiter der Landesregierung?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ich darf bitten, die Frage zu beantworten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Ich könnte jetzt schelmisch sein und sagen, welche der vielen Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, möchten Sie beantwortet haben. Ich sage ganz offen, ich habe den Herrn Wolfgang Leitner – damit der Name auch genannt wird – bei mir im Büro eingestellt. So wie es für alle Regierungsmitglieder gilt, habe ich dieselben Möglichkeiten genutzt, die Ihre Parteimitglieder, die die Mitglieder der anderen Regierungskoalition haben. Ich habe das auch im Fall Wolfgang Leitner angewandt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung! Damit ist die Landtagsanfrage 4 erledigt. Wir kommen zur Landtagsanfrage

5. Ldtgs.Zl. 9/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser**

Ich bitte den Anfrager, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Landeshauptmann, inwiefern wurde bei der Neubestellung des Leiters des Landespressedienstes der Landesregierung die Möglichkeit berücksichtigt, diese Person unter Berücksichtigung der Kriterien von Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit mit einem oder einer Mitarbeiter/in des Landespressedienstes intern nachzubesetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte den Herrn Landeshauptmann, die Anfrage zu beantworten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr gerne, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die Fragestellung ist auch aus meiner Sicht eine sehr wichtige. Ich bin froh, Herr Abgeordneter, dass Sie die gleich stellen, dann gelingt es mir auch, etwas, was ich sonst in einer Pressekonferenz transportieren wollte, hier gleich dem Hohen Haus, den Abgeordneten mitzuteilen. Wir hatten bisher im Landespressedienst eine sehr eindeutige Aufgabenstellung, die aus meiner Sicht den Landespressedienst nicht unbedingt zu jener Service-/Informationsstelle des Landes gemacht hat, der er aus meiner Sicht sein sollte. Es hat oftmals den Eindruck erweckt, dass gewisse Darstellungen über fragwürdige Schnapsturniererfolge einzelner Regierungsmitglieder und vor allem eines Regierungsmitgliedes, meistens des Landeshauptmannes, wichtiger sei als sachbezogene Information

Mag. Dr. Kaiser

aus den anderen sechs Referaten des Landes Kärnten. Das jetzt auch einige Zeit lang als Regierungsmitglied mitbekommen habend, auch verschiedene kritische Äußerungen von Medienvertretern über die Tätigkeit hörend, habe ich versucht, gemeinsam mit Leuten, die von dieser Sache etwas verstehen, eine gewisse Umstrukturierung vorzunehmen. Und im Unterschied zu dem, wie es vielleicht andere getan hätten, habe ich geschaut, dass niemand seinen Arbeitsplatz verliert, Leute – nachdem sie ja auch hier Weisungen vorheriger, für den Landespressdienst Zuständiger unterlegen sind – in ihrem Bereich Zuständigkeiten bewahren zu lassen. Ich habe den bisherigen Leiter daher auch mit einer anderen Aufgabenstellung, einer erweiternden Aufgabenstellung im Landespressdienst betraut. Er betreut nunmehr zukünftig den Bereich Landesmedienservice, strategische Öffentlichkeitsarbeit und Medienbetreuung und ich habe die eigentliche Pressearbeit des Landes, die jetzt ständig reformiert wird und nicht mehr mit 08/15-Berichterstattung und Aussendung zu jedem XY einer Person beauftragt ist, sondern die umfassend die Tätigkeit der Regierung auch Medien und damit das Interesse, die Reputation, die Tätigkeit des Landes Kärnten nach außen darstellt, zur Hauptaufgabe gemacht. Wir werden in nächster Zeit auch vermehrte Internetauftritte haben, denn eines, meine Damen und Herren, muss uns allen bewusst sein, die Internetauftritte des Landes Kärnten und natürlich damit auch des Landtages sind eine weltweite Visitenkarte. Es ist daher größte Sorgfalt darauf zu legen, dass diese in entsprechender Qualität, aber auch die Seriosität der Kärntner Landesregierung nach außen tragend, im Wesentlichen dargestellt werden. Ich möchte nicht mehr Bilder sehen, die Kärnten weltweit publizieren, wo es zu fragwürdigen – wie nenne ich das vorsichtig? – reptilienartigen Darstellungen hoher Mitglieder der Landesregierung weltweit anzuschauend kommen sollte, sondern ich möchte, dass ein Bild einer Landesregierung, die vielleicht nicht immer alles richtig macht, die sich aber bemüht, den Intentionen, die die Kärntner Bevölkerung benötigt, nachzukommen, auch erscheinen wird. Deswegen haben wir eine zweite Person in dieser Trennung der Aufgabenstellung damit betraut. Und um einer eventuellen Zusatzfrage zuvorzukommen: Es handelt sich bei dieser Person um eine Person, die a) journalistisch sehr viel von der Sache versteht und die b) bereits im

Landesdienst tätig war. Daher, wenn Sie die Frage stellen hätten wollen, ob das einen Mehrposten des Landes bedeutet hätte, würde ich diese dann mit Nein beantwortet haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung seiner Anfrage! Gibt es von Seiten der SPÖ-Fraktion einen Wunsch auf Zusatzfrage? – Nicht der Fall. ÖVP? – Nein. Grüne? – Nein. Team Stronach auch nicht. Dann hat der Anfragersteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Landeshauptmann, ich muss Ihnen sagen, Sie haben keine hellseherischen Fähigkeiten, diese Frage wollte ich nicht stellen. Sie haben aber gerade gesagt, dass Sie dafür gesorgt haben, dass im Pressedienst niemand gekündigt wurde, daher formuliere ich meine Anfrage um. In der Sozialabteilung des Landes und in vielen Sozialeinrichtungen des Landes gibt es viele junge, engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die über den Verein „Kärnten Sozial“ beschäftigt sind. Alle diese Verträge sind befristete Verträge. Daher meine Frage an Sie:

Womit müssen die Mitarbeiter rechnen, wenn ihre befristeten Verträge auslaufen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte den Herrn Landeshauptmann diese Zusatzfrage nach Möglichkeit zu beantworten!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt eine Referateinteilung, in der, glaube ich, Zuständigkeiten formuliert sind. Ich werde trotzdem versuchen, zu antworten, nachdem wir ja auch innerhalb der Regierung miteinander reden und ich Informationsmitteilungen – von meinen Regierungskolleginnen in dem Fall – bekomme. Wir sind derzeit bemüht, dass das,

Mag. Dr. Kaiser

was Sie zu Recht einmal aufgezeigt haben, es gibt eine Reihe von Vereinen, wo nicht bei jedem Verein die notwendige Nachvollziehbarkeit der Tätigkeit in jeder Form da ist, überprüft wird. Wir haben gemeinsam mit einer entsprechenden Vorgangsweise – ich als Personalreferent – vor allem jeden Referenten, jede Referentin gebeten, aufzuzeigen, welche Vereine in seinem oder ihrem Zuständigkeitsbereich vorhanden sind. Wir schauen, ob in diesen Vereinen, was ja auch der Fall sein kann, Hoheitsaufgaben erledigt werden. Wenn das der Fall ist und damit nicht Drittmittelakquise verbunden ist, was ja da und dort Sinn macht – wenn man einen Verein hat und damit EU-Mittel ansprechen kann, wären wir dumm, das nicht zu nützen, aber es gibt auch Vereine, wo das nicht der Fall ist – die hoheitliche Aufgaben erledigen, und ich würde sagen, gehören sie ordnungsgemäß, so wie es jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer zusteht, dort eingegliedert, wo sie die Aufgabenstellung und Verantwortlichkeit auch haben. Dieser Prozess ist derzeit im Gang, ich kann daher im Einzelfall nicht sagen, was mit befristeten Verträgen passiert. Die Verantwortung für solche Verträge – und Sie wissen genau, Herr Abgeordneter Trettenbrein, dass wir hier ja einige Fälle hatten, auch gerade in Referatszuständigkeiten der damaligen Regierung, wo Leute nicht unbefristet gestellt waren, nur befristete Verträge hatten und daher in letzter Konsequenz im Landesdienst nicht mehr verwendet werden konnten, wenn diese befristeten Verträge in den Regierungsbüros nach 2010 datierten - daher, wie gesagt, im Einzelfall bin ich nicht in der Lage, das zu beantworten, aber generell können Sie sicher sein, dass wir wissen in der Verantwortlichkeit der Kärntner Landesregierung, was wir Menschen, die für das Land Kärnten vieles leisten, gute Arbeit leisten, auch schuldig sind. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann für die Anfragebeantwortung! Wir kommen zur Anfrage Nummer

6. Ldtgs.Zl. 10/M/31:**Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

(3. Präs. Lobnig: Die Anfrage wird zurückgezogen!) Die Anfrage wird zurückgezogen. Damit ist die Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage Nummer

7. Ldtgs.Zl. 11/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Holub**

Bitte ihn, die Anfrage zu richten!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne! Neobiota sind eingeschleppte Pflanzen und Tierarten, die unsere heimischen Arten bedrohen bzw. verdrängen, die aber auch auf den Menschen negative Auswirkungen haben können. Vor allem der Buchsbaumzünsler ist derzeit in heimischen Gärten weit verbreitet und verursacht Schäden. Bei starkem Befall kann es bis zum Kahlfraß der Pflanze kommen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, sowohl bei der Bekämpfung dieser Arten als auch bei der präventiven Maßnahme. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die künftige Einschleppung dieser Arten zu verhindern und so die heimische Flora und Fauna zu schützen. Allerdings sind die Bekämpfungsmaßnahmen so auszuwählen, dass möglichst geringe Nebeneffekte auftreten und keine Schäden an anderen Pflanzen und Tieren entstehen. Die Bekämpfung dieser Schädlinge hat also mit adäquaten Mitteln zu erfolgen, die umweltverträglich und schonend sind.

Welche Maßnahmen setzen Sie, Herr Landesrat Holub, um die heimische Fauna und Flora vor den Gefahren durch Neobiota zu schützen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landesrat Holub um die Anfragebeantwortung bitten!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! „Neobiota“ ist ein breiter Begriff und umfasst Pflanzen, Tiere, aber auch Pilze. Die Pflanzen werden als Neophyten bezeichnet, die Tiere als Neozoen und die Pilze als Neomyceten. Das Problem ist seit 1492 virulent. Ja, man muss ziemlich weit zurückgehen. Man darf nicht vergessen, auch wenn Sie lachen mögen, erst nach der letzten Eiszeit wurden überhaupt alle bei uns lebenden Pflanzen, Tiere und Pilze über die Grenze eingeführt, also sind das alles Pflanzen und Lebewesen mit Migrationshintergrund. Das darf man nicht vergessen und es ist ein ziemlich großes Problem. Die Frage ist, sind diese Migranten für uns jetzt schädlich oder nicht schädlich? Das ist schon auch eine Frage. Ich darf etwas zitieren aus einer Zeit, die nicht so lange her ist, nämlich aus 1942, wo in einer periodischen Schrift, dem „Sächsischen Botaniker“, der Ausrottungskrieg aufgerufen wurde. „Wie beim Kampf gegen den Bolschewismus muss unsere gesamte abendländische Kultur, die auf dem Spiel steht und so weiter, und so weiter, gegen den mongolischen Eindringling – nämlich das Springkraut – und so weiter vorgehen.“ Ein Jahr später konnte der Schriftführer des Vereins berichten: „Der Aufruf zu Ausrottung des Kleinen Springkrauts hat den Beifall der zuständigen Reichs- und Landesbehörde gefunden. Der fehlenden Hilfskräfte wegen aber kann die Bekämpfung erst nach Beendigung des Krieges in Angriff genommen werden.“ Und da sind wir jetzt, nach Beendigung des Krieges. Und wir dürfen sagen, in den meisten Fällen werden wir diesen Krieg verlieren. Verlieren deswegen, weil hier die Evolution zuschlägt und weil das in einem globalisierten biologischen System eben so ist, dass sich die Stärkeren gegen die Schwächeren durchsetzen. Auch wenn man sie stark bekämpft, sagen mir alle Biologen, die ich gefragt habe – und das waren nicht so wenige – zusammen mit der Abteilung 8, diesen Kampf werden wir nicht gewinnen können. Wir können es natürlich etwas dezimieren, einige schlagen vor, die Flussufer zu roden, besonders vor der Blüte die Kräuter auszureißen, aber auch die Mittelstreifen bei den Autobahnen zu betonieren. Besonders in Naturschutzgebieten werden wir etwas tun können, da werden wir ausreißen müssen, wie gesagt, besonders beim Springkraut, vor der Blüte, aber es

wird ein ewiger Kampf sein und ich bin mir ziemlich sicher, dass wir ihn nicht gewinnen werden. Wir werden es geordnet machen können. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, wenn er nicht Pflanzen im Internet bestellt oder eben diese Neophyten, die unsere anderen heimischen Pflanzen verdrängen, im eigenen Garten sät, weil die von dort aus nämlich in andere Gärten wandern, wie es viele tun. Wie gesagt, wir werden uns bemühen, wir werden das Möglichste tun, aber seit der Eiszeit haben wir eigentlich schon den Kampf verloren. Danke sehr! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Holub für die Beantwortung! Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Nicht der Fall. Von Seiten der ÖVP? – Nicht der Fall. Grüne? – Auch nicht. Team Stronach? – Ebenso nicht. Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen.

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Herr Umweltlandesrat! Ihre Antwort bringt mich schon zum Schmunzeln, ich hätte aber trotzdem eine Zusatzfrage.

Welche Pestizide werden derzeit zur Bekämpfung der Neobiota in Kärnten eingesetzt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte den Herrn Landesrat Holub um die Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es werden Gott sei Dank immer weniger Pestizide eingesetzt und wir haben sogar in diesem Landtag in einer der letzten Sitzungen der alten Periode noch beschlossen, dass „Roundup“ in Kärnten verboten werden wird. Danke schön! (*Beifall von den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Holub! Damit kommen wir zur Anfrage

**8. Ldtgs.Zl. 12/M/31:
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing.
Johann an Landesrat Dr. Waldner**

Bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Liebe ZuhörerInnen! Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ist nach umfangreichen Untersuchungen zum Schluss gekommen, dass Neonicotinoide aus Sicht des Bienenschutzes in Mais, Raps und Sonnenblumenbeständen ein Risiko für Bienen nicht ausschließen. Die renommierte wissenschaftliche Zeitschrift „Journal of Environmental Immunology and Toxicology“ vom April 2013 berichtet, dass bestimmte Neonicotinoide, da handelt es sich hier um Imidacloprid, schon in einer Konzentration von einigen Pikogramm, das ist ein Billionstel Gramm pro Tag über einen Zeitraum von zehn Tagen eine Biene töten können. Das Imidacloprid zerfällt dann in der Natur in Bestandteile, die noch toxischer sind als das Ausgangsprodukt. Besorgniserregend scheint, dass nicht nur die Neonicotinoide laut Herstellerangaben das Immunsystem von Insekten erheblich schwächen. Davon sind nicht nur die Bienen betroffen, sondern auch im Wasser lebende Frösche und Fische, weil sie von den Insekten leben – *(Vorsitzender: Bitte zur Anfrage zu kommen! Eine kurze Begründung ist möglich, aber keine Verlesung einer ganzen Seite! Bitte, Herr Abgeordneter!)* Ich komme gleich zur Frage – und sich über die Auswaschung im Wasser anreichern, deswegen stelle ich die Anfrage:

Welche Mengen an Pestiziden aus der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide wurden in der Landwirtschaft in Kärnten in den Jahren 2009 bis 2013 ausgebracht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landesrat Dr. Waldner bitten, die Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Danke! Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Von den Neophyten, Neobiota und Buchsbaumzünslern zu den Bienen und zu den Neonicotinoiden. Das Thema ist in den letzten Tagen oder in den letzten Monaten, muss man sagen, im Rahmen des Bienenschutzes in den Medien vermehrt ausführlich diskutiert worden, daher ist es auch sehr wichtig, dass wir in der Diskussion von gesicherten Zahlen ausgehen können oder es wäre wichtig, um polemische und polarisierende Aussagen oder Panikmache zu vermeiden. Konkret zu Ihrer Anfrage: Die Inverkehrbringung und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln fallen in die Zuständigkeit des Bundes, die Kontrolle der Verwendung fällt in die Zuständigkeit der Länder. Die einzige offizielle Quelle, in der die aktuellen Zahlen zu den Wirkstoffmengen von Pflanzenschutzmitteln einsehbar sind, ist vom Lebensministerium im Rahmen des Grünen Berichtes herausgegeben worden. Das ist eine allgemeine Statistik. In der steht, dass österreichweit 150 Tonnen insektizider Wirkstoffe inklusive insektizider Saatgutbehandlungsmittel in Verkehr gebracht worden sind. Diese Tabelle hat allerdings keine Einschränkung auf einzelne Bundesländer, das heißt auch nicht auf Kärnten und auch keine Einschränkung auf die Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide. Das heißt, das ist nur beschränkt verwendbar. Ein anderer Umstand, den ich anführen möchte ist, dass seitens der Landwirtschaft zwar seit Jahren verpflichtende Aufzeichnungen von den Betrieben geführt und auch kontrolliert werden, allerdings werden diese einzelbetrieblichen Daten nicht zentral gesammelt. Das muss man einfach so feststellen, das ist ein Faktum. Das heißt, es gibt keine gesicherten Informationen über die in der Landwirtschaft verwendeten Mengen an Neonicotinoiden, ebenso wie auch die verwendeten Mengen in anderen Bereichen nicht erhoben oder weitergegeben werden. Das betrifft auch alle öffentlichen Bereiche, Privatverbrauch, Golfplätze, Sportstätten und so weiter. Aber – und vielleicht ist Ihnen das jetzt ein Trost in Ihrer Anfrage – für Mais, das ist die Hauptkultur

Dr. Waldner

in Kärnten, gibt es gemäß der Auskunft der Landwirtschaftskammer Kärnten einigermaßen oder relativ gesicherte Angaben. Und zwar ist es so, dass in Kärnten auf einer Fläche von insgesamt 26.000 Hektar Mais angebaut wird, die mit Neonicotinoiden behandelte Fläche allerdings nur 5 Prozent dieser 26.000 Hektar ausmacht, das sind 1.200 Hektar. Dort werden die Pflanzen mit Beize behandelt und die ausgebrachte Wirkstoffmenge – und das ist jetzt die Auskunft, die Sie vielleicht haben wollten – beträgt 50 Gramm pro Hektar. Das heißt, insgesamt in ganz Kärnten sind es in Summe 60 Kilogramm. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Dr. Waldner! Gibt es von der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Nicht der Fall! ÖVP, Zusatzfrage gewünscht? – Entschuldigung, FPK, Wunsch nach einer Zusatzfrage? Ihr wärt normalerweise früher dran gewesen. – Auch nicht der Fall! Team Stronach? – Nicht der Fall! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit nach einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Gemäß § 11 des Kärntner Landespestschutzmittelgesetzes hat das Land Kärnten, wenn es zum Schutz des Menschen, der Umwelt oder der biologischen Vielfalt erforderlich ist, Vorschriften über die Beschränkung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Förderung nicht chemischer Methoden zu erlassen. Ich stelle daher die Frage:

Werden Sie dieser Verpflichtung des § 11 des Kärntner Landespestschutzmittelgesetzes Rechnung tragen, indem Sie eine Verordnung für ein weitergehendes Verbot für die Ausbringung von Neonicotinoiden in Kärnten erlassen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich bitte den Herrn Landesrat Dr. Waldner um die Beantwortung!

Landesrat **Dr. Waldner** (ÖVP):

Wie Sie wissen, wurde ein Teilverbot von der EU-Kommission am 24. Mai bereits ausgesprochen, also vor wenigen Wochen, das ab 1.12.2013 gilt. Dieses Teilverbot ist für die Anwendungen und Kulturen ausgesprochen worden, bei denen gemäß diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen Gefahr für Bienen besteht. Das heißt, das ist ein kompletter Schutz oder ein Schritt zum Schutz der Landwirtschaft, zum Schutz der Bienen. In diesem Zusammenhang muss man auch sagen, dass schon einige weitere Maßnahmen gesetzt worden sind in Kärnten, konkret Verordnungen, weil Sie Verordnungen ansprechen. Das ist die sogenannte Säegeräte-Verordnung, die genaue Vorschriften enthält, was das Aufbringen von gebeiztem Saatgut, mit Insektiziden gebeiztem Saatgut betrifft. Das sind Geräte an den landwirtschaftlichen Geräten, die verhindern, dass dieses Saatgut durch Wind verbreitet wird, sodass es wirklich auf den Ort beschränkt bleibt, wo es eingebracht werden soll. Die zweite Verordnung, die besteht, ist die Fruchtfolge-Verordnung bei Mais, die vorschreibt, dass nach drei Jahren Maisanbau jeweils im vierten Jahr kein Mais angebaut werden soll. Dieses Teilverbot, das von der EU erlassen wurde, wird österreichweit umgesetzt und wird von mir natürlich auch unterstützt. Zurzeit ist nicht beabsichtigt, weitere Verbote zu erlassen oder ein Totalverbot. Wir werden uns selbstverständlich an einer österreichweiten Diskussion beteiligen. Zum Schluss muss man auch sagen, dass wir nicht vergessen dürfen, dass die Bienen sehr wichtige Partner für die Landwirtschaft sind. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Dr. Waldner! Wir kommen noch zur Anfrage

9. Ldtgs.Zl. 13/M/31:

Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Lesjak an Herrn Landesrat Mag. Ragger

Bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzter Herr Landesrat! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Wir haben letztes Jahr ein Biosphärenparkgesetz hier im Hohen Haus beschlossen. Es ist jetzt aber auch zu sehen, dass es noch Diskussionen rund um den Biosphärenpark hinsichtlich möglicher Verbesserungen, Veränderungen gibt. Wie soll man die dortige Bevölkerung mit einbeziehen? Es ist ja so, dass im Biosphärenparkgesetz neben der Pflegezone und der Kernzone eine sogenannte Entwicklungszone vorgesehen ist. Diese Entwicklungszone ist ja auch eine, wo die lokale Bevölkerung sehr stark eingebunden werden soll, wo die Gegend belebt werden soll, daher ergibt sich die Frage an den zuständigen Landesrat Mag. Ragger:

Wie wird im Biosphärenpark Nockberge die lokale Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Abgeordneten Lesjak! Ich bitte den Herrn Landesrat Mag. Ragger um die Beantwortung!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Abgeordnete! Geschätzte Abgeordnete des Hauses! Der Biosphärenpark hat seit dem Jahre 2004 einen langjährigen Prozess durchlaufen. Wir haben dort eine erste Sondierungsphase gehabt. In weiterer Folge ist dann darüber Übereinstimmung erzielt worden vor allem mit den Grundeigentümern und den einzelnen Bereichen der Bürgermeister, dass man sich im Jahre 2007 auf ein Biosphärenparkgesetz geeinigt hat. Großer Hemmschuh bzw. die Auseinandersetzung in diesem Bereich war meistens jene, dass die Grundeigentümer etwas anderes wollten als die restlichen eingebundenen Vertreter. Man darf darauf hinweisen, dass es fast keine Gesetzeswerdung in der Geschichte dieses Landes gegeben hat, die so lange gedauert hat. Das sind – ich darf es nur beispielsweise aufzählen – 96 Besprechungen mit Grundeigentümern gewesen, 88 Sitzungen zur Erstellung der Ziele der Leitbilder,

noch einmal 78 Verhandlungen mit den Grundeigentümern, 36 regionale Infoveranstaltungen, 33 Sprechtag mit den Grundbesitzern, 10 Workshops, 4 Tagesexkursionen, 3 Informationsschriften und 16 Begehungen. Bis dorthin ist es noch immer nicht zu einer Einigung mit den Grundeigentümern gekommen. Es gibt dort die Schutzgemeinschaft der Grundeigentümer, der der ehemalige Landwirtschaftskammerpräsident vorgestanden ist und dessen Nachfolger, Herr Volpini, jetzt dessen Vertreter ist. Das heißt, wir haben dort einen Wertungsprozess abzuhandeln. Wir haben auf der einen Seite jetzt das Biosphärenparkgesetz in Rechtskraft erwachsen und haben auch versucht, die Bevölkerung möglichst breit einzubinden. Es gibt ein eigenes Programm dazu, das „BRIM Nockberge“, wo die Bevölkerung jedes Jahr eingebunden wird und in weiterer Folge dann versucht wird, mit Experten diese Evaluierung vorzunehmen. Faktum ist aber, dass es drei massive Forderungen von den großen Grundeigentümern und Jagdbesitzern gibt. Das heißt, es gibt hier einen Kampf Klein gegen Groß, nämlich einerseits, dass dieses Nockbergesetz 20 Jahre befristet werden soll. Das war die erste Forderung. Die zweite Forderung ist, der ich in keinem Fall die Zustimmung erteilen und mich weigern werde, das umzusetzen, nämlich, dass 7.500 Hektar verkleinert werden sollen auf 2.500 Hektar. Dann brauchen wir kein Biosphärenparkgesetz mehr. Das wird auch den Bürgermeistern hier nicht gefallen. Sie werden dort auch nicht die Zustimmung erteilen. Das Dritte, was die Großgrundbesitzer gefordert haben, war jene Forderung, dass sie im Endeffekt hier stärker vertreten sein wollen. Die Vertretung ist im Kuratorium festgelegt, ist im Gesetz festgelegt. Das ist jetzt in Begutachtung, eine Änderung des Biosphärenparkgesetzes, weil hier auch die Rechtsnachfolge geklärt worden ist. Einer der Großgrundbesitzer hat den Nationalparkfonds geklagt. Das heißt, er will seine restlichen vertraglichen, Naturschutz erhaltenden Zahlungen nunmehr gerichtlich einfordern. Wir können jetzt das Gerichtsverfahren abwarten. In den nächsten drei bis vier Jahren wird es dann eine Entscheidung geben oder man setzt sich an den Verhandlungstisch. Ich habe jetzt die Bürgermeister der Region eingeladen, damit wir uns vernünftig mit den Kleingrundbesitzern und den Großgrundbesitzern an den Tisch setzen. Ich glaube, dass hier ein echtes Juwel vor unserer Haustüre liegt, gemeinsam mit dem Lungau,

Mag. Ragger

weil wir auch darauf Bedacht nehmen müssen, dass die neue Förderkulisse im Jahre 2014 eines vorsieht, nämlich einen neuen Korridor für die Naturparks und für die Biosphärenparks. Wir sind das erste Mal in der Lage, hier eine Möglichkeit einer EU-Förderung zu generieren für diesen Bereich, nämlich von 2014 bis 2020. Daher sollte man hier versuchen, die Weichen rechtzeitig zu stellen. Ich glaube, man sollte einer vergangenen Lösung, wie sie bereits vorgeschlagen worden ist, wo die Großgrundbesitzer von 2009 bis 2011 eine Ablöse von 560.000,-- Euro bekommen haben, näher treten. Das ist damals an der Zustimmung der Großgrundbesitzer gescheitert. Man hat jedes Jahr im vertraglichen Naturschutz den Betrag, falls ich mich nicht irre und wenn es nicht von der Landesfinanzreferentin korrigiert wird, von 220.000,-- Euro pro Jahr für die Jahre 2012 und 2013. Ich glaube, das ist ein sehr großzügiges Angebot für die einzelnen Flächen, auch gemeinsam mit der Landesfinanzreferentin. Wenn es gelingt, sollte man das Ziel vor Augen führen, dass dieser Biosphärenpark – einer der wenigen in ganz Europa – hier eine Vorbildfunktion oder einen neuen Naturcharakter erhält. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Mag. Ragger! Die Frage nach Zusatzfragen an die einzelnen Fraktionen: SPÖ? – Nein! ÖVP? – Bitte, um die Zusatzfrage, Herr Klubobmann Hueter!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Herr Landesrat! Sie haben, glaube ich, da ein paar Dinge verwechselt insofern, weil Naturschutz nur im Einklang mit den Grundbesitzern geht. Sie müssten als zuständiger Referent eigentlich wissen, dass gerade das Biosphärenparkgesetz vom „Sevilla Abkommen“ auf Basis der Freiwilligkeit beruht. Dort ist der Haken in dieser Gesetzesfindung gegeben. Das ist nicht freiwillig passiert, sondern es ist leider Gottes die gesamte Fläche der 7.500 Hektar unter Naturschutz gestellt worden. Naturschutz ist einmal grundsätzlich zu hinter-

fragen. Das geht nur im Einklang mit den Grundbesitzern, sprich mit denen, denen der Grund gehört, die diesen Grund bewirtschaften und die davon auch leben müssen. Sie haben zum Teil ein bisschen – *(Einwand von LR Mag. Ragger.)* Kann ich das ausführen? Ich habe eine DIN A4-Seite Zeit, das auszuführen. Dann werde ich Ihnen eine ganz klare Frage stellen. Sie haben ganz richtig gesagt, 2007 war man dem Gesetz schon sehr nahe. 2010, im Dezember, hat es sogar einen einstimmigen Beschluss der Grundbesitzer gegeben und auch Ihres Vorgängers, Uwe Scheuch.

Und jetzt frage ich Sie, woran lag die Angst, dieses Gesetz in Begutachtung zu bringen, Herr Landesrat?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Mag. Ragger, bitte um die Beantwortung!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Abgeordneter! Woran das lag, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe dieses Referat übernommen und ich kann nur aus der Chronologie zitieren, dass nämlich im Jahr 2007 eine Stopptaste gedrückt worden ist, nachdem es eine Kuratoriumssitzung gegeben hat und die Forderungen der Grundbesitzer als überhöht abgegolten worden sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Ragger für die Beantwortung! Damit haben wir die Fragestunde – *(Abg. Mag. Leyrouz: Zusatzfrage?)* ach so, gibt es weitere Wünsche nach Zusatzfragen? Ja, die Uhr drängt, deswegen! Gibt es weitere Wünsche nach Zusatzfragen? Von den Freiheitlichen der Abgeordnete Pirolt. Bitte, Zusatzfrage, wir sind schon ein bisschen im Verzug! *(Abg. Pirolt: Ich eile!)* Bitte!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Hohes Haus! Herr Landesrat! Nachdem es ja sehr viele Verhandlungsrunden gegeben hat, Sitzungen mit regionaler Entwicklung, mit Betroffenen, mit Besitzern, warum sind die Verhandlungen des Biosphärenparks konkret gescheitert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf den Herrn Landesrat um die Beantwortung bitten!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Abgeordneter! Aus zeitökonomischen Gründen werde ich es kurz halten: An der Geldsucht der Großgrundbesitzer.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, damit hat die Anfragerstellerin noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte, Frau Klubobfrau Lesjak!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Das ist relativ unbefriedigend, auch jetzt diese Antwort vom Landesrat, dass man das dann so abtut und sagt, na ja, eine Interessensgruppe ist zu gierig oder so irgendwie. Das kann es ja wohl nicht sein. Es kann ja auch nicht sein, dass da, ich weiß nicht, hunderte Besprechungen, Verhandlungen und so weiter stattgefunden haben und die alle so ausgegangen sind, dass jetzt alle dort unzufrieden sind. Das ist eine besorgniserregende Situation, insbesondere deswegen, weil angesichts der UNESCO-Kriterien für einen Biosphärenpark – in einem Biosphärenpark gilt die Sevilla-Strategie, die knüpft direkt an die Agenda 21-Strategie an und da ist es vorgesehen, dass die lokale Bevölkerung, die dort betroffen ist, mit einbezogen wird in die Gespräche und so weiter. Jetzt muss es irgendetwas geben, das für die Zukunft sicherstellt, dass man diese Großgrundbesitzer auch in einer positiven Art und Weise hier teilhaben lässt am Entwicklungsprozess, ohne sie von

vornherein wegzuwischen mit diesem Argument, die sind zu gierig.

Was haben Sie vor, Herr Landesrat, ganz konkret, in der Umsetzung der Sevilla-Strategie dort zu veranlassen, damit auch die Grundbesitzer in diesen Prozess eingebunden werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte den Herrn Landesrat Ragger um eine Antwort!

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Geschätzter Herr Präsident! Die Aufgaben sind ja im Biosphärenparkgesetz gesetzlich verankert. Wir haben auch dementsprechend ein Gremium, das Kuratorium. Das werde ich in der nächsten Phase einberufen, dort ist das zuständige Regierungsmitglied, die Bürgermeister der Regionen, nämlich die Mitglieder, die drei Grundbesitzer und die zwei Vertreter der regionalen Wirtschaft, und man wird sich an einen Tisch setzen, um eine konsensuale Lösung zu erzielen, begleitend nach dem „BRIM Nockberge“, das heißt der Infoveranstaltung für die jeweilige Bevölkerungsschicht, und wir haben versucht, es auch jetzt zu begleiten mit der Universität Klagenfurt, damit dieser Biosphärenpark auch wissenschaftlich begleitet wird. Das heißt, zusammengefasst wollen wir eine einvernehmliche, konsensuale Lösung mit einer ordnungsgemäßen, nach wirtschaftlichen Kriterien und auch nach Bewirtschaftungskriterien vernünftigen Lösung auch für die Großgrundbesitzer, aber es muss eine Verhältnismäßigkeit bestehen. Und das werden wir versuchen, gemeinsam zu lösen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat für die Anfragebeantwortung! Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben wir die Stunde ordentlich ausgereizt und neun Anfragen abgearbeitet. Es sind noch weitere drei Anfragen offen, nämlich die Anfrage Nummer:

Ing. Rohr

10. Ldtgs.Zl. 14/M/31:

Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Wollen Sie diese Anfrage in der nächsten Sitzung mündlich oder schriftlich beantwortet haben? (*Abg. Mag. Theuermann: Mündlich in der nächsten Sitzung!*) Dann wird das mündlich in der nächsten Sitzung so erfolgen. Die Anfrage Nummer:

11. Ldtgs.Zl. 15/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser

Schriftlich oder mündlich in der nächsten Sitzung? (*Abg. Mag. Schalli: Ebenfalls mündlich in*

der nächsten Sitzung!) Mündlich in der nächsten Sitzung! Die Anfrage Nummer:

12. Ldtgs.Zl. 16/M/31:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Dolinar an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser

Mündlich oder schriftlich? (*Abg. Mag. Dolinar: Auch mündlich in der nächsten Sitzung!*) Das wird auch so geschehen. Ich darf auf unserer Zuhörergalerie noch die Schülerinnen der landwirtschaftlichen Fachschule Goldbrunnhof aus Völkermarkt mit Begleitung begrüßen, die Klasse 2a! Begleiterinnen sind die Frau Ing. Rosemarie Miglar und der Herr Ing. Franz Jamnig, herzlich willkommen hier im Kärntner Landtag! (*Beifall im Hause.*) Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die ÖVP an der Reihe. Das Thema, das von der ÖVP beantragt wurde, ist die „Haushaltsreform für das Land Kärnten“. Die Rednerfolge der Aktuellen Stunde erfolgt ebenso nach dem Rotationsprinzip, die ÖVP fängt an und dann nach der Stärke der Partei die Wortmeldungen. Jede Rednerin und jeder Redner bitte auch die Redezeit von fünf Minuten entsprechend einzuhalten. Am Wort ist der Herr Klubobmann der ÖVP, Ferdinand Hueter.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Liebe Regierungsmitglieder, zwei an der Zahl sind noch da! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne und zu Hause am Internet! Das heutige Thema der Aktuellen Stunde lautet „Haushaltsreform für das Land Kärnten“. Seit gut einer Woche liegt der Kassasturz, die Zahlen auf dem Tisch. 2,76 Milliarden Euro inner- und außerbudgetäre Schulden und dazu noch über zwei Milliarden weitere Verbindlichkeiten, fällige Verwaltungsschulden, die irgendwann einmal zu

zahlen sind, die aber nicht auf die lange Bank zu geben sind, sondern die genauso vorhanden sind. Zusammenzählen kann sich das jeder und ausrechnen, wo wir stehen. Es ist auch, glaube ich, auf einen wirklich sehr sorglosen Umgang mit dem Landesbudget zurückzuführen, dass wir heute diese Schulden haben und dieser Rucksack für die Kinder und Enkelkinder uns die längste Zeit belasten wird. Wir müssen die Vergangenheit aufarbeiten, vor allem im Sinne der Steuerzahler. Wir müssen im Sinne der Steuerzahler das Bewusstsein schaffen, dass der „öffentliche Bankomat“ am Arnulfplatz außer Betrieb ist, den gibt es nicht mehr. Auch nicht für jede Begehrlichkeit in irgendeiner Form, wie auch immer, ich brauche was und du kriegst es. Dahingehend liegen einige Dinge ganz konkret auch vor, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, die wir, bereits in gewisse Gesetze gegossen, umzusetzen haben. Erstens einmal die österreichische Bundesverfassung, wo die Länder, der Bund und die Gemeinden aufgefordert werden, ausgeglichene Budgets zu erstellen. Zweitens haben wir hier im Land Kärnten dieses Budgetkonsolidierungsgesetz einstimmig beschlossen, dass wir 2015 verpflichtet sind, ein Nulldefizit zu erstellen, und drittens der österreichische, inneröster-

Ing. Hueter

reichische Stabilitätspakt, wo 2016 ebenfalls ein Nulldefizit vorgeschrieben ist und bei Nichteinhaltung sogar mit Sanktionen gedroht wird. Das heißt, es ist alles in Sichtweite, das sind maximal zwei bis drei Jahre, wo wir zu handeln haben und nicht einfach so dahinwerfen können, wie es bisher war. Die jetzt vorliegenden Zahlen beweisen, dass es nicht fünf Minuten vor Zwölf ist, sondern eher fünf Minuten nach Zwölf. Das sind die Ausgangszahlen, und jetzt werden natürlich einige fragen, wie wollt ihr das bewerkstelligen, wie geht man das an? Wie kann man das Land Kärnten wieder sanieren? Ich glaube, sozial ist einmal grundsätzlich nur, wer Schulden nachhaltig abbaut, das Land strukturell reformiert und nachhaltig investiert. Zu Tode sparen ist nicht unser Weg, aber in die Nachhaltigkeit zu investieren, das muss es sein. Und es ist, glaube ich, auch gut, dass die Landesfinanzreferentin bei ihrer Pressekonferenz zum Kassasturz gesagt hat, es darf keine Tabus geben. Und ich glaube, das nächste Tabu, das uns allen vor Augen zu führen ist, alleine mit den Ermessensausgaben, alleine mit den freiwillig zur Verfügung stehenden Mitteln von in etwa 13 bis 14 Prozent des Landesbudgets zu glauben, das Budget zu sanieren, ist eine Utopie. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*) Es liegt auf der Hand, weil nur rund 133 Millionen Euro vom Gesamtbudget überhaupt verfügbar sind und 170 Millionen Euro Ermessensausgaben, die fix gebunden sind. Das heißt, allein aus diesen Zahlen sieht man, man kommt nie Richtung Null, sondern man muss in inhaltliche Strukturreformen gehen. Und wenn wir bei diesem Tabuthema sind, da sind wahrscheinlich das Wichtigste, das wir wirklich anzugehen haben, diese 1,9 Milliarden Euro in den Pflichtausgaben. (*2. Präs. Schober übernimmt den Vorsitz.*) Und da gehen wir in den Bereich Gesundheit, Soziales, Krankenanstalten und Verwaltung. Wenn wir diese Bereiche nicht angehen, können wir über alles andere reden, so lange wir wollen, so schön wir wollen, ist es nicht möglich, ein Nulldefizit zu erreichen. Und das wissen (*Vorsitzender. Eine Minute Redezeit noch!*) – Danke, Herr Präsident! – die Anwesenden hier, das wissen wahrscheinlich auch alle Bürgermeister, dass das 1 : 1 zurückverlangt wird in den Gemeinden. Wenn es hier im Land nicht funktioniert, funktioniert es auch draußen in den Gemeinden nicht, deswegen sind wir aufgefordert, diese Dinge Punkt für Punkt anzugehen. Wir brauchen in den Haushaltsre-

formen Dinge, die wirkungsorientiert wirtschaften. Dafür brauchen wir Globalbudgets für jedes Regierungsmitglied. Wir müssen weg von der Kameralistik hin zu doppelten Buchhaltung und wir müssen mehrjährige Budgetvorschläge vorausschauend erstellen, damit wir langfristig planen können, jedes einzelne Regierungsmitglied. Und wir müssen auch den Mut haben, Geld nicht nach Begehrlichkeiten, sondern nach Bedarf und nach der Nachhaltigkeit auszugeben. Dafür steht die ÖVP, dafür steht, glaube ich, auch jeder hier im Landtag Sitzende. Wir brauchen Spielraum, damit wir ab morgen den Kindern bzw. den Kärntnerinnen und Kärntnern wieder bessere Perspektiven geben können. Die ÖVP steht dafür! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Günter Leikam gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Zuhörer zu Hause an den Internetgeräten! Wenn wir das Thema der Haushaltsreform für Kärnten heute hier im Landtag diskutieren, so müssen wir vorerst einmal in Betracht ziehen, was ist die Ausgangssituation, wie sieht die derzeitige Budgetsituation des Landes nach dem Kassasturz aus. Wir haben in Kärnten derzeit keine Budgetwahrheit, Positionen sind teilweise unterdotiert, sind teilweise überdotiert, es gibt massive Verschiebungen zwischen den einzelnen Budgetposten, es gibt keine Vergleichbarkeit, es gibt keine Inventarisierungen, es gibt keine laufende Gebärungsprüfung und es gibt keine Vermögensbewertung. Ich glaube, dass aus all diesen Gründen, die ich soeben erwähnt habe, die Erlassung eines modernen Landeshaushaltsrechtes analog dem Bund eine neue Chance für Kärnten ist und auch notwendig sein wird für unser Bundesland, dass man mehr Transparenz im Landeshaushalt schaffen kann und auch mehr Transparenz im Landeshaushalt schaffen wird.

Leikam

Was sind nun die Aufgabenstellungen für die Zukunft? Wir brauchen eine neue Budgetierung mit Budgetwahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein Budget drückt aus, wie viele Ressourcen zur Verfügung stehen und welche Wirkungen und Leistungen mit diesen Ressourcen zu erzielen sind. Auch die Transparenz der Haushaltsführung soll verbessert werden. Ich darf hier erwähnen, dass wir auch eine Wirkungsorientierung der Ausgaben mit ganz, ganz klaren Schwerpunktsetzungen benötigen. Schwerpunktsetzungen im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – fast täglich hören wir, dass Firmen in Kärnten zusperrern müssen – Schwerpunktsetzungen im Bereich der Bekämpfung der Armut und natürlich Schwerpunktsetzungen im Bereich der Bekämpfung der Abwanderung. Ich darf (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) hier einen Hinweis tätigen, den Bernhard Feldecker, der Präsident des Staatsschuldensausschusses, heute in der „Kleinen Zeitung“ getätigt hat, der die Meinung vertritt, dass die Abwanderung noch ein viel, viel größeres Problem für Kärnten werden wird als die Schulden, die verursacht worden sind, ohne natürlich den Schuldenstand des Landes Kärnten zu verniedlichen. Wir brauchen in Kärnten eine Inventarerstellung und es muss auch eine interne Revision eingerichtet werden. Kärnten braucht eine Erhöhung der Transparenz des Rechnungswesens durch neue Bewertungsgrundsätze, durch die vollständige Erfassung des Vermögens und der Verbindlichkeiten und durch die Bildung von Rücklagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Rücklagenbildung unterstützt eine nachhaltige Haushaltsentwicklung. Nicht verwendete Finanzmittel können auch in den Folgejahren verwendet werden, verfallen also nicht grundsätzlich am Jahresende. Das bekämpft auch das sogenannte „Dezember-Fieber.“ Es ist aber auch ein Anreiz, Steuergelder sparsam einzusetzen und bietet mehr Flexibilität beim Haushaltsvollzug. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*) Ich glaube, wenn man Anreize schafft, dass Referenten, wenn sie gut wirtschaften, auch etwas davon haben, dann ist das durchaus eine gescheite Politik.

Kärnten hat aber auch kein kaufmännisches Rechnungswesen, daher wird es mittelfristig notwendig sein, auch analog zum Bund – und mein Vorredner, der Klubobmann Hueter, hat ja

schon gesagt, dass wir auf ein neues doppisches Rechnungswesen umstellen mit einer Finanzierungs-, mit einer Ergebnis- und mit einer Vermögensrechnung. Im Hinblick auf die gegebene Notwendigkeit der Erhöhung der Aussagekraft der Vermögensbildung des Landes wurden im Zusammenhang mit der auf Bundesebene mit 1.1. dieses Jahres in Kraft getretenen zweiten Etappe (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) der Bundeshaushaltsreform derzeit auf Landesebene Gespräche zur Änderung der geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen geführt. Zusätzlich wurde von Landesseite mit der Uni Klagenfurt ein Projekt durchgeführt, das den Anpassungsbedarf bei Erstellung der Vermögensrechnung an die neuen Bundesregelungen untersucht und auch Umsetzungsvorschläge beinhaltet.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich feststellen, dass wir bereits einiges erledigt bzw. in Arbeit haben im Landtag und in der Landesregierung, wie die Zusammenführung der Landesgesellschaften oder den Ausstieg aus den Risikogeschäften. Es ist in Zukunft jedoch noch sehr, sehr viel zu tun. Eine Haushaltsreform alleine wird nicht genügen. Wir werden auch eine Struktur- und eine Verwaltungsreform brauchen, um Kärnten wieder fit für die Zukunft zu machen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als Nächster hat sich Klubobmann Christian Leyroutz gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne! Lieber Herr Kollege Hueter! Ich bedanke mich auch bei dir, dass du das dementsprechend dargestellt hast, dass wir auch in der Vergangenheit ein gemeinsames Budget aufgestellt und für 2015 das Nulldefizit angepeilt haben. Ich möchte auch gar nicht wiederholen, was der Herr Kollege Leikam jetzt dargestellt hat. Das waren nämlich genau diese Vorarbeiten, die wir in der letz-

Mag. Leyroutz

ten Regierung gemeinsam – nämlich die Freiheitlichen mit der ÖVP – geleistet haben. Genau diese Haushaltsreform wurde ja mehrfach und ausführlich diskutiert. Der Kollege Hueter wird das bestätigen können. Es haben da mehrere Vorgespräche stattgefunden. Haushaltsreform ist wichtig. Man muss auch darüber nachdenken, insbesondere auch deswegen, weil dieses Thema immer aktueller wird und weil sich die politische Arbeit dieser Landesregierung in den letzten Wochen ausschließlich nur mit dem Thema Kassasturz beschäftigt hat, aber nicht mit einer tatsächlichen Arbeit. Die Frau Finanzlandesrätin hat letzte Woche ihr Ergebnis des Kassasturzes bekannt gegeben und dabei eine Sicht der Dinge dargelegt, die heute erstaunlicherweise von der ÖVP ebenso unterstützt wird, die ja mit der Realität und der Wirklichkeit und einer transparenten Darstellung der finanziellen Lage des Landes Kärnten nicht übereinstimmt. Die Vorgangsweise nämlich, diese Schulden so darzustellen, erfolgt unter Außerachtlassung jeglicher Grundsätze für die Erstellung einer Vermögensrechnung, die den Vermögensstatus des Landes Kärnten richtig darstellen sollte. Weil richtigerweise betragen die Verbindlichkeiten des Landes Kärnten eben nicht diese 4,6 Milliarden Euro, die fälschlicherweise kolportiert werden, sondern nur 2,6 Milliarden Euro. Das wirklich Einzigartige in der Geschichte des Landes ist, dass in einer derart unverantwortlichen, ich würde sogar sagen, grob fahrlässigen Weise die Vermögenssituation des Landes Kärnten schlechter dargestellt und schlechtgeredet wird und nicht fällige Verwaltungsschulden und Sonderfinanzierungen aus Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. *(Den Vorsitz übernimmt 1. Präs. Ing. Rohr.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat Auswirkungen auf die Bonität des Landes Kärnten. Nachteilige Auswirkungen aufgrund dieser grob fahrlässigen Vorgangsweise werden wir auf jeden Fall ahnden und weiter verfolgen. Bezeichnenderweise waren an diesem sogenannten Kassasturz die sonst immer beigezogenen Experten nicht beteiligt, was bereits zugestanden wurde. Es hat auch schon ein Rechnungshofbeamter bekanntgegeben, dass dieser Kassasturz rechnerisch falsch ist. Die Frau Finanzreferentin hat selbst in ihrer Powerpoint-Präsentation darauf hingewiesen, dass diese Verbindlichkeiten auf UGB nicht zu bilanzieren und im Schuldenstand auch nicht auszuweisen sind. Es erfolgt daher eine ganz klare Falsch-

formation der Öffentlichkeit. Man hofft einfach, die Situation schlechter darzustellen, um dann später als Retter aufzutreten. Darüber hinaus wurden bei diesem Kassasturz die Bilanzierungsvorschriften nicht eingehalten, denn es sind in einem Vermögensstatus ja auch die Vermögenswerte anzugeben. Es ist einfach verwunderlich, dass maßgebliches Vermögen des Landes Kärnten – und auch das gibt es, nämlich einen Zukunftsfonds mit circa 500 Millionen Euro, die Anteile an der KELAG mit einem Wert von 700 Millionen Euro und die über 20.000 Wohnungen - nicht im Vermögensstatus aufgenommen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss mit Fug und Recht behaupten, dass eine Haushaltsreform für das Land Kärnten notwendig ist, damit sich diese Landesregierung an grundsätzliche Regeln für die Darstellung der Vermögenssituation halten muss. Wir Freiheitliche stehen einer Haushaltsreform, wie sie auch der Kollege Leikam beschrieben hat, prinzipiell positiv gegenüber, da das ja auch in der letzten Legislaturperiode dementsprechend geplant wurde. Ich darf da nur die Schlagworte „Erstellung eines Globalbudgets, Definition von Ausgabenobergrenzen“ beispielsweise anführen. Richtig ist auch, dass die Umstellung des kaufmännischen Rechnungswesens, der Umstieg von der Kameralistik auf die Doppik notwendig ist, weil einfach eine Vergleichbarkeit aller Budgetzahlen gegeben sein muss. Doppelgleisigkeiten und Abschaffung von Doppelzuständigkeiten sind notwendig. Aber der wesentliche Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass Sachpolitik betrieben wird, und die Darstellung der Vermögenssituation in einer derart unverantwortlichen Weise ist reine Parteipolitik, nicht Sachpolitik. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Das lehnen wir ab! Die Vermögenssituation des Landes Kärnten ist einfach viel besser als sie dargestellt wird. Wir werden Kärnten von dieser Koalition nicht schlechttreden lassen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist von den Grünen der Herr Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Schülerinnen und Schüler! Meine Rede ist leider mit dem Absturz meines Computers verschwunden. Ich werde trotzdem anhand meiner schriftlichen Aufzeichnungen ein paar Gedanken dazu beitragen. Wie wir jetzt erfahren haben, gibt es große Meinungsunterschiede, welches Vermögen in einer Bilanz darzustellen ist. Das ist nur ein Punkt im gesamten Rechnungswesen, der offensichtlich ungeklärt ist. Das ist eine Situation, die so weiter nicht bestehen kann. Wir brauchen tatsächlich eine Haushaltsreform mit klaren Regelungen, damit solche Diskussionen, wie sie jetzt geführt wurden, in Zukunft nicht mehr geführt werden. Es gibt ein paar Kernpunkte dieser Reform: Das ist der schon viel zitierte Umstieg von der Einnahmen-, Ausgabenrechnung, der Kameralistik auf die Doppik. Der Sinn dieses Umstieges liegt darin, dass durch die Kameralistik die Einzahlungen und die Auszahlungen dargestellt werden, aber nicht die wirtschaftliche Betrachtungsweise in dem Sinn, welche Einnahmen sind dem Jahr zuzurechnen, welche Ausgaben sind dem Jahr zuzurechnen. Wenn hier bekrittelt wird, dass zum Beispiel der Zukunftsfonds nicht im Vermögen dargestellt ist, dann muss man sich auch fragen: Was ist denn mit unseren Soziallasten, mit unseren Pensionszusagen des Landes? Das müsste man dann ja auch, wie im UGB dargestellt, als Rückstellung einbuchen. Wenn wir das einbuchen, haben wir wieder einen großen Posten auf der Passivseite unserer Bilanz. Das heißt also, das sind alles Fragen, die jetzt wirklich einmal geklärt werden müssen.

Ein Schritt ist die Doppik, der zweite die Globalbudgets. Ich würde mir erwarten, dass durch die Globalbudgets die Verantwortung jedes Regierungsmitgliedes für seinen Bereich gestärkt wird und damit ein größeres Kostenbewusstsein entsteht. Gekoppelt mit diesen Globalbudgets müssen wir Ziele vorgeben und Indikatoren, wie diese einzelnen Politikfelder, welche Ziele zu erreichen sind. Denn nur dann, wenn wir solche Ziele definieren und Indikatoren festlegen, können wir nachher feststellen, ob die Ziele erreicht worden sind. Für uns im Landtag, denke ich, wäre es die Aufgabe, den Regierungsmitgliedern

auf die Finger zu schauen, die sich zu geringe Ziele vornehmen und nicht die zu bekritteln, die sich hohe Ziele vornehmen und diese dann vielleicht nicht zu 100 Prozent erreichen. Das wäre mein Zugang.

Es geht hier eben um diese sogenannte wirkungsorientierte Budgetierung und die erfordert ein Umdenken im Kopf von uns allen, von uns Abgeordneten, aber auch von den Regierungsmitgliedern. Mit welchen Mitteln wollen wir welche Ziele erreichen? Das muss die zentrale Frage sein. Die Voraussetzungen, dass wir diese Haushaltsreform auch tatsächlich umsetzen, ist ein politischer Wille, insbesondere unseres Landeshauptmannes und unserer Finanzlandesrätin, Frau Schaunig. Ich denke, dieser Wille ist vorhanden. Als zweiter Punkt wäre wichtig, das Wissen unserer Beamten und vielleicht sicherlich auch des Rechnungshofes mit einzubeziehen, um diese Veränderungen umzusetzen. Wir müssen das Gesamte in einem unumkehrbaren Prozess beschließen, damit, wenn Probleme auftauchen, diese das nicht einfach auf Jahre hin verzögern. Wir sollten uns wirklich ein Datum vornehmen, zu dem wir diesen Prozess abschließen. Das Land Steiermark hat das für das Jahr 2015 geplant, das Land Salzburg für das Jahr 2018. Mir ist klar, dass eine solch große Reform nicht innerhalb weniger Monate umgesetzt werden kann, aber wir sollten ehrgeizig an dem Ziel arbeiten, diese Haushaltsreform möglichst rasch umzusetzen. Ich würde die Regierung bitten, dass sie uns regelmäßig darüber informiert, wie wir mit diesem großen Reformkonzept Fortschritte machen! Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Lebersorger! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Professor Dr. Hartmut Prasch. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer, vor allem liebe Schüler und Medienvertreter! Es ist schon bemerkenswert, dass ausge-

Dr. Prasch

rechnet die ÖVP eine Aktuelle Stunde zum Thema „Haushaltsreform“ beantragt. Gerade sie hätte als Regierungspartner nicht nur in der letzten Landtagsperiode schon längst die Möglichkeit gehabt, dieses Thema aufs Tapet zu bringen. Sie hätte also schon vor Jahren mit einer Haushaltsreform einen großen Wurf landen können, wie es etwa die deutschen Bundesländer schon zur Jahrtausendwende gemacht haben oder auch das Land Vorarlberg getan hat, indem von der kameralistischen Haushaltsführung abgegangen und auf ein doppisches Rechnungs- und Haushaltswesen umgestiegen worden wäre. Hoffentlich bleibt diese notwendige nachhaltige Veränderung nicht wieder im Ansatz stecken, wie der groß angekündigte Kassasturz der Koalition. Unsere diesbezügliche Skepsis über die Aussagekraft des Kassasturzes ist inzwischen von namhaften Experten bestätigt worden. Groß angekündigt, haben sich dennoch weder Landes- noch Bundesrechnungshof und auch kein Experte des Finanzministeriums daran beteiligt. Das Team Stronach hätte sehr gerne mit hochrangigen Spezialisten aus unserem Expertenteam ausgeholfen. Was nach wie vor fehlt, ist eine Bilanz der Aktiva und Passiva des Landes Kärnten zu einstigen Anschaffungspreisen in Gegenüberstellung zum aktuellen Verkaufspreis. Was ebenfalls fehlt, ist eine Aufstellung der laufenden Einnahmen und Ausgaben, damit endlich eine Cashflow-Analyse gemacht werden kann. Was ebenso fehlt, ist eine Strukturaufstellung der Schulden des Landes inklusive aller ausgelagerten Gesellschaften nach Fristigkeiten, nach Höhe des Normalzinses und nach Tilgungsart bzw. Tilgungstermin. Auch bei der Bearbeitung dieser Notwendigkeiten erweist sich die derzeitige Haushaltsführung als Hemmschuh, insbesondere durch die Zweiteilung des Rechnungswesens des Landes und seiner ausgelagerten Gesellschaften. Die Frage, die sich uns stellt, ist: Wenn schon der Kassasturz nicht gelingt, kann dann eine Haushaltsreform gelingen? Auch für uns ist eine umfassende Haushaltsreform ein Gebot der Stunde.

Und in deren Rahmen sind für uns folgende Punkte von besonderer Bedeutung: Weg von Fremdwährungsdarlehen – wie 200.000 betroffenen Österreicherinnen und Österreichern darf es einem Land, das das Steuergeld seiner Bürgerinnen und Bürger verwaltet, nie gehen. Weg von einer Politik des Schuldenmachens –

Kärnten steht ohnehin vor dem finanziellen Abgrund und das wahre Ausmaß des Desasters mit all den Damoklesschwertern, die noch über uns hängen, wird uns noch lange nicht loslassen. Weg von Leasinggeschäften in allen Bereichen – damit werden nur unnütze Kosten verursacht. Weg von externen Vereinen, die nur als PR-Maschinerie für den jeweiligen politischen Referenten dienen, aber hin zu mehr Transparenz im Haushalt. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, immer genau zu wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert. Hin zu Kostenwahrheit im Budget, Schluss mit intransparenten Umschichtungen, die dazu dienen, Überziehungen zu verschleiern. Hin zu Sparsamkeit auch bei Ermessensausgaben. Der Landesrechnungshof muss endlich für klare Richtlinien bei den Ermessensausgaben sorgen können. Und hin zu einer Entflechtung der Landesgesellschaften und einer Reduktion der Gremien. Die Chance ist zweifellos vorhanden und wir hoffen, dass sie von der Koalition entsprechend genutzt wird. Das Team Stronach für Kärnten wird dabei sehr gerne mitarbeiten. Danke! *(Beifall vom Team Stronach und vereinzelt von ÖVP-Fraktion und SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Dr. Prasch für seine Wortmeldung! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Trodt-Limpl vom BZÖ. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Geschätzte Vertreter der Medien, der Presse und werte Zuseher und Zuhörer im Internet! Unser Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist die Haushaltsreform für das Land Kärnten. Einige Länder haben sich schon mit dieser Haushaltsreform auseinandergesetzt, so das Land Oberösterreich, das Land Salzburg und im Speziellen das Land Steiermark, und auch das Land Kärnten muss sich mit dieser Haushaltsreform auseinandersetzen. Die Kärntnerinnen und Kärntner sind mündige Bürger und die Wahrheit ist ihnen auch zumutbar. Auch das BZÖ hat seine Zustimmung zur Bundeshaus-

Mag. Trodt-Limpl

haltsrechtsreform gegeben. Unserer Meinung nach werden die neuen Bestimmungen den Anforderungen leistungsorientierten und modernen Wirtschaftens gerecht. Daher soll auch in Kärnten das kaufmännische Rechnungswesen Platz greifen und ein möglichst großer Konsens für die Haushaltsreform erlangt werden. Das Land Kärnten muss sich auch den EU-Richtlinien anpassen, denn diese hat die Budgetvorschriften verschärft. Ab Ende 2013 müssen alle Ebenen eine mittelfristige, verbindliche Budgetplanung erstellen. Die Kameralistik ist ein für die öffentliche Verwaltung entwickelter Rechnungsstil, die Doppik ist das Rechnungswesen der Privatwirtschaft. Zwischen Input und Outcome besteht hier ein direkter Zusammenhang, wie es unser Experte ja genau erklärt hat. Beim Globalbudget wird ein pauschalierter Betrag bewilligt, über den die Verwaltungsorganisation unabhängig verfügen kann, jedoch ohne Anbindung an Leistungsvorgaben schwächt das Globalbudget die Einflussmöglichkeiten der Politik. Daher komme ich zu folgender Schlussfolgerung: Die allgemeine Diskussion Kameralistik versus Doppik greift viel zu kurz. Ziel ist ein ausgeglichenes Budget. Aus diesem Grund richten wir folgenden Appell an die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages: Überprüfen wir alle Ausgaben auf die Nachhaltigkeit, überlegen wir uns Einnahmenerhöhungen, besonders im oberen Teil der Maslowschen Pyramide, optimieren wir die gesamten Verwaltungsstrukturen und dies vor allem im ausgegliederten Verwaltungsbereich. Der Zukauf von Dritten im Verwaltungsbereich soll nur dort stattfinden, wo es unbedingt notwendig ist. Nutzen wir doch die eigenen Ressourcen in der Landesverwaltung, denn eigenes Know-how ist bei unseren Mitarbeitern in hohem Maße vorhanden. Setzen wir alles daran, dass die bestehenden Schulden schneller abgebaut werden, erwirken wir die Reduzierung der bestehenden Haftungen, überprüfen wir die Förderbereiche auf reine Mitnahmeeffekte. Es gibt keine weitere Nettoneuverschuldung, kein Kaputtsparen, sondern Sparsamkeit mit Augenmaß und Zielsetzung auf Rentabilität auf allen wesentlichen Ebenen. Wir brauchen ein wirkungs- und zielorientiertes Gesamtbudget. Dies erreichen wir durch mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung und laufende Evaluierung. Packen wir's an, so erreichen wir unser Ziel, ein mittelfristiges, ausgeglichenes Budget mit entspre-

chenden Handlungsspielräumen! Danke! (*Beifall aller Fraktionen mit Ausnahme der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Abgeordneten Trodt-Limpl für ihre Wortmeldung! Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der antragstellenden Fraktion der Herr Bürgermeister Abgeordneter Herbert Gaggl. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Hohes Haus! Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet! Haushaltsreform – wenn man googelt, dann ist das ein Thema, das uns schon Jahrzehnte begleitet und immer zu besonderen Diskussionen Anlass gegeben hat. Eine Haushaltsreform ist notwendig, um transparent, modern, leistungsorientiert wirtschaften zu können, aber die Darstellung, ob Kameralistik oder Doppik, ist ja nur das Mittel dazu. Wenn ich Schulden habe, habe ich sie in der Kameralistik genauso wie in der Doppik. Es ist egal, es bleiben immer Schulden. Wenn ich als privater Unternehmer oder als privater Haushalt sehe, dass ich mit den Einnahmen nicht auskomme, dass die Ausgaben höher sind, dann werde ich einmal schauen, wo hapert es denn, wo habe ich denn bei den Strukturen das Problem. Wenn ich draufkomme, ich habe hohe Energiekosten, dann werde ich nicht das Licht abschalten und den Strom abmelden, sondern ich werde überlegen, wer ist denn der Verursacher. Und wenn ich draufkomme, dass das halt die Glühbirnen sind, dann werde ich schauen, gibt es Alternativen, dann gibt es LED und ich habe die Stromkosten reduziert und habe vielleicht die Qualität sogar verbessert. Wenn wir nicht in die Strukturen gehen, hilft uns die ganze Haushaltsreform nichts. Ein guter Ansatz war zum Beispiel im Jahr 2012, wo das Hohe Haus hier im Landtag – da war ich ja noch nicht dabei – die Gesundheitscharta verabschiedet hat. Wenn wir diese Charta ernst nehmen und nachschauen, dann steht drin, Optimierungsmaßnahmen, vernünftige Leistungsangebotsplanung, alternative Versorgungsformen, Entlastung im Krankenhausbereich, genauer Finanzplan bis 2016,

Gaggl

Schwerpunktsetzungen unter Beibehaltung der Standorte, und wer anschafft, zahlt. Und einer hat dann dazu gesagt, teure Spitäler machen Menschen nicht automatisch gesund. Bei der Verwaltungs- und Aufgabenreform ist zu überprüfen, sozusagen ohne Rücksicht, was ist das Leistungsspektrum überhaupt. Es gehört eine Aufgabenreform her, wie viele Verwaltungsebenen haben wir überhaupt notwendig. Es muss alles wertfrei und offen diskutierbar sein. Oder die Bildungsstrukturen: Wenn wir sehen, dass wir 50 Prozent der Mittel nur in den Strukturen verwenden, dann kann das nicht der richtige Weg sein. Nur hohe Bildungskosten bedeuten noch lange nicht Qualität. Im Sozialen gibt es ebenfalls Strukturen, die zum Nachdenken sind, wo wir hier im Lande etwas zu tun haben, aber vor allem auch im Bund, zum Beispiel in der Pflegegeldversicherung usw. Ich zitiere den IHS-Chef Markus Bliem aus einem Interview in der „Kleinen Zeitung“ am 6.6., wo er sagt, „nur bei den Ermessensausgaben zu sparen, ist nicht sinnvoll, man muss heilige Kühe schlachten.“ Und schauen wir nur die Ermessensausgaben an – mein Kollege Ferdi Hueter hat das schon vorher gesagt – das sind ungefähr 140 Millionen Euro. Wenn wir hier 10 Prozent sparen, haben wir 14 Millionen Euro. Fürs Gesamtbudget, damit wir auf Null kommen, brauchen wir ungefähr 200 Millionen Euro. Wenn wir bei den Pflichtausgaben von 84,91 Prozent, das sind € 1.938.000.000,--, 10 Prozent sparen, dann haben wir genau gerechnet, 193 Millionen Euro. Was hat denn das für Auswirkungen auf die Gemeinden? Meine Damen und Herren, damit man ein bisschen versteht, um welche Summen es geht, nehme ich jetzt meine Gemeinde, die Marktgemeinde Moosburg her. Nehmen wir allgemeine Sozialhilfe, meine Damen und Herren. In den letzten zehn Jahren, von 2002 bis 2012 hat sich Folgendes ergeben: Sozialausgaben haben wir gehabt € 590.000,-- im Jahre 2002 und im Jahre 2012 über 1 Million Euro. Das heißt, eine Verdoppelung der Ausgaben in der Gemeinde. Im Gesundheitsbereich haben wir im Jahre 2002 € 160.000,-- ausgegeben und im Jahre 2012 € 550.000,--. Das ist über 3,49, also 3,5 Mal soviel. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen das ganz genau. Was heißt das? Wenn nur 10 Prozent dieser Ausgaben gespart werden, bleiben alleine bei uns schon € 150.000,--, € 160.000,-- zur Verfügung, damit wir in den Gemeinden dort investieren können,

wo es die Menschen wirklich brauchen. Wenn die Mittel geringer werden, können wir nicht investieren, dann gibt es keine Arbeitsplätze im freiwilligen Bereich (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) – jawohl, Herr Präsident, werde ich gleich machen! – und da haben wir halt die massiven Probleme. Ich glaube, es ist zusammenfassend zu sagen, wir brauchen diese Haushaltsreform, wir brauchen aber auch eine klare Strukturreform, wo wir ein Globalbudget haben, den Proporz abschaffen, sparen und investieren mit Hirn. Es sind alle gefordert, alle gemeinsam, die hier im Hohen Haus sitzen, alle die in der Regierung sind, alle Kärntnerinnen und Kärntner, auch die Sozialpartner, denn nur gemeinsam werden wir es schaffen. Und wie gesagt, zum Kollegen Leyrouitz, der früher gesagt hat, es hat alles seine Zeit. (*Vorsitzender: Herr Kollege Gaggl!*) Jetzt ist die Zeit, gemeinsam diese Haushaltsreform und Strukturreform anzugehen. Herzlichen Dank! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Finanzreferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig. Ich darf sie bitten, das Wort zu ergreifen!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungskollegin! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause an den neuen Medien! Ich freue mich sehr, dass sich der Landtag in der heutigen Aktuellen Stunde mit dem größten, spannendsten, herausfordernsten, aber auch lohnendsten Projekt dieser Regierungsperiode beschäftigt, nämlich mit einer Umstellung des Haushaltswesens, das weit mehr ist als eine bloße Veränderung des Rechnungswerkes. Ein Satz vorab, und da stimme ich mit vielen der Vorredner überein, die Wahl des Rechnungswesens allein ist keine Budgetkonsolidierung. Eine Einnahme bleibt eine Einnahme, eine Ausgabe bleibt eine Ausgabe und ein Defizit bleibt ein Defizit, ganz egal, in welchem Rechnungswesen. Diese Aufgabe

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

haben wir losgelöst davon zu lösen, aber von meiner Seite ein uneingeschränktes und ein ganz dringendes Ja zu einer Modernisierung des Rechnungswesens. Die Schwächen des bestehenden Systems wurden schon aufgezählt. Wir haben keine vollständige Erfassung der Vermögens- und Schuldenrechnung. Wir haben keine Verpflichtung zu periodischer Vermögensinventur. Wir haben keinen Ausweis von bestimmten Finanzierungsformen wie Leasingverträgen oder Sonderfinanzierungen. Und wir haben keine Konsolidierung mit den ausgegliederten Rechtsträgern. Die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik hin zur Doppik oder noch besser hin zu einer integrierten Verbundrechnung, die das Rechnungswesen wirklich gesamtheitlich betrachtet, wird relativ rasch gelingen, dessen bin ich mir bewusst. Wir werden dazu auch keine externen Experten in großem Ausmaß brauchen. Wir haben unheimlich viel Know-how bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt der Kärntner Landesregierung, unter den Abgeordneten hier im Kärntner Landtag, die aus beruflicher Erfahrung und aus beruflicher Professionalität unheimlich viel beitragen können und bei Unternehmen in Kärnten, die schon angeboten haben, uns ihr Know-how zur Verfügung zu stellen. Diese Arbeiten werden umgesetzt, ich möchte aber mehr. Ich möchte nicht nur das Pflichtprogramm, und es freut mich, dass es Ihnen ganz gleich geht, ich will die Kür. Die Kür ist ein politisches Umdenken, weg von der phantasielosen Fortschreibung von Budgetansätzen hin zu einer wirkungsorientierten Budgetierung, die sich damit beschäftigt, wo der Euro hingehört. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)* Die Frage hinkünftig ist nicht, wieviel steht in einer einzelnen Budgetposition und wie verteidige ich meinen eigenen Budgetansatz, die Frage der Zukunft ist, auf welcher Budgetposition ist der Steuereuro am wirksamsten und besten eingesetzt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)* Eine bloße Umstellung einer Haushaltsreform ohne eine entsprechende politische Neuorientierung wäre wie ein wunderschönes neues Auto ohne Treibstoff, eine tolle Karosserie, die viele bewundern, aber der Antrieb fehlt. Und genau diesen Antrieb brauchen wir, jeder Einzelne von uns, den Antrieb, die Dinge in den Köpfen zu ändern, hinkünftig eben die Wirkungsorientierung in den Mittelpunkt zu setzen und diesen unheimlich

großen Mehrwert zu erkennen. Wir können den Kärntnerinnen und Kärntnern in der Zukunft nicht mehr Geld geben, das gibt das Budget nicht her. Wir können aber etwas unheimlich Wertvolles zur Verfügung stellen: Mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie. Ich glaube, das sind Werte, die man nicht hoch genug ansetzen kann. Ich freue mich, dass viele der Vorrednerinnen und Vorredner auf dem gleichen Werg in ihren Argumenten sind! Ich freue mich, mit Ihnen gemeinsam dieses große Projekt umzusetzen! Ich freue mich darauf, dass wir Spielmöglichkeiten und Rahmenbedingungen erhalten für Politikerinnen und Politiker, die übers Budget das Leben der Menschen besser und wirkungsvoll gestalten wollen! Ich freue mich auf diesen Kulturwandel in Kärnten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident des Landtages, Josef Lobnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Die Worte der Finanzreferentin waren ja äußerst positiv, die jetzt von ihr gekommen sind. Nur vermisse ich diese Worte auch in der Vergangenheit. Denn wie war es in der Vergangenheit? Ich sage persönlich Ja zu einer Haushaltsrechtsreform, die natürlich Flexibilität, Nachhaltigkeit und Transparenz der Budgets sicherstellen soll. Ich bin dafür, dass man von der Kameralistik als Form der Einnahmen-, Ausgabenrechnung wekommt und die tatsächliche Vermögenslage des Landes darstellt in Form einer Vermögensrechnung, wo negatives als auch positives Vermögen aufscheint.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben jetzt sehr viel über diesen ominösen Kassasturz, der anscheinend der Vorlauf für die Diskussion einer Haushaltsrechtsreform ist und war, gehört. Ich meine schon auch, dass es natürlich dem Land

Lobnig

Kärnten in der Vergangenheit nicht gut getan hat, wenn der Landeshauptmann, aber auch die Finanzreferentin hausieren gehen und hier von 4,8 Milliarden Euro Schulden in Kärnten sprechen. Mein Klubobmann hat hiezu schon ausgeführt, dass hier wirklich wahr eines aufs Spiel gesetzt wird: Die Bonität und das Rating des Landes Kärnten, geschätzte Damen und Herren! Hier geht man vor wider besseres Wissen. Alleine der Rechnungshofbeamte, der hier mit einem wörtlichen Zitat gesagt hat: „Die nicht fälligen Verwaltungsschulden, die überwiegend erst in Zukunft entstehen, können nach Ansicht des Fachexperten, dem Vertreter des Rechnungshofes, nicht mit den Finanzschulden des Landes dargestellt werden,“ geschätzte Damen und Herren, „und auch nicht hinzu subsumiert werden.“ Meine Damen und Herren, wenn nach diesem Berechnungsmodell Länder wie Niederösterreich oder Wien ebenfalls die nicht fälligen Verwaltungsschulden hineinrechnen würden, dann hätten die auf einen Schlag um 10 Milliarden mehr Schulden. Damit würden sie wahrscheinlich auch zu den größten Defizitsündern der Europäischen Union zählen.

Geschätzte Damen und Herren, ich kann es an einem weiteren Beispiel festmachen, wie hier Kärnten schlecht dargestellt wird, alleine an den Zahlen der KABEG. Wir wissen: Außerbudgetäre Schulden von 907 Millionen Euro. Wenn hier nach dem Modell der Finanzreferentin über Nacht über 1 Milliarde Euro Schulden hinzugezählt werden, haben wir 1,9 Milliarden Euro Schulden, im Wissen, dass Spitals- und Gesundheitsreferenten in den letzten Jahren von der SPÖ gestellt wurden, geschätzte Damen und Herren. Nur wird das leider Gottes verschwiegen. Wenn auch die Zahlungen der sogenannten Annuitäten, die halbjährlich an die Häuselbauer und Wohnungskäufer gezahlt werden, 257 Millionen Euro Schulden hineingenommen werden, dann muss ich sagen, entweder habe ich die Schulden drinnen oder die Tilgung. Beides geht nicht, weil dann habe ich ja eine Verdoppelung der Schulden. Und dann auch die Frage: Wenn ich schon langfristige Schulden habe von der Bewertungsseite in der Vermögensrechnung, müsste ich sie wahrscheinlich auch abzinsen. Aber man vergisst auch hierbei, dass die jährlichen 100 Millionen Euro, die der Bund zweckgebunden dem Land Kärnten für die Wohnbauförderung zur Verfügung stellt, in diesen Rech-

nungen nicht aufscheinen. Man verschweigt auch die positiven Aspekte in Kärnten, wenn ich nur die letzte Jahresrechnung, den Abschluss 2012 hernehme, wo ja die Nettoneuverschuldung Gott sei Dank um über 41 Millionen Euro geringer ausgefallen ist als geplant, meine Damen und Herren. Wir weisen ein um 42 Millionen Euro verbessertes Maastricht-Ergebnis auf. Ich zeige daher, wie sich die Schulden entwickelt haben, aber hier wird ja versucht, die Schulden des Landes Kärnten und deren Entwicklung alleine den Freiheitlichen in die Schuhe zu schieben. Die Medien sind Ihnen allen hierbei sehr hilfreich. Wenn ich hier darstelle, meine geschätzten Damen und Herren, unter der Vorsitzenden und heutigen Finanzreferentin, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubig, hatten wir damals beginnend 2004 1 Milliarde Euro Schulden und am Ende 1,9 bzw. 2,3 Milliarden Euro. Eine Verdoppelung der Schulden, nur will man davon nichts wissen. Ich zitiere gerade die letzten Artikel von Dr. Neuner: „Unser Land steht nicht so schlecht da, wie es bei der Präsentation des Kasasturzes dargestellt wurde. Kärnten ist dann reich, wenn die politischen Akteure vor ihrer eigenen Haustüre kehren und aus der Vergangenheit lernen und nicht das gleiche Spiel weiter spielen, nämlich die Schuld immer bei den anderen zu suchen.“ (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Geschätzte Damen und Herren, aus Freiheitlicher Sicht ein klares Ja zu einer Haushaltsrechtsreform, um das Land Kärnten wirtschaftlich, finanziell so darzustellen, wie es sich auch verdient. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für den Redebeitrag! Als Nächste am Wort ist die Klubobfrau der Grünen, Dr. Barbara Lesjak.

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Ja, es ist Zeit, jetzt etwas vollkommen anders zu machen. Eine Haushaltsrechtsreform für das Land Kärnten, wie es jetzt

Dr. Lesjak

schon von mehrfacher Seite dargestellt worden ist, das ist ein Teil von Vergangenheitsbewältigung. Man muss es einmal in dieser Klarheit auch so sagen, gerade für die Schülerinnen und Schüler, die da oben sitzen. Die werden sich wundern, von was reden wir eigentlich? Wir reden jetzt von einer Situation, wo wir die alten Budgetfehler, die Fehler in der alten Budget- und Finanzpolitik aufarbeiten und nicht mehr machen wollen. Wir wollen das verhindern, dass die Schuldenexplosion so derartig überhand genommen hat, dass wir heute vor einer Situation stehen, dass wir laut Kassasturz 2,7 Milliarden Euro haben plus, wenn man diese 2 Milliarden Euro Verwaltungsschulden dazu rechnet, dann sind wir auf über 4 Milliarden. Dazu kommt auch noch, dass wir keine nennenswerten Vermögenswerte haben. Das ist kein Schlechtreden, sondern das ist eine Darstellung der Situation. Das haben wir jetzt einmal gebraucht! Der Kassasturz war ja auch in den Verhandlungen sozusagen der Punkt, wo wir sagen, wir leeren die Kassa aus, schmeißen alles auf den Tisch hinauf, dann schauen wir uns an, was überhaupt noch da ist! Ich finde es einigermaßen zynisch und auch ziemlich scheinheilig, wenn von der FPK jetzt da hergegangen und gesagt wird, das sei grob fahrlässig, so ein Kassasturz. Der Kassasturz ist nicht das Budget, das muss man wissen. Den Unterschied müssen wir einmal klar machen, Kassasturz ist Kassasturz und über das Budget werden wir noch extra reden. Dieser Kassasturz hat Folgendes ergeben, dass wir eben diese Sünden aus der Vergangenheit, die alten Fehler sicher nicht mehr machen wollen, wie zum Beispiel eine derartige Verschwendungssucht und eine Großmannsucht und diese schamlose Selbstinszenierung, gerade von der FPK in der letzten Periode. Ich sage nur: „Dobersticks“. Das ist ein Symbol geworden für eine schamlose Verschwendung des Landes. Und es waren in den letzten Jahren nur Freiheitliche Finanzreferenten, das müssen die Schüler und Schülerinnen auch wissen. Es waren Freiheitliche Finanzreferenten, die uns diese Situation eingebrockt haben, dass wir heute eines der verschuldetsten Bundesländer im Österreich-Vergleich sind! (1. Präs. Lobnig: Keine absolute Mehrheit! Mit SPÖ und FPK beschlossen!) Die FPK hat das verursacht, das muss man einmal sagen! (Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.) Es gab viele Gründe, aber das war der offensichtlichste und

der augenscheinlichste Grund, wie da mit dem Geld umgegangen worden ist. Wir brauchen hier einen Richtungswechsel. Den Richtungswechsel fangen wir jetzt an. Es ist auch so gewesen, dass es in den letzten Perioden natürlich durch die politischen Konstellationen problematische Budgetentwicklungen gegeben hat. Ich spreche den Proporz an, da gibt es immer diese Tausch-Politik, das war natürlich sehr problematisch. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt vor dieser düsteren Situation sind. Natürlich gibt es auch verfehlte Lenkungseffekte durch einen ungesteuerten Einsatz von Mitteln, weil es eben zu wenig Wirkungsorientierung gegeben hat, weil man nicht priorisiert hat in den Aufgaben und weil es auch zu wenig Transparenz gegeben hat. Das wird jetzt abgestellt. Da von einer groben Fahrlässigkeit zu sprechen angesichts des Kassasturzes, das ist ja an Dummdreistigkeit nicht zu überbieten!

Und damit das jetzt nicht mehr passieren kann, diese Art von Budgetpolitik und Finanzpolitik, brauchen wir neue Spielregeln. Vieles davon ist schon aufgezählt worden. Wir brauchen rechtliche Rahmenbedingungen, ein Landeshaushaltsgesetz, auch in Anlehnung an die Bundeshaushaltsreform, damit in Verbindung aber auch eine mittelfristige Budgetplanung, die nachvollziehbar und transparent sein wird. Auch die Globalbudgets werden wir brauchen, damit ein vernünftiges Wirtschaften in den Regierungsbüros möglich sein kann. Darüber hinaus brauchen wir aber auch eine aufgabenbezogene Reform, dass wir jetzt tatsächlich zu dieser Wirkungsorientierung hinkommen. Das muss tabulos sein, ich schließe mich diesen Meinungen an. Das müssen wir ohne Tabus besprechen, sei es jetzt im Bereich der Lehrerverwaltung, KABEG, was auch immer. Da wird auch irgendwie zu diskutieren sein. Was aber noch wichtiger ist – und das ist der größte Unterschied zur Finanzpolitik von vorher, von den vorigen vielen Regierungsperioden – jetzt gibt es einen gemeinsamen starken Willen der Koalition für die Verwirklichung der politischen Ziele, die wir auch im Regierungsprogramm so festgelegt haben. Man sagt ja immer, ein Budget ist der in Zahlen gegossene politische Wille. Am Budget werden wir auch ablesen und abmessen, ob unser politischer Wille, unsere Schwerpunktsetzungen auch realisiert werden können. Das ist wahrlich eine Herausforderung angesichts dessen, dass wir ja kaum

Dr. Lesjak

mehr Spielräume haben. Auch danke an die vorigen Finanzreferenten, dass sie uns das eingebrockt haben! Das muss man den Kindern und Jugendlichen im Land Kärnten sagen: Man hat eure Kasse ausgebeutet und heute ist nichts mehr da. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Das haben wir den blauen Finanzreferenten zu verdanken. Wir machen es anders, mit einer neuen Bescheidenheit. Ich danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Abgeordneten und Klubobfrau Lesjak. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, als nächster Redner ist der Abgeordnete Mag. Schalli am Wort. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Vor allem ein herzliches Willkommen an die Jugend und an die Zuhörer! Ich tue mir eigentlich relativ leicht, mich hier herauszustellen und mir das anzuhören und mir viele Fachmeinungen meiner Vorredner anzuhören, in der Gewissheit, dass wir garantiert nicht im letzten Landtag, in den letzten Perioden der Landesregierung und der Gesetzgebung hier mit vertreten waren. Ich nehme aber mit Verwunderung zur Kenntnis, dass offensichtlich viele andere hier so tun, als ob sie in den Vorrednerperioden auch nicht anwesend gewesen wären. Soweit mir bekannt ist, war ein Großteil der hier vertretenen politischen Parteien in die Entscheidungsprozesse der letzten Budget- und Haushaltsfindungen sehr wohl mit eingebunden. Ich nehme daher mit Verwunderung einige dieser Äußerungen zur Kenntnis, wo es nur um Verschiebungen zwischen Darstellungen der entsprechenden Positionen in den Haushaltsbudgets geht. Meine Damen und Herren, aus meiner Perspektive, aus unserer Sicht ist es mehr als bedenklich und äußerst verwunderlich, dass wir nach wie vor mit einem Haushalts- bzw. Buchhaltungssystem, Rechnungssystem hier konfrontiert sind aus einer Zeit Maria Theresias. Einer meiner Vorredner hat darauf hingewiesen, er hat gegoogelt und er hat schon vor zehn Jahren oder noch mehr Begriffe zur Doppik gefunden. Meine

Damen und Herren, im Jahre 1717 hat es bereits den ersten Ansatz gegeben, Doppik hier einzuführen, und heute, nahezu 300 Jahre später ist das noch immer der große Gral und das Allheilmittel, hier zu einer ordentlichen Budgetpolitik zu kommen. Natürlich kennen wir – und die Vorredner sind zum Großteil ja alle darauf eingegangen – die Nachteile dieses Systems, in dem wir hier verhaftet sind. Kein Betrieb in Österreich, der finanzmäßig verpflichtet ist für seine Bilanz, käme je auf die Idee, ausschließlich eine Einnahmen-, Ausgabenrechnung zu machen, wie wir es hier nach wie vor im Hause vorfinden. Diesen Plädoyers nahezu jedes meiner Vorredner hier zu einer Umstellung aus der Kameralistik zur Doppik endlich zu gelangen, kann ich nur und können wir vom Team Stronach natürlich nur voll beipflichten und auch hoffen, dass diesbezüglich endlich auch ein Schritt in diese Richtung gesetzt wird und kann natürlich auch im Sinne unserer Finanzreferentin nur in diese Hinsicht gehen, da diese Transparenz in allen Bereichen der Vermögenswerte des Landes absolut gefordert und auch der einzig zeitgemäße Ansatz wäre. Wenn ich mir aktuell die heutige „Kleine Zeitung“ hernehme, Präsident Fiedler schreibt wiederum: „Was Schulden sind oder nicht sind, entscheidet das Statistische Amt in Brüssel und die Statistik Austria. Ich bezweifle, dass Verwaltungsschulden Schulden im Sinne von Maastricht sind.“ Meine Damen und Herren, es hat einen Versuch eines Vergleichs des Rechnungshofs gegeben, der versucht hat, die Länderbudgets von Tirol, von Kärnten und Niederösterreich zu vergleichen, er musste aber feststellen, dass dies nicht möglich ist, da es allein sechs verschiedene Definitionen von Schuld gibt. Also allein dieser, aus meiner Sicht hanebüchene Zustand zeigt ja sehr, sehr deutlich, wie schwierig es ist, hier über dieses veraltete System, das unbedingt aufgebrochen gehört, auch – um was es uns auch gehen muss – Benchmarks zu setzen. Wenn wir nicht imstande sind, Benchmarks zu bekommen, um uns in allen unseren Positionen, sowohl im Bereich der Einnahmen als auch der Ausgaben mit anderen Bundesländern, Gemeinden, Kommunen auf derselben Ebene vergleichen zu können, werden wir weiterhin in diesem Wirrwarr, Dilemma und Nebel herumschwirren, ohne uns der Verantwortung stellen zu müssen, hier tatsächlich Farbe zu bekennen. Trotz deutlich gestiegener Mehreinnahmen von Ländern und Gemeinden wurde deren Schuldenstand in

Mag. Schalli

den vergangenen Jahren massiv angehoben. Das darf wohl nur als Hinweis darauf gewertet werden, dass mit dem Finanzmanagement auf Länderebene etwas nicht zum Besten bestellt ist. Es braucht eine deutliche Entlastung für alle. Durch die Umstellung auf das moderne System einer Doppik ergeben sich bisher ungenutzte Steuermöglichkeiten in allen Bereichen des Landes. Dies kann einerseits durch eine Absenkung der im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Abgabenquote gelingen, andererseits sind unsere Arbeitsnebenkosten viel zu hoch und werden zunehmend zu einer Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Dafür müssen wir sie aber auch im internationalen (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Vergleich kennen. Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, es geht um Steuergeld. Wir verwalten hier die Steuergelder unserer Bürger. Die Einführung einer wirkungsorientierten Budgetierung (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, Sie haben die Redezeit schon überschritten!*) auf Landesebene kann und muss die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten erhöhen, damit eine verbesserte Ergebnisüberprüfung möglich gemacht wird. Natürlich werden diese Effekte nicht sofort wirksam werden. Wir vom Team Stronach werden unser Augenmerk insbesondere auch darauf legen, ob diese Landesregierung diesbezüglich ihre Hausaufgaben machen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall vom Team Stronach und Abg. Pirolt.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als letzter Redner in der Aktuellen Stunde darf ich den Abgeordneten Mag. Malle ans Rednerpult bitten.

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnetenkollegen! Hohe Regierungsbank! Liebe Jugendliche auf der Tribüne! Ich bin extrem froh und glücklich über die heutige Diskussion, weil sich alle Fraktionen für eine schnelle Haushaltsreform ausgesprochen und gesagt haben, dass eine Haushaltsreform sogar zu wenig weit geht, sondern dass wir hier in der Struktur- und Haushaltsreform wesentlich weiter gehen müssen. Darin stimme ich vollkommen überein und das

ist natürlich ein ganz positives Zeichen. Es gibt nur einen Punkt, den ich nicht so sehe. Ich bin relativ gern auf den Bergen unterwegs und wir alle haben uns das Ziel gesteckt, wir sagen alle, okay, wir müssen weniger Schulden machen, wir müssen besser werden, wir dürfen nicht so viel Geld ausgeben. Uns fehlt nur leider etwas, wir wissen leider nicht, wo wir im Moment stehen. Und alleine die Diskussion über den Kassasturz mit den unterschiedlichen Auffassungen hat natürlich ganz genau gezeigt, dass es hier verschiedene Zugänge gibt. Wenn wir aber nicht wissen, von wo wir starten, werden wir nur mit sehr viel Glück das Ziel erreichen. Herr Klubobmann Prasch, ich sage herzlichen Dank, dass Sie das angesprochen haben, dass die ÖVP das Thema eingebracht hat, weil die ÖVP dieses Thema immer schon eingebracht und vorangetrieben hat. Wir haben jetzt alle einen tollen Zugang zum Landtagssystem bekommen. Sie haben sich noch nicht damit beschäftigt. Wenn Sie einmal hineinschauen in die 30. Regierungsperiode, also in die letzte, dann werden Sie sehen, dass es immer die ÖVP war, die dieses Thema gebracht hat. (*Abg. Dr. Lesjak: Nein, die Grünen auch! – Heiterkeit in der F-Fraktion.*) Oh Maria, die Barbara ist sofort persönlich! Jetzt muss ich aufpassen, weil zwischen die Barbara und den Ferdi passt kein Löschpapier hinein! Also natürlich, die Grünen haben mitgezogen, aber die ÖVP hat es immer eingebracht. (*Abg. Mag. Schalli: Warum ist dann nie was passiert?*) Warum nichts passiert ist? Das ist ganz einfach zu sagen, weil es immer einen Freiheitlichen Finanzreferenten gegeben hat und weil der nichts getan hat! (*Abg. Dr. Lesjak: Ja, genau! – Einwände aus der F-Fraktion.*) Deswegen ist nichts passiert! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*) Und deswegen bin ich jetzt frohen Mutes, dass es jetzt passieren wird. Herr Leyrouz, Sie haben gesagt, Sie werden die Verfehlungen des Kassasturzes ahnden. Also dass die Freiheitliche Partei den Unterschied zwischen Legislative und Exekutive und Judikatur nicht kennt, das weiß ich schon, aber mir wäre es ja viel, viel lieber gewesen, anstatt dass wir darüber diskutieren, ob der Kassasturz dem Land Kärnten gut tut oder nicht, Herr Lobnig, dass die Freiheitlichen weniger Geld ausgegeben hätten, denn das würde dem Land Kärnten auf jeden Fall gut tun, wenn ihr das Geld nicht mit beiden Händen hinausgeworfen hättet! (*3. Präs. Lobnig: Schauen wir zuerst*

Mag. Malle

einmal in den letzten Jahren, was die ÖVP gemacht hat!) Liebe Frau Finanzreferentin, ich habe eine große Bitte an Sie: Sie sehen, es gibt eine breite Basis vom Landtag für eine schnelle Haushaltsreform. Bitte gehen wir die Pflicht und auch die Kür an, ich habe vollstes Vertrauen in Ihre Fähigkeiten und in Ihre Durchsetzungskraft, aber eine Bitte hätte ich zum Schluss schon: Setzen wir uns bitte einen Termin, damit wir wissen, bis wann wir das machen und schieben wir es nicht hinaus. Wir müssen jetzt am Beginn der Periode die Zeichen setzen, damit es uns nicht so geht wie den Freiheitlichen, die nach über zehn Jahren Regierungstätigkeit und Stellen des Landeshauptmannes sagen, warum ist denn das nicht passiert. Danke vielmals! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem letzten Redner der Aktuellen Stunde! Wir haben genau die volle Stunde ausgeschöpft. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf begrüßen und nehme an, dass sie schon auf der Galerie sind, die Schüler der Fachberufsschule St. Veit. Sind sie anwesend, ja? *(Die Angesprochenen nicken zustimmend.)* Ja, sie sind anwesend! *(Beifall im Hause.)* Wir begrüßen sie sehr herzlich in Begleitung von Frau Tanja Moser und Herrn Christian Loibnegger. Im Zuge des Unterrichtes „Politische Bildung und Verwaltungsfachkunde“ haben sie heute diesen Landtagssitzungstermin wahrgenommen. Wir kommen nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur Tagesordnung. Die Landtagstagesordnung ist Ihnen zugegangen. Bitte, der Herr Abgeordnete Prasch zur Geschäftsordnung! Moment, jetzt brauche ich die Mikrofone! Bitte, Geschäftsordnungswortmeldung!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Das Team Stronach im Kärntner Landtag bringt zwei Anträge zur Geschäftsbehandlung ein. Der erste Antrag lautet: „Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Die Abgeordneten des Team

Stronach-Klubs beantragen hiermit, dass der Landesrechnungshof vom Landtag aufgefordert wird, die gesamten Abrechnungen von Wahlkampfkosten der Landtagsparteien SPÖ, FPK, ÖVP, Grüne, Team Stronach und BZÖ betreffend die Landtagswahl 2013 auf ihre Richtigkeit und den Wahrheitsgehalt zu prüfen.“

Der zweite Antrag lautet: „Die Abgeordneten des Team Stronach-Klubs im Kärntner Landtag beantragen hiermit, dass der Landesrechnungshof vom Landtag aufgefordert wird, bindende Richtlinien für Ermessensausgaben und Werbekosten, die für alle Mitglieder der Kärntner Landesregierung Gültigkeit haben, zu entwickeln.“
Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bekomme ich diese Anträge auch in schriftlicher Form, *(Abg. Dr. Prasch: Selbstverständlich!)* damit sie dann entsprechend abzustimmen sind? *(Abg. Dr. Prasch überreicht dem Vorsitzenden die beiden Anträge.)* So, meine Damen und Herren Abgeordneten, gibt es zu diesen beiden Geschäftsordnungsanträgen Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Klubobmann Leyroutz!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Den Usancen unserer Fraktion entsprechend, erteilen wir dem ersten Prüfungsantrag unsere Zustimmung. Der zweite Antrag entspricht unserer Ansicht nach nicht den formellen Kriterien, weil der Landesrechnungshof keine Kriterien ausarbeiten kann. *(3. Präs. Lobnig: Ja genau, so ist es! Man muss die Regierung auffordern!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Weiters zur Geschäftsordnung gemeldet hat sich der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Herwig Seiser. Bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Selbstverständlich erteilen auch wir dem Antrag hinsichtlich der Überprüfung der Wahlkampfkosten unsere Zustimmung, sind aber, was den

Seiser

zweiten Antrag, nämlich der Erlassung von Richtlinien für Ermessensausgaben durch den Rechnungshof etwas skeptisch, und ich würde vielleicht bitten, ob der Herr Direktor des Landesrechnungshofes dazu ein Statement abgibt. *(3. Präs. Lobnig: Er hat ja noch kein Rede-recht!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es hat sich zu Wort gemeldet die Klubobfrau der Grünen, Frau Mag. Dr. Barbara Lesjak.

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Auch wir schließen uns diesen Argumenten an. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, dass der Landesrechnungshof bindende Richtlinien für die Werbeausgaben erlassen kann. Das könnte nur die Landesregierung selbst bzw. auch unter Mitwirkung des Landtages unter Umständen. Den ersten Antrag, die gesamte Abrechnung der Landtagswahlkampfkosten, finde ich sehr sympathisch, bin da auch dabei, würde aber auch noch sicherstellen, dass hier der Landesrechnungshof überhaupt die Kompetenz hat, das zu überprüfen. Ich weiß nicht, ob der Landesrechnungshof zu den Parteikosten überhaupt dazukommt. Sonst sind wir natürlich gern dabei. *(3. Präs. Lobnig: Das prüft der Landesrechnungshof dann selber, ob er die Zuständigkeit hat!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Auch zu Wort gemeldet zur betreffenden Sache und Geschäftsordnung hat sich der Klubobmann der ÖVP. Ich darf ihn bitten, sich zu artikulieren!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Bei Punkt 1 können wir uns diesem Antrag auch anschließen, bei Punkt 2 bin ich ebenfalls der Meinung, das sollte die Regierung selbst machen, deswegen eher Ablehnung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gibt, lasse ich zuerst einmal über den Antrag „Prüfung der Wahlkampfkosten der Parteien durch den Landesrechnungshof“ abstimmen. Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Die Abgeordneten des Teams Stronach im Kärntner Landtag beantragen hiermit, dass der Landesrechnungshof vom Landtag aufgefordert wird, die gesamten Abrechnungen von Wahlkampfkosten der Landtagsparteien SPÖ, FPK, ÖVP, Grüne, Team Stronach und BZÖ betreffend die Landtagswahl 2013 auf ihre Richtigkeit und den Wahrheitsgehalt zu prüfen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen.

Zum zweiten Antrag: Wenn er nicht zurückgezogen wird vom Team Stronach, dann ist er natürlich entsprechend abzustimmen. Ich selbst bin in der Beurteilung des Antrages auch eher der Auffassung, dass entsprechende Regelungen nicht Angelegenheit des Rechnungshofes sind, sondern das ist Angelegenheit der politischen Parteien, des Landtages und der Regierung. Daher stelle ich die Frage, wie das Team Stronach mit diesem Antrag umgehen will? Bitte, Herr Klubobmann Dr. Prasch!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Dann ziehen wir diesen Antrag zurück und werden ihn neu formulieren.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Damit ist dieser zweite Antrag zurückgezogen. Zur Geschäftsordnung, der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz, bitte!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir vom Freiheitlichen Klub haben zwei Anträge zur Geschäftsbehandlung nach § 64 der Geschäftsordnung.

Der erste Antrag betrifft den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Im Jahr

Mag. Leyroutz

2007 wurden vom Land Kärnten über die Seeimmobiliengesellschaft Seeimmobilien angekauft. Im Jahr 2009 wurde erfolglos versucht, diese zu veräußern. Es hat eine Prüfung des Landesrechnungshofes stattgefunden, wobei der Landesrechnungshof bei dieser Überprüfung ein Wertmissverhältnis festgestellt hat. Es gibt auch eine Anzeige der Grünen bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft, und es sind auch zwei politische Würdenträger dieses Hauses, nämlich der Erste Präsident und die Frau Finanzreferentin davon betroffen, weil sie in der damaligen Landesregierung für diesen Ankauf gestimmt haben. Es geht bei unserem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses um die Klärung der politischen Verantwortung. Es geht vor allem auch um die Klärung der Verantwortung, warum eine Rückabwicklung des Seenankaufes zu einem Zeitpunkt nicht erfolgte als dies rechtlich noch möglich war. Ich darf hier insbesondere auf die Sitzung der Kärntner Landesholding vom 14. September 2010 verweisen, in der die Angebote über einen Betrag von 18 Millionen Euro vorgelegt wurden. Der damalige Vorstand der Landesholding hat wortwörtlich ausgeführt, dass ein auffälliges Missverhältnis zwischen dem Angebot und den Werten vorliegt und daher eine Vertragsanfechtung und Rückabwicklung wegen Verkürzung über die Hälfte möglich wäre. Ich darf da auf etwas sehr Bemerkenswertes verweisen, denn das damalige Mitglied des Aufsichtsrates und der nunmehrige Erste Präsident hat interessante Ausführungen dazu getroffen, dass nämlich der seinerzeitige Ankauf eine rein politische Entscheidung gewesen sei und dass es sich nicht um eine betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise dieser Angelegenheit handelt, was wir für überprüfungswürdig finden. Es geht aber auch darum, zu klären, wer tatsächlich die politische Verantwortung für den Ankauf der Seen trägt und was die tatsächlichen damaligen Intentionen waren. Es geht auch darum, zu klären, wer die politische Verantwortung dafür trägt, dass Nutznießer des damaligen Ankaufes ausschließlich die BAWAG/PSK und der ÖGB waren und warum eine Provisionszahlung in der Höhe von 1,8 Millionen Euro an eine Immobiliengesellschaft, die dem ÖGB und der BAWAG nahe stand und unzweifelhaft in einem Naheverhältnis stand, erfolgte und ob die damalige Zustimmung von dieser Provisionszahlung davon abhängig gemacht wurde. Es gibt Personenüberschneidungen in dieser Immobilienfirma mit

anderen Personen, die in der BAWAG/PSK bzw. im ÖGB tätig waren. Meine Damen und Herren, es geht darum, politisch festzustellen, wer die Verantwortung trägt. Der Untersuchungsausschuss ist das dafür geeignete Mittel. Wir vom Freiheitlichen Landtagsklub beantragen daher die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung sämtlicher Transaktionen rund um den Erwerb der Seenliegenschaften (Hafner See, Maltschacher See und Ossiacher See samt den darauf befindlichen touristischen Einrichtungen und Bad Saag) ein. Insbesondere ist zu überprüfen, inwieweit die dabei vom Land Kärnten und dessen ausgegliederten Rechtsträgern getätigten Mittelverwendungen den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtsmäßigkeit entsprochen haben.

Die Zahl der Untersuchungsausschussmitglieder ist mit 12 festzusetzen. Es ist ein wichtiges Zeichen für Transparenz. *(Vorsitzender: Kann ich bitte den Antrag auch in schriftlicher Ausfertigung haben? – 3. Präs. Lobnig übergibt dem Vorsitzenden den Antrag.)*

Ich darf dann gleich den zweiten Antrag vortragen:

Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64: Wir, die Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs beantragen, den Landesrechnungshof mit einer Überprüfung der Werbeausgaben sämtlicher Mitglieder der Kärntner Landesregierung in den Jahren 2004 bis 2013 und die für diese Werbeausgaben aufgewendeten finanziellen Mittel nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu beauftragen. Aus dem Tagesordnungspunkt 4, der heute behandelt wird, ergibt sich lediglich ein Antrag, ausschließlich die Werbemittel zu überprüfen. Es gibt aber genau einen begründeten Verdacht dafür, dass unheimlich viele Werbemaßnahmen von allen Regierungsmitgliedern durchgeführt wurden und daher ist auch das eingehend zu überprüfen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! Bitte auch um entsprechende schriftliche Eingabe. *(3. Präs. Lobnig übergibt dem Vorsitzenden auch diesen Antrag. – Abg. Seiser meldet*

Ing. Rohr

sich zur GO.) Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Herwig Seiser. Bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich werden wir sowohl dem Prüfungsauftrag als auch dem Antrag um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses Folge leisten. Wir haben ja in unserem Regierungsübereinkommen Transparenz an die erste Stelle geschrieben. Wir wollen also nicht nur leere Worthülsen produzieren, sondern den Worten auch Taten folgen lassen. In diesem Sinne hoffen wir, dass es seitens der FPK noch zu weiteren Materien zu Anträgen um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses kommen wird. Ich darf daher anregen, dass man vielleicht die Umfahrung Bad St. Leonhard entsprechend in einem Untersuchungsausschuss untersucht bzw. die Plunderankaufaktion vulgo Werbemittel der FPK-Regierungsmitglieder, et cetera, et cetera. Ich denke einmal, mit diesem Antrag, den Seenankauf im Untersuchungsausschuss untersuchen zu lassen, haben Sie quasi die Büchse der Pandora des Aufdeckens jetzt geöffnet. Wir sind darüber sehr, sehr froh. Sie können davon ausgehen, geschätzter Herr Kollege Leyrouitz, dass wir im Gegensatz zu Ihnen keinen Untersuchungsausschuss ablehnen oder abdrehen werden. Danke für die Aufmerksamkeit! (3. Präs. Lobnig: *Ihr habt ihn abgedreht! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt weitere Wortmeldungen der Klubobleute, der Grünen, Klubobfrau Barbara Lesjak, bitte!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Auch unsererseits ist es so, dass wir höchstes Interesse daran haben, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben und uns genau diese Dinge auch im Detail anzuschauen. Wir sind natürlich dabei beim ersten Antrag zur

Überprüfung der Transaktionen bei den Seenliegenschaften aber auch bei der Überprüfung der Werbeausgaben, wo ich ja schon ein bisschen was weiß, weil durch unsere Anfragen wissen wir ja, dass die vorige Regierungspartei am meisten ausgegeben hat. Das hätten wir schon gerne auch Schwarz auf Weiß vom Rechnungshof. Das wäre schön.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich vom Team Stronach der Klubobmann Prasch. Bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In unserem Sinne ist es natürlich, Wahrheit und Transparenz soweit als möglich in allen Belangen der Kärntner Landespolitik zu vertreten, deshalb werden wir natürlich sowohl dem Untersuchungsausschuss, der vielleicht dann endlich aus dieser endlosen Causa ein schlüssiges Ergebnis zu Tage fördert, wie auch dem zweiten Antrag der FPK unsere Zustimmung erteilen. (3. Präs. Lobnig: *Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der ÖVP, Ferdinand Hueter.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir werden uns natürlich auch von unserer Seite beiden Anträgen anschließen. Bemerkenswert ist vielleicht der zweite Antrag für die Werbemittel. Ich nehme an, dass ihr da am meisten ausgegeben habt. Für die Öffentlichkeit ist es einmal gut, zu erfahren, wer da wirklich wie viel ausgegeben hat. Vielleicht noch eine Bemerkung zur Fülle der Untersuchungsausschüsse. Eines darf man nicht machen: Dass wir nur noch Untersuchungsausschüsse haben, dass wir für die effektive Arbeit des Landtages gar keine Zeit mehr haben. (3. Präs. Lobnig: *Es ist nur einer!*) Heute schon, aber es ist schon Bad St. Leonhard angeklungen,

Ing. Hueter

vielleicht kommen noch zwei, drei dazu. Dann wünsche ich uns Abgeordneten alles Gute, dann können wir herunter gleich ein Zimmer nehmen und da bleiben. (*Abg. Trettenbrein: Dafür werden wir bezahlt! Das ist unsere Arbeit! – Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner die entsprechende und gebotene Aufmerksamkeit zu schenken!*) Danke, Herr Präsident! Die Untersuchungsausschüsse sollten einfach die Qualität haben, dass sie wirklich in die Tiefe gehen und das braucht sehr viel Zeit. Das möchte ich zu bedenken geben.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Trodt-Limpl. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Auch wir von der Interessengemeinschaft des BZÖ sind für eine lückenlose Aufklärung dieser Causa. Wir möchten auch hinzufügen, dass wir die Vergangenheitsbewältigung machen möchten, aber dann doch weiter unser Augenmerk in die Zukunft legen wollen, um für Kärnten zu arbeiten.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Nochmals zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Herwig Seiser, bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich ersuche zwecks klubinterner Beratungen um eine Sitzungsunterbrechung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Sitzungsunterbrechung ist vom Klub der Sozialdemokraten beantragt. Für klubinterne Beratungen wird die Sitzung – wir haben jetzt 11.38 Uhr

– bis 11.50 Uhr unterbrochen und dann wieder aufgenommen.

(*Unterbrechung der Sitzung von 11.38 Uhr bis 11.51 Uhr.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen! Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werde ich den Antrag betreffend Prüfung durch den Landesrechnungshof jetzt noch schnell zur Abstimmung bringen, und zwar:

„Antrag betreffend die Werbeausgaben der Mitglieder der Landesregierung 2004 bis 2013, Überprüfung durch den Landesrechnungshof.“

Sie haben den Inhalt gehört. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt. Damit ist dieser Antrag erledigt.

Wir kommen nun betreffend die weitere Vorgehensweise – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses – zur Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages gemäß § 32 und 64 K-LTGO, Betreff: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses: „Der Landtag wolle beschließen: Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung sämtlicher Transaktionen rund um den Erwerb der Seeliegenschaften (Hafnersee, Maltschacher See und Ossiacher See samt den darauf befindlichen touristischen Einrichtungen um Bad Saag) ein. Insbesondere ist zu überprüfen, inwieweit die dabei vom Land Kärnten und dessen ausgegliederten Rechtsträgern getätigten Mittelverwendungen den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit entsprochen haben.“ Die Zahl der Untersuchungsausschussmitglieder ist mit 12 festzusetzen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich bitte Sie nun, wer diesem Antrag zustimmt, um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt.

Hohes Haus! Es ist nun die Sitzung zu unterbrechen, weil ich die Klubs ersuche, die entsprechenden Wahlvorschläge einzubringen und gleichzeitig auch diesen Wahlvorschlag dann umgehend dem Landtagsamt zu übermitteln, um das Prozedere für die Wahl, das mit Stimmzetteln stattzufinden hat, entsprechend vorbereiten zu können. Ich unterbreche die Sitzung auf zehn

Ing. Rohr

Minuten, wir setzen die Sitzung um 12.05 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.54 Uhr bis 12.14 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine Damen und Herren Abgeordneten, vor allem die Herren! Bitte, die Plätze einzunehmen! Wir fahren im weiteren Prozedere fort. Herr Abgeordneter Klubobmann Seiser, Herr Abgeordneter Köchl, bitte! Es liegen nun auch alle Wahlvorschläge für die Mitglieder des Ausschusses vor. Kann ich bitte die Vorschläge haben? Es sind dies, für die SPÖ vorgeschlagen: Abgeordneter Ebner Manfred, Abgeordneter Köchl Klaus, Abgeordneter Leikam Günter, Abgeordneter Seiser Herwig, Abgeordneter Scherwitzl Andreas;

für die FPK: Abgeordneter Leyrouz und Dritter Präsident Lobnig;

für die ÖVP: Abgeordneter Gaggl und Abgeordneter Malle;

für die Grünen: Abgeordnete Barbara Lesjak;

für das Team Stronach: Abgeordnete Theuermann Isabella

und für das BZÖ: Abgeordneter Wilhelm Korak. Es sind diese Persönlichkeiten nun zu wählen und ich bitte, nach unserer Geschäftsordnung die Wahl der Mitglieder nach dem Verhältniswahlrecht durchzuführen. Sie erfolgt durch Ankreuzen der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln, die von mehr als der Hälfte der Fraktionsmitglieder unterzeichnet waren. Ich bitte nun nach unserer Geschäftsordnung die fünf jüngsten Abgeordneten der Klubs zur Mithilfe bei der Wahl. Es sind dies für die SPÖ Herr Abgeordneter David Redecsy, für die FPK Herr Abgeordneter Christoph Staudacher, für die ÖVP Herr Abgeordneter Mag. Markus Malle, für die Grünen Frau Abgeordnete Dr. Barbara Lesjak, für das Team Stronach Frau Abgeordnete Mag. Isabella Theuermann. Sie werden als Stimmzähler für diesen Wahlakt fungieren und ich ersuche nun die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten. Ich ersuche den Herrn Landtagsdirektor als Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen zur Stimmabgabe aufzurufen. Ich darf um die Verlesung der Namen bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Herr Abgeordneter Ing. Manfred Ebner, Herr Abgeordneter Klaus Köchl, Herr Abgeordneter Günter Leikam, Frau Abgeordnete Ines Obex-Mischitz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hannes Primus, Herr Abgeordneter David Redecsy, Herr Erster Präsident Ing. Reinhart Rohr, *(Während der Stimmabgabe von 1. Präs. Ing. Rohr übernimmt 2. Präs. Schober den Vorsitz.)* Frau Abgeordnete Waltraud Rohrer, Herr Abgeordneter Andreas Scherwitzl, Herr Zweiter Präsident Rudolf Schober, Herr Abgeordneter Herwig Seiser, Herr Abgeordneter Jakob Strauß, Herr Abgeordneter Alfred Tiefnig, Herr Abgeordneter Mag. Josef Zoppoth; Herr Abgeordneter Hannes Anton, Herr Abgeordneter Mag. Christian Leyrouz, Herr Dritter Präsident Josef Lobnig, Herr Abgeordneter Franz Pirolt, Herr Abgeordneter Christoph Staudacher, Herr Abgeordneter Harald Trettenbrein; Herr Abgeordneter Herbert Gaggl, Herr Abgeordneter Ing. Ferdinand Hueter, Herr Abgeordneter Mag. Markus Malle, Frau Abgeordnete Ing. Karin Schabus, Herr Abgeordneter Franz Wieser; Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Michael Johann, Frau Abgeordnete Mag. Rosalia Kuchling, Herr Abgeordneter Dr. Reinhard Lebersorger, Frau Abgeordnete Dr. Barbara Lesjak, Frau Abgeordnete Sabina Schautzer; Herr Abgeordneter Mag. Alois Dolinar, Herr Abgeordneter Dr. Hartmut Prasch, Herr Abgeordneter Mag. Siegfried Schalli, Frau Abgeordnete Mag. Isabella Theuermann; Herr Abgeordneter Wilhelm Korak, Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl;

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es sind die Stimmen ausgezählt. Ich darf bekanntgeben, wie die Wahlergebnisse ausschauen. Für den SPÖ-Klub wurden 36 Stimmen abgegeben, ungültige Stimmen 4, 32 Stimmen für den Abgeordneten Ebner, die Wahlzahl war 8; Köchl 36 abgegebene, 6 ungültige, 30 gültige Stimmen, Wahlzahl 8; Leikam 36 abgegebene, 6 ungültig, 30 gültige, Wahlzahl 8; Abgeordneter Seiser 36 Stimmen abgegeben, 6 ungültig, 30 gültig, Wahlzahl 8; Abgeordneter Scherwitzl 36 abgegebene, 4 ungültig, 32 gültig, Wahlzahl 8. Für den FPK-Klub ist die Wahlzahl 4. Abgegeben wurden für den Abgeordneten Leyrouz 36 Stimmen, ungültige 18, gültige 18 Stimmen.

Ing. Rohr

Ebenso für den Dritten Präsidenten Lobnig 36 Stimmen abgegeben, 18 ungültige, 18 gültige. Für den ÖVP-Klub beträgt die Wahlzahl 3. Abgegebene Stimmen 36 für den Abgeordneten Malle, 6 ungültig, 30 gültig; Abgeordneter Gaggl 36 abgegebenen Stimmen, 3 ungültige, 33 gültige. Für die Grünen beträgt die Wahlzahl 3. 36 abgegebenen Stimmen, 2 ungültige, 34 gültige für die Frau Abgeordnete Lesjak. Für die Frau Abgeordnete Theuermann vom Team Stronach 36 abgegebenen Stimmen, 7 ungültige, 29 gültige, die Wahlzahl war 3. Für das BZÖ betrug die Wahlzahl 2. Der Abgeordnete Korak wurde gewählt mit 28 gültigen Stimmen, 8 ungültigen, insgesamt 36 abgegebenen Stimmen. Damit sind alle genannten Personen als Mitglieder des Untersuchungsausschusses gewählt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, gemäß der Geschäftsordnung werde ich heute nach dem Ende der Landtagssitzung zur konstituierenden Sitzung in den Kleinen Wappensaal einladen. Ich wiederhole mich: Ich lade jetzt schon mündlich – und das wird auch in schriftlicher Form erfolgen – nach der Landtagssitzung heute zur konstituierenden Sitzung des Untersuchungsausschusses ein. Den Vorsitz dabei wird zumindest am Beginn das an Jahren älteste Mitglied des Untersuchungsausschusses haben. Damit haben wir dann diesen Akt abgeschlossen und wir kommen zur Fortführung der Landtagssitzung. Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, unterbreche ich

die Sitzung für die Mittagspause bis 14.00 Uhr. Bitte um 14.00 Uhr pünktlich Fortsetzung der Landtagssitzung!

(Unterbrechung der Sitzung von 12.51 Uhr bis 14.03 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich setze die unterbrochene Sitzung des Kärntner Landtags fort. Ich möchte noch darauf hinweisen – bevor ich auf den Tagesordnungspunkt 1 eingehe, nachdem ich dort Berichterstatter bin, bitte ich den Herrn Zweiten Präsidenten Rudolf Schober, den Vorsitz zu übernehmen – dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und -anfragen in einer Stunde endet, das heißt also um 15.00 Uhr. Die Behandlung von nach § 46 Abs. 3a eingebrachten und vorgezogenen Dringlichkeitsanträgen und -anfragen wird daher spätestens in vier Stunden erfolgen, das wäre dann um 18.00 Uhr, sollte die Sitzung solange dauern. Ich darf nun den Vorsitz an den Zweiten Präsidenten übergeben.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir kommen zur Abarbeitung der

Tagesordnung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 14-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (24. Kärntner Dienstrechtsgesetz-Novelle) geändert werden und ein Gesetz über die Organi-

**sation des Landesverwaltungsgerichtes Kärnten (Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz) erlassen wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist der 1. Präsident Reinhart Rohr. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität ist die 1. Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort!

Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In Umsetzung der durch die Verwaltungsgerichts-

Ing. Rohr

barkeitsnovelle 2012, BGBl. I Nr. 51/2012 geschaffenen Grundlage für die Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich ist bis 1.1.2014 in den Bundesländern je ein Verwaltungsgericht - diese ersetzen dann in der Folge die Verwaltungssenate sowie zwei Verwaltungsgerichte des Bundes - einzurichten, nach dem Modell neun plus zwei. Zukünftig gibt es nur mehr eine einzige Verwaltungsinstanz. Lediglich im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde bleibt ein zweigliedriger Instanzenzug innerhalb der Gemeinde möglich. Allerdings ersetzt auch das Landesverwaltungsgericht die Vorstellungsbehörde, gegen deren Bescheide als Rechtsmittel die Beschwerde an das zuständige Verwaltungsgericht zulässig ist. Dies gilt wie bisher für Verwaltungsstrafsachen und in Zukunft zum Unterschied zu den derzeitigen unabhängigen Verwaltungssenaten auch für Administrativverfahren. Die Landesverwaltungsgerichte ersetzen somit alle Berufungsbehörden in der mittelbaren Bundesverwaltung, der Landesverwaltung und auch die zahlreichen Sonderbehörden. Da die Landesverwaltungsgerichte nicht mehr als Verwaltungsbehörde, sondern als echte Gerichte im Sinn der Bundesverwaltung eingerichtet sind, sind auch deren Richter unabhängig und weisungsfrei. Aufgrund dieses grundsätzlichen Systemwechsels soll ein neuer fünfter Abschnitt in der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes – Artikel 59a – in der Kärntner Landesverfassung geschaffen werden. Zur Anpassung der organisatorischen und dienstrechtlichen Voraussetzungen sind folgende Rechtsvorschriften zu ändern bzw. zu erlassen: Die Änderung der Kärntner Landesverfassung, die Änderung der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages, die Änderung des Kärntner Dienstrechtsgesetzes 1994 und die Erlassung eines Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetzes. Der Entwurf für dieses Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz gliedert sich in fünf Abschnitte. Von der Möglichkeit der Übertragung einzelner Arten von Geschäften an besonders ausgebildete nicht richterliche Bedienstete, Rechtspfleger wurde kein Gebrauch gemacht. Die bisherigen Mitglieder des Unabhängigen Verwaltungssenats Kärnten sollen als Landesverwaltungsrichter übergeleitet werden und ist die Einstellung zusätzlicher Landesverwaltungsrichter erforderlich. Es ist der zuständige Unabhängige Verwaltungssenatschef von Kärnten auch auf der Zuhörertribüne, Herr Mag. Ragoßnig. Ich darf Sie von dieser Stelle

aus auch sehr herzlich begrüßen! (*mit Blick auf die Zuhörertribüne. – Herr Mag. Ragoßnig erhebt sich.*) Bei den finanziellen Auswirkungen bei der nachfolgenden Kostenaufstellung wird von einem Mehrbedarf von acht A-Planstellen/Verwaltungsrichter, zwei B-Planstellen und acht C-Planstellen ausgegangen, wobei bei den Personalkosten natürlich durch interne Besetzungen Kostenneutralität erreicht werden könnte. Die jährlichen Kosten: Die Einrichtungskosten/neu, 175.000,-- Euro, Personal circa 1,25 Millionen Euro, Miete/Betriebskosten 94.000,-- Euro, Infrastruktur 25.000,-- Euro, EDV 20.000,-- Euro, Fremdreinigung oder Eigenreinigung, je nachdem, zwischen 10.000,-- und 20.000,-- Euro, sodass wir also in Summe auf eine ungefähre Kostenbelastung von 1,4 Millionen Euro kommen. Vom Bund wird für den Zeitraum 2012 bis 2014 für die Einführung der Landesverwaltungsgerichte, für die Errichtung der Transparenzdatenbank und die Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl ein Beitrag von jährlich 20 Millionen zur Verfügung gestellt. Für das Land Kärnten bedeutet das, dass das in etwa 1,32 Millionen, insgesamt für drei Jahre knapp 4 Millionen Euro sein werden, wobei aber noch nicht abschätzbar ist, wie hoch davon der Anteil für die Einführung des Kärntner Landesverwaltungsgerichtes sein wird. Im Begutachtungsverfahren wurden seitens des Kärntner Gemeindebundes, des Städtebundes, der Arbeiterkammer, der Abteilung 1/Landesamtsdirektion keine Einwendungen erhoben. Der Rechnungshof, das Bundesministerium für Justiz, die Rechtsanwaltskammer für Kärnten, die Zentralpersonalvertretung, der Unabhängige Verwaltungssenat für Kärnten und das Bundeskanzleramt/Verfassungsdienst haben Stellungnahmen abgegeben. Diese wurden teilweise aufgegriffen und auch in diesen Entwurf eingearbeitet, der ausführlich im Rechts- und Verfassungsausschuss unter den Anwesenden und mit dem von mir schon begrüßten Verwaltungssenatsvorsitzenden Präsidenten Ragoßnig diskutiert wurde. Ich möchte mich an dieser Stelle natürlich bei all jenen bedanken, die hier versucht haben, ein Gesetzeswerk für die zeitgerechte Umsetzung entsprechend vorzubereiten!

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist eröffnet. Als erstes hat sich der Abgeordnete Andreas Schwerwitzl gemeldet. Ich darf mittlerweile einerseits den wieder zu uns gestobenen Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser und Landesrat Rolf Holub begrüßen! Ich darf auf der Zuschauertribüne die Schülerinnen und Schüler des BRG Viktring in Begleitung von Herrn Mag. Prof. Doujak Richard begrüßen! Wie ich gerade sehe, ist auch der Leiter des Europagymnasiums, Herr Hopfgartner, unter den Zuhörern. Danke für Ihr Interesse! (*Beifall im Hause.*) Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne und vor den Bildschirmen! Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes klingt ja an sich schon reichlich spröde. Dennoch sollte man nicht übersehen, dass das eine der größten Verfassungsreformen in der Geschichte Österreichs ist. Es ist eine substanzielle Weiterentwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach Einführung des UVS – der Herr Präsident wurde bereits begrüßt – 1988, der ja als Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag eingerichtet wurde, vor allem natürlich auch unter der Maßgabe, der Europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen, die in den Artikeln 5 und 6 vorsieht, unabhängige Tribunale auch in der Verwaltung einzusetzen. Um die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden zu überprüfen, ist dies die nächste weitreichende Weiterentwicklung dieser Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das erste Mal, das sollte man auch nicht vergessen in der Geschichte der Verfassungsgeschichte Österreichs, sind die Länder in die Gerichtsbarkeit mit einbezogen worden. So gesehen, zunächst einmal ein etwas spröder Titel, aber dennoch eine sehr weitreichende Entscheidung, natürlich vom Bund getragen in Abstimmung mit den Ländern, die in der Verfassungsgeschichte Österreichs ihren Niederschlag finden wird.

Der Herr Berichterstatter hat ja schon ausgeführt, wie der Aufbau dieser neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit strukturiert ist. Man spricht von einem System neun plus zwei, das heißt, neun Länderverwaltungsgerichte und zwei Bundesverwaltungsgerichte ersetzen österreichweit

rund 120 Sonderbehörden. Allein in Kärnten werden elf Sonderbehörden aufgelöst. Die Kompetenzen dieser Verwaltungsgerichte auf Länderebene: Sämtliche Verwaltungsverfahren in zweiter Instanz. Das heißt, es wird eine komplette Instanz in der Landesverwaltung und etwas differenzierter im Bereich der Gemeindeverwaltung eingespart. Die Kompetenzen der Landesverwaltungsgerichte liegen natürlich im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung, der unmittelbaren Landesverwaltung und in weiterer Folge auch in der Überprüfung der Entscheidungen der Selbstverwaltungskörperschaften. Die zwei Bundesverwaltungsgerichtshöfe werden zum einen das Bundesfinanzgericht, das den unabhängigen Finanzsenat ersetzt und zum Zweiten der Bundesverwaltungsgerichtshof, der den Asylgerichtshof ersetzt und die Kontrolle des Vergabewesens ausüben wird. Es ist diese Entscheidung der Einrichtung der Landesverwaltungsgerichtshöfe eine wesentliche Verkürzung des Verwaltungsverfahrens.

Die Dauer der Verwaltungsverfahren wird verkürzt und sie werden wesentlich vereinfacht. Bereits auf der ersten Entscheidungsebene bzw. bereits nach der Erstentscheidungsebene ist der unmittelbare Gang zum Landesverwaltungsgerichtshof möglich. Wie ich bereits erwähnt habe, die zweite Instanz wird zukünftig wegfallen. Die Ausnahme bilden in Kärnten die Gemeinden. Der Bundesverfassungsgesetzgeber hat die Möglichkeit eingeräumt, auf Gemeindeebene weiterhin einen zweigliedrigen Instanzenzug beizubehalten. Wir haben das im Rechts- und Verfassungsausschuss diskutiert und sind dort auch einhellig zu der Auffassung gelangt, dass wir das für Kärnten durchaus auch als sinnvoll erachten. Wir alle wissen es, ich selbst als Bürgermeister oder andere Bürgermeisterkollegen, dass es sich durchaus bewährt hat, auf Gemeindeebene, insbesondere bei Bauverfahren, einen Instanzenzug zum Gemeindevorstand vorzusehen, weil es häufig gelingt, in der zweiten Instanz noch auf irgendeine Art und Weise eine selbstverständlich rechtskonforme Lösung mit dem Konsenswerber herbeizuführen, aber auch mit betroffenen Parteien bzw. Nachbarn. Man wird sehen, wie sich das in der Praxis bewährt. Andere Bundesländer, Tirol beispielsweise, haben den Weg gewählt, dass sie auch auf Gemeindeebene nur eininstufiges Verwaltungsverfahren vorsehen. Zentral und wichtig: Die gesamte staatliche Verwaltung

Scherwitzl

wird mit der Einführung dieser Landesverwaltungsgerichte einer gerichtlichen Kontrolle unterworfen, wie es der Berichterstatter bereits ausgeführt hat, einer tatsächlichen gerichtlichen Kontrolle durch unabhängige und weisungsfreie Verwaltungsrichter. Die Garantie der richterlichen Unabhängigkeit ist im vollen Maße durch dieses Gesetz gegeben. Selbst die Rechtsanwaltskammer spricht davon, dass dieses Kärntner Gesetz im Vergleich mit anderen Bundesländern einen wesentlichen Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit darstellt. Ich darf vielleicht kurz zitieren aus der Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer im Zuge des Begutachtungsverfahrens, wo beispielsweise ausgeführt wird: „Der vorliegende Entwurf ist im Gegensatz zu den Gesetzen oder Gesetzesentwürfen in mehreren anderen Bundesländern ein wesentlicher Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit. Eine effektive gerichtliche Kontrolle der Verwaltung ist im Gegensatz zu den Gesetzesentwürfen in einigen anderen Bundesländern weitgehend gelungen.“ Natürlich wird die Einschränkung „weitgehend“ nicht näher ausgeführt, aber wenn die Rechtsanwaltskammer schreibt, weitgehend gelungen, dann kann man schon davon ausgehen, dass ein hohes Maß an Zustimmung gegeben ist. Oder zusammenfassend führt die Rechtsanwaltskammer in ihrer Stellungnahme aus, „dass der vorliegende Entwurf als positiver und wesentlicher Beitrag zum Rechtsstaat im Bundesland Kärnten zu betrachten ist.“ Also auch unter diesem Aspekt durchaus ein Meilenstein, der hier gesetzt wird in der Verfassungsgeschichte. Der Instanzenzug zu den Höchstgerichten, Verwaltungsgerichtshof, Revision an den Verwaltungsgerichtshof, bleibt weiterhin gegeben, eine Beschwerdemöglichkeit an den Verfassungsgerichtshof bei behaupteter Grundrechtswidrigkeit ist weiterhin zulässig und möglich. Insgesamt wird der Vollzug durch diese neue Struktur der Verwaltung und der Verwaltungskontrolle klarer, transparenter, übersichtlicher und schneller.

Auch im Bereich des Personals gibt es klare Regelungen in diesem Gesetz und ich habe das bereits im Rechts- und Verfassungsausschuss eigentlich als vorbildlich bezeichnet. Das Besoldungsschema ist dargestellt, es ist klar, es ist transparent, es ist übersichtlich und selbst für Laien, die sich nicht tagtäglich mit Besoldungsfragen von Beschäftigten, Bediensteten des öffentlichen Dienstes beschäftigen, nachvollzieh-

bar. Es gibt natürlich auch Kritik an diesem Gesetz. Vor allem auch von der Rechtsanwaltskammer wurde Kritik formuliert, dass die Übergangsbestimmungen keine verpflichtende Ausschreibung für den Start dieses Landesverwaltungsgerichtshofes – also Ausschreibung der Richterposten – vorsehen. In gewisser Hinsicht ist diese Kritik gerechtfertigt. Entgegenen möchte ich, dass natürlich auch bisher in der zweiten Instanz im Land Kärnten ausgezeichnete und hochqualifizierte Juristen tätig waren. Wenn man nun eine interne Ausschreibung macht, werden sich wahrscheinlich in allererster Linie natürlich diese Persönlichkeiten für diesen Job als Landesverwaltungsrichter bewerben. Oder auch bei der Vorstellungsbehörde des Landes bei Gemeindeverfahren sind ausgezeichnete Juristen bisher bereits beschäftigt gewesen und es ist davon auszugehen, dass die Qualität der Landesverwaltungsrichter, selbst wenn man nur eine interne Ausschreibung macht, durchaus weiterhin oder überhaupt gegeben ist. Natürlich, der zweite Aspekt, den man diesem Kritikansatz, den ich in gewisser Hinsicht als gerechtfertigt bezeichnet habe, entgegenhalten muss, ist, dass wir als Kärntner Landtag selbstverständlich auch trachten müssen, uns die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit vor Augen zu halten. Wir alle kennen das und wir werden uns ja in den nächsten Wochen hier in diesem Haus intensiv mit den Fragen der Rechnungsabschlüsse, Kassasturz, Budgetierung beschäftigen, sodass wir natürlich schon trachten sollten, durch interne Ausschreibungen Personalkosten nach Tunlichkeit zu vermeiden.

Was sind die Konsequenzen für das Land, für die Menschen in diesem Land? Es ist ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit, es ist aber auch für das Land selbst die Möglichkeit einer umfassenden Verwaltungsreform. Diese Möglichkeiten werden wesentlich vergrößert und erleichtert. Die Aufgaben innerhalb des Landes können neu festgelegt werden, beispielweise zwischen Land und den Landesbehörden, Bezirkshauptmannschaften bzw. auch zwischen den Gemeinden. Wesentliche Kostenersparnisse werden zukünftig möglich sein, diese wird es zu nützen gelten. Das klassische System in vielen Materien, wie es bisher Geltung hatte, beispielsweise Bezirkshauptmannschaft als Behörde erster Instanz, das Land als Behörde zweiter Instanz ist mit diesem Gesetz in Zukunft Geschichte. Es wurde heute

Scherwitzl

bereits angesprochen – ich glaube, es war der Kollege Gaggl, der das erwähnt hat – man muss auch „heilige Kühe“ schlachten. Mit diesem Gesetz schaffen wir die Möglichkeit, in gewisser Hinsicht wirklich tiefgreifende Reformen im Verwaltungsgeschehen zu setzen. Ich stehe nicht an, die Bundesregierung, die ja durchaus das eine oder andere Mal auch zu Recht mit Kritik übergossen wird, in diesem Punkt ausdrücklich zu loben. Es gäbe noch viele Punkte, wo ich die Politik der Bundesregierung loben könnte, wie Sie mir wahrscheinlich glauben werden, aber in diesem Punkt ist das Lob jedenfalls angebracht. Es ist ein großer Erfolg gelungen, die Auswirkungen werden natürlich erst etwas zeitverzögert spürbar werden. Und auch in Kärnten wird mit diesem Gesetz ein Meilenstein vor allem in Hinsicht der Rechtsstaatlichkeit gesetzt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich die Klubobfrau Dr. Barbara Lesjak gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch auf der Tribüne begrüße ich die Zuhörerinnen und Zuhörer und zu Hause vor dem Internet! Auch wir begrüßen diesen wichtigen Schritt in Richtung mehr Rechtsstaatlichkeit. Tatsächlich ist es ein ganz, ganz wichtiger Beitrag. Ich glaube, das war so ziemlich das Einzige, das den Österreich-Konvent positiv überlebt hat, ich weiß es nicht. Es gab ja seinerzeit einen großen Österreich-Konvent, wo man viele Reformen angedacht hat und das ist jetzt schließlich auch ein Ergebnis aus diesem Österreich-Konvent und wir dürfen uns glücklich schätzen, dass wir das heute hier umsetzen. Es stehen jetzt ja mehrere Verhandlungsgegenstände zur Debatte, die Kärntner Landesverfassung, die Geschäftsordnung unseres Hauses, das Kärntner Dienstrechtsgesetz und eben diese Schaffung des eigenen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes. Mit 1. Jänner 2014 müssen diese Landesverwaltungsgerichte errichtet werden. Es ist auch schon mehrfach gesagt worden, als Verwaltungsgericht erster Instanz stehen

sie eben auf derselben Stufe wie zum Beispiel das Bundesverwaltungsgericht oder das Bundesfinanzgericht. Und sie werden jetzt eine Reihe bisher unabhängiger Landesverwaltungsbehörden bzw. insbesondere den unabhängigen Verwaltungssenat ersetzen. Mit diesem Schritt – und das ist auch schon angesprochen worden – ist es erstmals gelungen, dass die Länder, in unserem Fall das Land Kärnten, auch an der Ausübung der Staatsgewalt/Gerichtsbarkeit beteiligt sind und das ist tatsächlich etwas Historisches. So etwas hat es noch nicht gegeben, das ist etwas ganz Neues und es ist interessant für uns, zu beobachten, wie wir das umsetzen werden. So wie es gedacht ist, wird es mehrere Vorteile bringen, Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, weil das schon oft ein Dschungel ist und man sich nicht auskennt mit allen Rechtsmitteln und Angelegenheiten der Landesverwaltung. Wo soll man dann hingehen? Jetzt gibt es nur mehr eine Stelle, einen „One-Stop-Shop“ hat man früher gesagt. Zum Landesverwaltungsgericht geht man hin, wenn man Bescheide beeinsprucht, et cetera. Was ich mir auch erwarte, ist mehr Unabhängigkeit, weil die Richter ja weisungsfrei sein werden und da glaube ich schon, dass es auch zu einer Qualitätssteigerung bei den Entscheidungen seitens der Behörden kommen wird. Weisungen den Richtern gegenüber sind dann ja ausgeschlossen. Was aber auch wichtig ist, es müssen schon ausreichende Richterplanstellen geschaffen werden, damit man die Qualität sichern kann. Die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit würde ich auf jeden Fall anwenden. Ich hoffe nur, dass Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit hier kein Widerspruch sind. Da sind auch wir hier als Abgeordnete im Landtag dafür verantwortlich, dass wir diesem neuen Landesverwaltungsgericht so viel Budget zur Verfügung stellen, dass es eben diese Richterstellen, Planstellen auch in ausreichender Weise gibt. Was auch begrüßenswert ist, ist, dass man jetzt auch das Personal mitnimmt vom UVS, das ist ganz klar, woher auch sonst. Aber wichtig wird auch sein, dass man dann trotzdem auch noch Richter von woanders bekommt, nicht nur vom UVS. Ein bisschen frischer Wind würde gut tun und noch einmal mehr die Unabhängigkeit der Richter unterstreichen. Alles in allem ist das eine gute Sache und ich freue mich schon auf die Umsetzung dieser Angelegenheit. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung liegt mir vom Klubobmann Professor Dr. Hartmut Prasch vor. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Schüler auf der Tribüne, die sich heute unsere Diskussion anhören! Das Team Stronach als Vorkämpfer für eine schlanke, moderne und effiziente, aber vor allem transparente wie unabhängige Verwaltung begrüßt das Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichts in Kärnten. Wir sehen mit diesem Gesetz auch eine große Chance für die Bürger und für viele Kärntner Unternehmen. Zudem knüpfen wir an das Gesetz die Hoffnung auf raschere und bessere Verfahrensabläufe, den Abbau bürokratischer Instanzenzüge und eine wesentliche Weiterentwicklung des Rechtsstaates. Das Gesetz umfasst den Aufbau neuer, der Unabhängigkeit und dem Gesetz verpflichteter Einrichtungen und ist somit ein klarer Zugewinn für die wichtige Entwicklung des österreichischen Rechtsstaats. Vor allem verhindert das Gesetz den Missbrauch von Macht und unterbindet die Versuche, auf Verwaltungsverfahren von außen eingreifen zu wollen. Das Gesetz steht auch für ein schlankeres und bürgerorientiertes Bundesland Kärnten. Es muss zudem im bundesweiten Kontext gesehen werden und bedeutet für alle neun österreichischen Bundesländer die Chance, das größte Rechtsstaatsprojekt der letzten Jahrzehnte zu erreichen, was aber natürlich auch einige zentrale juristische und bürgerrechtliche Herausforderungen mit sich bringen wird. Die Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern werden, wie wir gehört haben, mit Jänner 2014 aufgelöst und gehen in den neu zu gründenden Landesverwaltungsgerichten auf. Eine Tatsache, die äußerst begrüßenswert ist. Immerhin kam es in den letzten Jahren, speziell auch in Kärnten, zu zahlreichen Ungereimtheiten und Kuriositäten rund um den Unabhängigen Verwaltungssenat und die neuen Rechtsgrundlagen sind eine lobenswerte juristische Weiterentwicklung. Die neuen Landesverwaltungsgerichte treten an die Stelle der administrativen Berufungsinstanzen und Sonderbehörden und ent-

scheiden in Zukunft unmittelbar nach der erstinstanzlichen Verwaltungsbehörde. Nach Abschluss des Gesetzwerdungsprozesses, der im Nationalrat bereits eingeleitet wurde, stehen auch für Kärnten zahlreiche weitreichende Umstellungen bevor, im Speziellen, was die personelle, fachliche und budgetäre Ausstattung des Gerichts betrifft. Eine weitere zentrale Herausforderung ist unseres Erachtens die Aus- und Weiterbildung der Richter. Nur Persönlichkeiten mit ausgeprägten Fertig- und Fähigkeiten kommen für diese Stellen in Betracht. Gerade in diesem Punkt ist auch der Bund besonders gefordert. Dabei muss das Ziel betont werden, für größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zweigen der Gerichtsbarkeit zu sorgen. Die Richter müssen unseres Erachtens auch in das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz unbedingt aufgenommen werden. Allein die konkreten Zahlen belegen abschließend, dass das neue Gesetz eine sehr gute Gesamtwirkung hat. Mit der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden mehr als 120 weisungsfrei gestellte Berufungssenate und Sonderbehörden endgültig aufgelöst. Sie gehen in 11 Verwaltungsgerichten auf. Zu den neun Landesgerichten, wie wir gehört haben, kommen ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht und oberste Instanz in allen Verwaltungsverfahren bleibt der Verwaltungsgerichtshof. In vielen anderen Bereichen des Bundes und der Länder wäre dieser Reformschritt ebenfalls dringend notwendig, denn das Landesverwaltungsgerichtsgesetz ist nur ein erster Teil in dem Puzzle „Verwaltungsreform für Österreich“, das eine gemeinsame Aufgabe für die Zukunft für alle Parteien darstellen wird. *(Beifall von der TS-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes liegt mir eine Wortmeldung vom Abgeordneten Mag. Markus Malle vor. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Danke vielmals! Es ist – wie heißt es so schön – alles gesagt worden und nicht von jedem. Es hat aber keinen Sinn, das Ganze zu verlängern. Ich schließe mich vollinhaltlich dem Andreas

Mag. Malle

Scherwitzl an und sage danke an Beatrix Karl. Ich werde das ausrichten. Wir von der ÖVP finden das genauso wie die anderen Fraktionen sehr bemerkenswert, dass wir hier einen Schritt in die richtige Richtung setzen und wir werden dem Gesetz natürlich zustimmen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Herr Landeshauptmann gemeldet. Ich bitte dich, zu sprechen!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie und daheim an den Internetgeräten! In Abwandlung von Karl Valentin und Markus Malle: Es ist zwar schon sehr vieles gesagt, aber noch nicht alles und noch nicht von allen. Ich möchte meine Wortmeldung ganz kurz ergänzen. Ich schließe dem einmal den Dank an alle Fraktionen voraus, dass diesen doch, glaube ich, sehr wichtigen Gesetzen die Zustimmung gegeben wird. Ich glaube, was das politisch Bedeutende hier ist, ist, dass damit der Föderalismus und das föderale System in Österreich gestärkt wird in einer Zeit, in der es sehr oft, fast immer von politischer Seite her kritisiert und mit Spargründen und anderen Bereichen konterkariert wird. Das Zweite, und das, glaube ich, auch damit einmal sagen zu können, ist, dass wir mit diesem Bereich auch eine Verstärkung der Montesquieuischen Gewaltentrennung im eigenen Bereich der Landeszuständigkeit haben. Wir haben die gesetzgebende Körperschaft, das sind die Damen und Herren des Hohen Hauses. Wir haben die entsprechende Verbindung auch der gesetzgebenden Körperschaften an den Bund durch unsere Bundesrätinnen und Bundesräte. Wir haben die Exekutive, das betrifft die Mitglieder der Kärntner Landesregierung und die nachgelagerten Dienststellen in der Umsetzung. Und wir haben jetzt auch teilweise in Letztentscheidungsbereichen eine justitielle Instanz, was doch so viel heißt, dass auch das Land Kärnten selbst in der Lage ist, gesellschaftspolitische Vorgänge, dass die Regeln eines Gemeinwesens einzuhalten, zu bestimmen, zu entwickeln sind, umzusetzen. Wir

haben in der Kärntner Landesregierung – und das widerspiegelt die Debatte hier im Kärntner Landtag – ebenfalls Einstimmigkeit erzielen können. Das zeigt, dass diese doch sehr wesentliche Maßnahme von allen politisch relevanten Kräften in diesem Land mitgetragen wird. Wir haben aber – und das ist bis jetzt noch nicht gekommen, damit sich auch die Budgethoheit habenden Damen und Herren des Hohen Hauses darüber im Klaren sind – durch die entsprechenden personellen zusätzlichen Maßnahmen auch bauliche Maßnahmen zu treffen. Denn was ein Gericht auch braucht, sind Räumlichkeiten, sind Arbeitsbedingungen, sind auch die notwendigen Verhandlungsräume. Das heißt, es wird hier auch gewisses Geld der Steuerzahlenden für einen wichtigen, unsere Legitimität des föderalen Systems stützenden Bereich mit in die Hand genommen werden. Sie können sicher sein, dass wir hier auch nach Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und der Nutzung aller Synergien vorgehen werden.

In demselben Sinn möchte ich die vom Kollegen Scherwitzl aufgeworfene Frage des Personalrekrutierens mit ansprechen. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Auch hier ist vielleicht in einer Bewertung seitens der Landesregierung die Sparsamkeit höher bewertet worden als Ausschreibungsbereiche. Ich weiß, dass viele lieber das Letztere gesehen hätten. Aber wenn wir wissen, dass viele Bereiche durch diese letztinstanzliche Regelung auch in der Bewertung von Sachverständigengutachten in den Fachabteilungen des Landes erfolgen und wenn wir hier jetzt zusätzlich von außen noch Personen, Rechtskundige holen würden, wäre das eine zusätzliche Personalvermehrung im öffentlichen Bereich. Es ist vielleicht erstaunlich, dass ich als einer der sozialdemokratischen Partei angehörenden Fraktion das jetzt hier sage, aber ich denke, die Fachexpertise vieler Kolleginnen und Kollegen im eigenen Wirkungsbereich schätze ich so hoch ein, dass ich überzeugt bin, dass sie, wo sie dann möglicherweise nach Bewerbungen und Selektionsverfahren ihren Platz finden, dort ihren Aufgaben, Erfahrungen aus jahre- und jahrzehntelangem Verwaltungsbereich auch entsprechend nachkommen werden können. Wir werden das daher zuerst in der Jobbörse intern ausschreiben. Wenn wir das dann zustande gebracht haben und es noch immer

Mag. Dr. Kaiser

offene Fragen gibt, wird es natürlich ein zweites Ausschreibungsverfahren geben.

Wir haben viel zu tun! Mit 1.1.2014 ist die Rechtskräftigkeit umgesetzt bzw. die notwendige Arbeitsaufnahme einzuleiten. Das heißt auch, dass wir eine Verpflichtung jetzt als öffentliche Mandatsträgerinnen und -träger haben: Wir haben die Aufgabe, die Kärntner Bevölkerung darüber zu informieren, wie es rechtlich auf dieser Ebene weitergeht, wo die Ansprechbereiche sind. Eine offene Frage, Kollege Scherwitzl hat es genannt, ist noch zu lösen, wie die erstinstanzlichen Bereiche im Verfahrenszug auf Gemeindeebene gehen. Wenn das alles zusammen ist, denke ich, sollten wir alles unternehmen, mit entsprechender Fachexpertise kärntenweit Aufklärung zu leisten, wie diese rechtlichen Verwaltungseinheiten ab 1.1.2014 funktionieren. Nochmals ein herzlicher Dank an Sie, dass Sie diesem Gesetz hoffentlich die einstimmige Zustimmung geben! Das ist ein wichtiges Zeichen für die österreichische föderale Struktur. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit ist die Rednerliste erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, das ist einstimmig so angenommen! Weiters ersuche ich, über die ziffernmäßige, paragrafenmäßige und artikelmäßige Verlesung abzustimmen! Ich bitte die Abgeordneten nochmals um ein Handzeichen, wer damit einverstanden ist! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Inhaltsverzeichnis:

Artikel I

Landesverfassungsgesetz, mit die Kärntner Landesverfassung geändert wird.

Die Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, zuletzt in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 109/2012 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: In Art. 11 lautet der Klammerausdruck: „Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz“, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10: Art. 58 Abs. 1 bis 1d wird durch folgende Abs. 1 und 1a ersetzt, Ziffer 11: Nach dem Vierten Abschnitt wird folgender Fünfter Abschnitt eingefügt: Fünfter Abschnitt, Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes, Artikel 59a, Ziffer 12, Ziffer 13, Ziffer 14, Ziffer 15: Art. 72 Abs. 1 erster Satz lautet, Ziffer 16: Art. 72b lautet, Ziffer 17: Nach Art. 73 Abs. 2h wird folgender Abs. 2i eingefügt.

Ich bitte um Annahme von Artikel I.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Sie haben den Artikel gehört. Ich ersuche um Abstimmung! Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Danke, ich stelle Einstimmigkeit fest! Bitte, mit Artikel II fortzufahren!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Artikel II

Änderung der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages.

Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages – K-LTGO, LGBl. Nr. 87/1996, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 109/2012, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2: § 13a Elektronische Übermittlung, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11, Ziffer 12, Ziffer 13: Nach § 83 Abs. 5 wird folgender Abs. 6 angefügt.

Ing. Rohr

Ich beantrage die Annahme von Artikel II.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Artikel II steht zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Artikel III

Änderung des Kärntner Dienstrechtsgesetzes 1994 (24. Kärntner Dienstrechtsgesetz-Novelle).

Das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 4/2013, wird wie folgt geändert:

Anlage 4b und Anlage 4c entfallen.

Artikel IV

Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Kärnten (Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz – K-LvwGG).

Inhaltsverzeichnis:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen, § 1 Einrichtung, Sitz, § 2 Ernennung, § 3 Unvereinbarkeit, § 4 Richterliche Unabhängigkeit, § 5 Beginn und Ende des Amtes.

2. Abschnitt: Organe, § 6 Präsident, § 7 Vollversammlung, § 8 Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss, § 9 Wahl der Mitglieder des Personal- und Geschäftsverteilungsausschusses, § 10 Disziplinarausschuss.

3. Abschnitt: Geschäftsgang, § 11 Einzelrichter, Senate, § 12 Fachkundige Laienrichter, § 13 Geschäftsgang in den Senaten, § 14 Verbindung von Verhandlungen, § 15 Amtssachverständige, § 16 Revision, § 17 Geschäftsverteilung, § 18 Geschäftsordnung, § 19 Tätigkeitsbericht, § 20 Geschäftsstelle, Evidenzbüro.

4. Abschnitt: Dienstrecht, § 21 Dienstverhältnis, § 22 Nebentätigkeit, Nebenbeschäftigung, § 23 Anwesenheit im Amt, § 24 Bezüge, § 25 Dienstbeschreibung, § 26 Disziplinarrecht, § 27 Beschwerdebefugnis.

5. Abschnitt: Schluss-, Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen, § 28 Verweisungen, § 29 Verwendung personenbezogener Daten, § 30 Inkrafttreten, § 31 Übergangsbestimmungen.

Ich bitte um Annahme der Artikel III und IV.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Artikel III und IV stehen zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest! Bitte, den nächsten Artikel!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Artikel V

Inkrafttretensbestimmungen

Art. III tritt am 1. Jänner 2014 in Kraft.

Ich beantrage die Annahme von Artikel V.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme von Artikel V steht zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Bitte, Kopf und Eingang!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gesetz vom 13.6.2013, mit dem die Kärntner Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (24. Kärntner Dienstrechtsgesetz-Novelle) geändert werden und ein Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Kärnten (Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz) erlassen wird.

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme von Kopf und Eingang wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Bitte, die 3. Lesung!

Berichterstatter Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages und das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (24. Kärntner Dienstrechtsgesetz-Novelle) geändert werden und ein Gesetz über die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Kärnten (Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz) erlassen wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Ich lasse über die 3. Lesung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit ist dieses Gesetz beschlossen und der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 52-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem ein Kärntner Bauproduktegesetz – K-BPG erlassen wird sowie die Kärntner Bauordnung geändert wird ./mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Primus. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität ist die 1. Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Geschätzte Damen und Herren via Online Stream! Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll das Kärntner Bauproduktegesetz erlassen sowie die Kärntner Bauordnung von 1996 geändert werden. Es erfolgt damit die Umsetzung der EU-Verordnung Nr. 305/2011 für harmonisierte Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist somit eröffnet. Als Erster hat sich der Abgeordnete Manfred Ebner gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! So wie es der Berichterstatter schon gesagt hat, geht es hier bei diesem Gesetz um die grundsätzliche Intention der EU. Es ist eine Qualitätssteigerung und dem Ganzen liegen einheitliche Standards zugrunde in dieser Materie so wie in vielen anderen auch. Im Auftrag der Bundesländer hat das Österreichische Institut für Bautechnik, kurz OIB genannt, eine Expertengruppe beauftragt, eine einheitliche Regelung für ganz Österreich zu schaffen. Die Grundlagen dafür waren das EU-Recht, die Bauprodukte bedürfen in Zukunft einer Registrierungsbescheinigung. Das hat den Hintergrund, dass die Qualität der Bauprodukte überall gleich ist und es ist eine Kenntlichmachung. Das heißt, es ist eine einheitliche Kennzeichnung in dieser Art dann notwendig. Es hat bereits im Vorjahr, am 3. Mai 2012, eine diesbezügliche Art. 15a-Vereinbarung gegeben, die von allen Landeshauptleuten unterschrieben wurde. Es ist nunmehr so, dass die Akkreditierungen für diese Bauprodukte ausschließlich Bundessache sind und es ist einfach notwendig, dieses Gesetz umzusetzen, denn für die stark geänderten europarechtlichen und kompetenz-

Ing. Ebner

rechtlichen Rahmenbedingungen war es auch notwendig, hier nicht nur eine Gesetzesänderung, sondern ein neues Gesetz zu schreiben, damit man es auf komplett neue Füße stellt. Es werden damit das Kärntner Akkreditierungsgesetz und Bauproduktengesetz außer Kraft gesetzt und ein neues Bauproduktengesetz erlassen. Es wird damit ein weiterer wichtiger Schritt zu einer Harmonisierung und Vereinheitlichung der Gesetze in Österreich und in der EU durchgeführt. Ich ersuche um Zustimmung. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor, der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Ich lasse auch über das ziffernmäßige, paragrafenmäßige und artikelmäßige Verlesen abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Bitte zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Artikel I

Gesetz über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Kärntner Bauproduktengesetz – K-BPG)

Inhaltsverzeichnis

1. Hauptstück: Allgemeines
§ 1 Begriffsbestimmung

2. Hauptstück: Technische Bewertungsstelle, Produktinformationsstelle

§ 2 Technische Bewertungsstelle, § 3 Produktinformationsstellen für das Bauwesen

3. Hauptstück: Anforderung für die Verwendung von Bauprodukten

1. Abschnitt: Bauprodukte, für die harmonisierte technische Spezifikationen nicht vorliegen

§ 4 Anwendungsbereich, § 5 Anforderungen für die Verwendung von Bauprodukten, für die harmonisierte technische Spezifikationen nicht vorliegen, § 6 Baustoffliste ÖA, § 7 Produktregistrierung, § 8 Verfahren der Registrierung, § 9 Registrierungsstellen und Registerführende Stelle, § 10 Einbauzeichen ÜA

2. Abschnitt: Bauprodukte, für die harmonisierte technische Spezifikationen vorliegen

§ 11 Anforderungen für die Verwendung von Bauprodukten, für die harmonisierte technische Spezifikationen vorliegen, § 12 Baustoffliste ÖE

3. Abschnitt: Sonstige Bauprodukte

§ 13 Anforderungen für die Verwendung sonstiger Bauprodukte

4. Hauptstück: Bautechnische Zulassung

§ 14 Bautechnische Zulassung, § 15 Zulassungsstelle

5. Hauptstück: Bereitstellung auf dem Markt

§ 16 Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt

6. Hauptstück: Marktüberwachung

§ 17 Anwendungsbereich, § 18 Marktüberwachungsbehörde, § 19 Berichtspflichten der Baubehörde, § 20 Verwenden von Daten, § 21 Proben

7. Hauptstück: Österreichisches Institut für Bautechnik

§ 22 Mitgliedschaft des Landes, § 23 Aufgaben, § 24 Aufsicht der Landesregierung

8. Hauptstück: Kosten, Kundmachungen, Strafbestimmungen

§ 25 Kosten, § 26 Kundmachungen, § 27 Strafbestimmungen

Anlage

Artikel II

Änderung der Kärntner Bauordnung 1996

Die Kärntner Bauordnung 1996 – K-BO 1996, LGBl. Nr. 62/1996, zuletzt in der Fassung des

Dipl.-Ing. Primus

Gesetzes LGBl. Nr. 89/2012, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 1 Abs. 2 lit. b entfällt; Ziffer 2: § 2 Abs. 2 lit. d lautet; Ziffer 3: § 27 lautet; Ziffer 4: § 29 Abs. 2 entfällt; Ziffer 5: § 50 Abs. 1 lit. c Z 4 lautet.

Artikel III

Ich bitte um die Annahme der Artikel I, II und III.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Sie haben den artikelmäßigen Vortrag von I, II und III gehört, Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, ich stelle Einstimmigkeit fest. Bitte Kopf und Eingang!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Kopf und Eingang! Gesetz vom 13.6.2013, mit dem ein Gesetz über die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt, deren Verwendung und Marktüberwachung (Kärntner Bauproduktengesetz – K-PBG) erlassen wird sowie die Kärntner Bauordnung 1996 geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich ersuche um Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme von Kopf und Eingang wurde beantragt. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Bitte die 3. Lesung!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Dem Gesetz, mit dem ein Kärntner Bauproduktengesetz – K-BPG erlassen wird sowie die Kärntner Bauordnung 1996 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Ich lasse über die 3. Lesung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit ist dieses Gesetz beschlossen und der Tagesordnungspunkt 2 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 93-1/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahre 2011

Berichterstatter ist der Abgeordnete Mag. Zoppoth. Bitte dich zum Rednerpult!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Zoppoth** (SPÖ):

Hohes Haus! Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Zuseher! Wir behandeln im Tagesordnungspunkt 3 den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds aus dem Jahre 2011. Es gibt dabei Einnahmen in der Höhe von € 973.902,54, Ausgaben in der Höhe von € 1.110.926,45. Das führt zu einem kameralen Abgang in der Höhe von € 137.023,91. Mit diesem Abgang wurde gerechnet und er stellt auch keine Besonderheit dar. Die Reserven des Fonds nach Beschluss des Kuratoriums am 14.12.2011 sind in Termineinlagen veranlagt und werden von der Buchhaltung des Landes Kärnten verwaltet. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erstes hat sich Herr Klubobmann Herwig Seiser gemeldet. (*Abg. Seiser: Nein!*) Pardon, das ist der nächste Punkt! Dann ist der Erste der Abgeordnete Alfred Tiefnig. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Wir haben den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds, also die Beiträge im Jahr 2011 zu behandeln. 2011 ist ja schon etwas weiter entfernt und wir haben eben im Ausschuss das so zur Kenntnis genommen, dass auch der Fonds für das Jahr 2012 in nächster Zeit ansteht und wir ja dann in weiterer Folge auch die dementsprechenden Auskunftspersonen laden werden, weil es, glaube ich, wichtig ist. Das ist nicht eine Materie, wo ich sehr firm war, aber ich habe mich sehr genau eingelesen und ich muss feststellen, dass der Fonds etwas Positives an sich hat, weil eben sehr viele Behandlungen, wie ich nachgelesen habe, 2011 wirklich einen Sinn gehabt haben. Als dann die Krankheiten nicht mehr vorhanden waren, wurden die einzelnen Behandlungen eingestellt bzw. natürlich, was auch wichtig ist, dann andere Behandlungen für neue Krankheiten eingesetzt. Dass dieser Bericht eben erst jetzt zur Behandlung ansteht, ist vielleicht etwas merkwürdig. Das Einzige, das mir noch aufgefallen ist, ist das Eine oder Andere an Beiträgen. Wenn es Umbuchungen gibt, liest man nämlich in dem Bericht, dass es heißt, ja, das ist so üblich, es ist nichts Außergewöhnliches, dass gewisse Mittel anders verbucht worden sind. Das habe ich nämlich auch in der Gemeinde nicht sehr gerne, wenn Umbuchungen stattfinden, die man dann nicht mehr genau nachvollziehen kann. Wie gesagt, die Abrechnung ergibt im Vergleich zum Vorjahr einen Abgang, einen dementsprechenden kameralen Abgang von € 137.000,--. Es ist auch so, dass die Gesamteinnahmen im Vergleich zum Jahr 2010 nach unten gesunken sind und die Zuschüsse des Landes eben dementsprechend gestiegen sind, € 56.364,--. Wir werden natürlich diesem Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds zustimmen und ihn zur Kenntnis nehmen. Das Einzige, was mir bei genauer Durchsicht der Zahlen aufgefallen ist, ist, dass sich zum Beispiel Kosten der Tiermarken, der Ohrmarken auf € 233.000,-- belaufen. Das erscheint mir etwas viel, allerdings lasse ich mich gerne eines Besseren belehren. Wenn man bedenkt, dass gerade bei den Rindern die Einnahmen der Pflichtbeiträge nur € 427.677,-- ausmachen und wenn man das dann in der Relation zu den Ohrmarken nimmt, dann erscheint mir das als Geschäftsmann etwas eigenartig, aber ich

lasse mich sehr, sehr gerne eines Besseren belehren. Vielleicht habe ich das falsch gelesen, aber wie gesagt, beim nächsten Bericht 2012 werden wir dann ja Auskunftspersonen haben und wir werden dann den Bericht besser nachvollziehen können. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Wortmeldung liegt mir von Abgeordnetem Franz Wieser vor. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann! Werte Zuhörer! Ein Tierseuchenfonds, da wird sich vielleicht für den einen oder anderen die Frage stellen, wozu brauchen wir das im Grunde genommen überhaupt? Ich kann das vielleicht in der Form versuchen zu beantworten: Ich glaube, dass Seuchen nicht nur Tiere und damit nicht nur die Landwirtschaft betreffen, sondern natürlich auch die Menschen betreffen, die ja die Produkte konsumieren, die sie essen. Deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass wir für Seuchen, Gesundheitsaufwand, selbstverständlich auch für unsere Tiere dementsprechend Vorsorge treffen, aber natürlich das Ganze unter dem Gesichtspunkt sehen, dass das eigentlich dazu führt, dass der Konsument, die Bevölkerung oder wir alle dann gesunde Lebensmittel dementsprechend konsumieren können. Es entsteht natürlich bei dieser Seuchenbekämpfung ein gewisser Aufwand. Der Aufwand ist in erster Linie Untersuchungsaufwand in den Labors. Wenn man die Zahlen hernimmt, ist es der Aufwand für die Tierärzte, die die Proben entnehmen, es ist aber auch ein gewisser Beitrag an den Tiergesundheitsdienst, der vor allem die Aufgabe hat, die Tiergesundheit von Haus aus zu fördern, dementsprechend zu unterstützen, damit Seuchen gar nicht erst auftreten und damit zum Problem für uns alle und für das ganze Land werden können. Es hat der Gesundheitszustand der Tiere für den Konsumenten natürlich einen positiven Effekt. Er hat aber natürlich auch für die Bauernschaft und für die Landwirtschaft den positiven Effekt, dass

Wieser

wir, wenn wir als Land Kärnten, wenn die österreichische Landwirtschaft in der Lage ist, die Gesundheitszeugnisse dementsprechend vorweisen zu können, dann eben auch Exportmöglichkeiten für unser Zuchtvieh und für unsere Lebensmittel haben, die gewisse Gesundheitszeugnisse verlangen. Nur wenn der Gesundheitszustand unserer gesamten Produktion, unserer Lebensmittelproduktion nachweisbar, vollziehbar, kontrolliert ist, können wir Exporte tätigen. Und ich glaube, Exporte sind nichts Schlechtes, sondern bringen Geld nach Kärnten, nach Österreich, eine Wertschöpfung, die dementsprechend zu unserem Wohlstand beiträgt. Diesem Aufwand stehen auch Einnahmen gegenüber. Rund 1 Million Aufwand ist bereits erwähnt worden, wovon „nur 300.000,-- Euro“ das Land beiträgt und 700.000,-- Euro von der Bauernschaft be-rappt werden müssen. Die Relation zwischen Kosten und Nutzen, für wen es mehr Nutzen hat, für die Gesamtbevölkerung oder nur für die Bauernschaft, da würde ich sagen, ist die Beteiligung des Landes meines Erachtens nach natürlich gerechtfertigt. Das könnte aus Sicht der Bauernschaft sicher besser ausgestattet sein.

Ich glaube aber, dass wir zum Abschluss kom-mend sagen können, wir haben in Kärnten eine kontrollierte Qualitätsproduktion unserer Lebensmittel, unserer Produkte. Ich kann die Kon-sumenten nur auffordern und die Empfehlung aussprechen, dass sie österreichische Produkte, Kärntner Produkte konsumieren und damit auf der sicheren Seite liegen. In diesem Sinne wer-den wir dem selbstverständlich die Zustimmung erteilen und das annehmen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Abgeordnete Hannes Anton gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Anton** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Kollege Wieser hat sehr aus-führlich berichtet. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das Ganze nicht als Unterstützung für die Landwirtschaft sehen, sondern dass wir darin

auch unseren gesundheitspolitischen Aspekt sehen und diesen erfüllen müssen. Das ist ganz, ganz wichtig! Wenn man das liest, dass sich gewisse Zuschüsse ein bisschen verändert haben, nach unten gegangen sind aufgrund der Ein-schränkung von vielen Krankheiten, dann muss man natürlich auf der anderen Seite die gestie-genen Ausgaben bezüglich dieser Ohrmarken genau anschauen. Die Ohrmarken haben sich nämlich vom Betrag her verändert. Das heißt, es ist nach oben gegangen, deswegen auch die Ver-änderung des Betrages. Man wird es genau se-hen: 2012 hat sich das noch einmal gesteigert. Es gibt momentan Bestrebungen, diese Zuschüsse für die Landwirtschaft überhaupt abzuschaffen. Ich würde davor warnen, dass man das abschafft, deswegen haben wir heute auch einen Antrag hier abgegeben, der dann im Ausschuss behan-delt wird, dass wir auch für die Weiterbeibehal-tung der Kostendeckung für diese Ohrmarken sind. Denn ich glaube, speziell die Landwirt-schaft hat es sich nicht verdient, dass man hier auf Kosten der Landwirte noch einmal zu einer Kostenreduzierung kommt bzw. die Landwirte zusätzlich noch einmal damit bestraft. Die Landwirte haben mit der Dieselpreiserhöhung, mit den gestiegenen Futterkosten und, und, und etliches zu tragen. Wenn wir schon immer vor der Ausdünnung des ländlichen Raumes warnen, dann soll es auch so sein, dass man auf die Landwirtschaft schaut, weil ich glaube, die Landwirtschaft ist ein ganz wichtiger Punkt.

In unserem schönen Land auch in Richtung Tou-rismus gesprochen: Sie sind wirklich die, die unsere Landschaft hegen und pflegen und unser Land dementsprechend bewohnbar machen, deswegen bitte ich auch um positive Teilnahme an der Diskussion. Wir haben den Antrag im Ausschuss beraten und natürlich auch um Bei-behaltung dieser ganzen Geschichten. Wir wer-den heute diesem Fonds, dem Bericht natürlich zustimmen. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Schober

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Zoppoth** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, ich stelle Einstimmigkeit fest. Bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Zoppoth** (SPÖ):

Der Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds vom 25.1.2013, Zl.05-VET-TSF-2/5-2013, über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahr 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich wieder Einstimmigkeit fest. Somit ist dieser Punkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 64-12/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen betreffend sofortige Auflösung des Werbemittelbestandes von Ex-Regierungsmitglied Gerhard Dörfler (FPK) und Übergabe an Kärntens Sozialeinrichtungen

An sich ist die Einladung mit dem Berichterstatter Ing. Rohr hinausgegangen. Das war ein kanntechnischer Fehler. Bitte, das zu berichtigen! Die richtige Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Waltraud Rohrer. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich berichte über den Antrag: Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Werbemittelbestände der zuletzt ausgeschiedenen Regierungsmitglieder das Vorliegen allfälliger strafrechtlich relevanter Tatbestände zu prüfen und beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Diese ist somit eröffnet. Als erstes hat sich Klubobmann Herwig Seiser gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine werten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause beim Internet! Wir haben heute in der Aktuellen Stunde sehr trefflich darüber gesprochen, dass das Haushaltsrecht in Ordnung zu bringen ist. Wir haben treffende und wichtige und richtige Argumente darüber ausgetauscht, dass das Rechnungswesen in Ordnung zu bringen ist, dass wir quasi eine ökonomische Landesverteidigung in Angriff nehmen müssen, dass wir wirkungsorientiert agieren sollen, dass wir mit den Schulden runter sollen, dass wir die Defizite verringern sollen und dass wir insbesondere mit dem uns anvertrauten Steuergeld entsprechend sorgsam umgehen sollen. Das sind, meine sehr geschätzten Damen und Herren, nichts anderes als Lippenbekenntnisse, wenn – wenn! – sich die grundsätzliche Einstellung zur Verwendung von anvertrautem Steuergeld nicht ändert. Das heißt, jeder zuständige Referent, jeder zuständige Mandatar, jeder zuständige Politiker, der in die Versuchung kommt, mit Steuergeld entsprechend agieren zu müssen, muss zuallererst eine Frage sich selbst beantworten, nämlich: Wie gehe ich mit dem mir anvertrauten Geld um? Dass man sich diese Frage in der Vergangenheit nicht sehr oft gestellt oder unzureichend beantwortet hat, beweist der Tagesordnungspunkt 4, wo wir uns heute über Werbemittel zu unterhalten haben. Dieser Plunderankauf, der an Skurrilität – und ich denke,

Seiser

dass ich diese Skurrilität im Laufe meiner Wortmeldung noch unter Beweis stellen kann – nicht mehr zu überbieten ist, muss ein Ende haben! Man hat also wirklich mit beiden Händen voll in den Steuertopf gegriffen, um sein eigenes Image zu verbessern, um sich selbst so oft als möglich in der Zeitung oder auf irgendwelchen Werbeartikeln vulgo „Dobersticks“ zu sehen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das ist eine Vorgangsweise, die jetzt am Beginn einer neuen Legislaturperiode durchaus die Berechtigung hat, dass man sie diskutiert. Ich sehe beim Kollegen Leyrouz ein rotes Handtuch. Ich vermute, dieses rote Handtuch ist ein Handtuch von der Gaby Schaunig. (3. Präs. Lobnig: *Du bist gescheit!*) Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Leyrouz: Wir haben heute eine Überlegung angestellt, nämlich, wir wollten in Anbetracht des Tagesordnungspunktes 4 auch Werbemittel herzeigen als Anschauungsmaterial. Aber ich sage Ihnen, wir haben die LKWs nicht zur Verfügung, um den ganzen Plunder, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*) der noch herumliegt, hierher zu schaufeln! Wir haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, außer im Großen Wappensaal, nicht so viel Platz in unserem Klub zur Verfügung, dass wir diesen ganzen Schrott lagern können und hier in den Plenarsaal herstellen. Es sei Ihnen aber unbenommen, dieses kleine Handtuch hier als Anschauungsmaterial zu bringen, wobei ich Ihnen eines sage: Schon der Paracelsus hat gemeint: „Die Dosis macht das Gift.“

Wir haben heute oder gestern oder vorgestern bereits eine Aufstellung erhalten von der ersten Bestandsaufnahme in einem Lager in einem Straßenbauamt, Bestandsaufnahme vom 3.5.2013. Da fand man 6.640 Stück Schnuller der Firma Breakline Austria. Zusätzlich fand man braun-weiße Plüschtiere der Firma Paul aus Karnburg, 27 Stück. Es wurden ebenfalls gefunden batteriebetriebene Reitpferde, die mit 105 Kilogramm belastbar sind und die die Farbe Braun haben, 17 Stück. Und es wurden Babyschuhe gefunden, zwei Kartons à 20 Stück. Die zuständige Abteilung teilte uns mit, dass noch weiterhin entsprechend gesucht und geforscht wird. Wenn, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der Spatenstich eine olympische Disziplin wäre, dann hätten der Gerhard Dörfler und seine Kolleginnen und Kollegen x-mal Gold

eingeharbt für ihre Tätigkeit. Ich habe mir ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Werbeaktionen, einige imageverbessernde Geschichten ab dem Jahr 2008 herausgesucht, wie gesagt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Erinnern wir uns als allererstes einmal an das Haider-Museum: Kosten zwischen 40.000,-- Euro und 80.000,-- Euro. Besucherandrang endenwollend, das war eher ein Bauchfleck. Dann hat man das Haider-Wrack um 40.000,-- Euro angekauft. Dann gab es noch um 7.000,-- Euro diese wunderschönen und in den Medien schon oft diskutierten sich selbst waschenden Hände, die jetzt in Gurk aufgestellt sind. Weiter geht es dann mit Schlüsselanhängern, mit dem „reflektierenden Ferdinand“ als Verkehrssicherheitsmaßnahme. (*Zuruf aus der ÖVP-Fraktion.*) Nein, eh nicht, Ferdinand Hueter nicht, aber der „Polizist Ferdinand“ ist eine andere Geschichte, eine auch sehr skurrile Geschichte. 100 Spaten für die „Kanalrebellin in Penk.“, das heißt also, man hat dort irgendeiner Bürgerinitiative Spaten zur Verfügung gestellt, damit sie sich offensichtlich den Kanal selbst graben oder was, keine Ahnung. Auf jeden Fall wurden Haider und Dörfler dafür zu „Ehrenhalliern“ ausgezeichnet. Das ist eine wichtige Auszeichnung! Knapp darauf hat man dem Hannes Jagerhofer eine Husqvarna-Motorsäge in die Hand gedrückt, geschenkt auf Deutsch gesagt, damit er sich den neuen Beachvolley-Platz in Klagenfurt selber roden kann. Der Dörfler hat damals gesagt, es sind nur vier Bäume zu fällen, Hannes, das machst du selber. 2.000 Gutscheine für ein Pendlerfrühstück. Bei der 40-Jahr-Feier des Schigebietes auf dem Hochrindl großzügige Spende in der Höhe von 65.000,-- Euro. Da ist aber der Seppi Martinz auch nicht sehr dahintergeblieben. Er hat nämlich 35.000,-- Euro gespendet. Dann gab es Warengutscheine für Straßenarbeiter im Ausmaß von 200,-- Euro, 400,-- Euro Förderaktion für die E-Scooter, Haftungsübernahme für 1 Million Euro aus der Klage FC Kärnten, Gratiskarten für Länderspiele Österreich – Kamerun, Gratiskarten für das Länderspiel Österreich – Schweiz, wie gesagt ohne Anspruch auf Vollständigkeit, Gratiskarten en masse für die Befüllung des Stadions in Klagenfurt. Beim Länderspiel Österreich – Schweiz hat der Landeshauptmann Dörfler als Gegenzug für sein Geschenk von Handtüchern an die Schweizer Nationalmannschaft die Zusage erhalten, 1 Kilo Käse jeden Monat auf Lebenszeit zu kriegen. Also zusätzlich zur Brennesselsuppe

Seiser

gibt es noch einen Käse. Dann hat es Kärntner Dirndl für Marathonläuferinnen gegeben, wann immer die sie tragen, das weiß ich nicht, 5.000,-- Euro-Schecks für erfolgreiche Wintersportler, Gratisurlaube in Bad Kleinkirchheim. Dann hat es diese berühmte Samenaktion gegeben, Karotten-, Zucchini- und Radieschensamen en masse – en masse! 25.000 Radieschen-Samen zum Preis von 6.000 Päckchen Radieschensamen, damit ich es richtig sage, zum Preis von 6.250,-- Euro. Dann noch einmal 25.000 Päckchen Radieschen-Samen. Dann gab es Qualitätssamen Zucchini – 50.000 Stück, 11.500,-- Euro, dazu die passenden Gartenhandschuhe grün namens „Kärnten“ im Ausmaß von 11.000,-- Euro. Dann gab es die Gartenhandschuhe blau „Kärnten“ im Ausmaß von € 11.000,--, Baumwolltragtaschen, natürlich „Kärnten“, € 2.500,--, et cetera, et cetera. Dann gab es den „Kärntner Kräutertee“, ich glaube, das sind auch 15.200 Sackerl gewesen, im Ausmaß von € 30.000,-- und nicht zuletzt das „magische Blütenpflaster“, 10.000 Stück für die Kärntnerinnen und Kärntner. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, es ist dann weitergegangen, die Straßeneröffnungsfeste, ob das jetzt die Umfahrung Bad St. Leonhard ist, ob das die Umfahrung Völkermarkt ist, all diese Dinge sind ja mittlerweile, nachdem entsprechende strafrechtliche Verdachtsmomente vorliegen, Angelegenheit der Korruptionsstaatsanwaltschaft bzw. der Staatsanwaltschaft, weil hier der Verdacht in der Luft liegt, dass Sponsoringgelder gegen Bauaufträge gekeilt wurden. In jedem Fall ist es bei den Straßeneröffnungsfesten sehr, sehr lustig zugegangen und auch sehr, sehr großzügig eingeladen worden. Eingeladen wurde mit sechsseitigen Einladungen, wo acht Mal der Gerhard Dörfler drauf war. Dann gab es Gutscheine, Arbeitshandschuhe, Schlüsselanhänger, E-Scooter, Speisen und Getränke bis zum Abwinken. Etwas vorsichtiger, etwas knausriger war der Herr Landeshauptmann beim Besuch des Papstes Benedikt, da hat er nämlich nur eine Flasche „Gurktaler Alpenkräuter“ mitgebracht. Dafür gab es dann wieder tausende Sicherheitsjacken, Gilets, Trachtengilets, wieder für die Damen, also sehr, sehr vorausschauend. Und zu guter Letzt, was aus meiner Sicht an Skurrilität nicht mehr zu überbieten ist, einen Scheck für den Kauf eines Zuchtebers. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wie gesagt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein kleiner Versuch, darzustellen, wie in diesem Land stre-

ckenweise mit Steuergeld umgegangen worden ist. Wir wissen alle, dass diverse Angelegenheiten bereits Angelegenheit der Staatsanwaltschaft sind. Und ich sage es noch einmal: Man braucht sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ein neues Rechnungswesen und eine transparentere Finanzpolitik in diesem Land einzuführen, wenn solche Zustände weiter vorherrschen. Wir werden selbstverständlich bzw. die zuständigen Abteilungen werden selbstverständlich weiterforschen, werden wahrscheinlich zigtausende Schnuller finden, werden wahrscheinlich noch zigtausende Säckchen mit Samen finden, et cetera, et cetera. Wir sollten jedenfalls so schnell wie möglich mit dieser Art von Politik, mit dieser Art von Steuergeldverschwendung aufhören, weil es wirklich an Frechheit und an Unverfrorenheit nicht mehr zu überbieten ist. Und im Übrigen ist es verantwortungslos gegenüber den jungen Menschen in unserem Land, nämlich denen zu demonstrieren, wie man mit dem anvertrauten Steuergeld umgeht. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes hat sich der Klubobmann Christian Leyrouz gemeldet. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Zuhörer! Vielen Dank, Herr Kollege Seiser, für die Einführung in eine Art selektive Transparenz, wo man im Endeffekt drei Personen herausgreift für eine Vorgangsweise, die in den letzten Jahren offensichtlich und sehr zu meinem Bedauern Usus war. Faktum ist, dass wir heute aus diesem Grund bereits die Überprüfung durch den Landesrechnungshof beantragt haben. Dieser Antrag wurde auch einstimmig angenommen und es werden da sämtliche Werbeaufwendungen beginnend ab dem Jahr 2004 bis 2013 überprüft. Es grenzt für mich eigentlich wirklich schon an Kindesweglegung, wenn ich dann vor allem den Abänderungsantrag der Kollegen der ÖVP sehe, wo dann im Endeffekt die Erweiterung auf die ausgeschiedenen Mitglieder der ehemaligen Landesregierung erfolgen soll, auf Scheuch und Dobernik. Faktum ist, dass

Mag. Leyroutz

auch der Herr Kollege Martinz in der letzten Landesregierung vertreten war, seines Zeichens von der ÖVP. Und ich möchte da nur zwei Aktionen von ihm herausgreifen, „Helm mit Sicherheit“, die hunderttausende Euro, die er da verbraten hat und sämtliche Geschichten im Zusammenhang mit dem „Genussland Kärnten“. Das hat pro Jahr eine Summe von 1,3 Millionen Euro verschlungen. Auch das wird man in diese Überprüfung mit einzubeziehen haben.

Herr Kollege Seiser, Sie haben sehr viele Attribute verwendet, um das Freiheitliche Regierungskollegium anzugreifen und auszuführen, wo es denn erworben hätte, was für Werbemittel es verbraucht hat. Man kann dazu sagen, die SPÖ war durchaus „Kaiser“ in dieser Geschichte. Ich darf nur ein paar kleine Beispiele anführen: Sie haben ja das Handtuch von der Gabriele Schanig-Kandut aus dem Jahr 2007 bereits erwähnt, waren auch Werbemittel, eine Eigenwerbung. *(Der Redner hält Kopien von Zeitungsseiten hoch.)* Ich habe da etwas von der Kollegin Beate Prettner: „Mit geballter Energie zur UNI GALA 2012“, „Kärnten voller Energie“, eine kleine Werbemaßnahme. Wir haben dann, obwohl das Medientransparenzgesetz bereits in Geltung und Bildwerbung verboten war, eine Werbung aus dem Frauenreferat „Kärnten braucht SIE“, eine Superaktion, die € 70.000,- für die Eigenwerbung gekostet hat, die aber nicht für Frauen aufgewendet wurde. *(3.Präs. Lobnig mit Blick auf die Regierungsbank: Ah so! Man hört nix von da! Schweigen!)* Wir kommen dann – und da wird es wirklich unappetitlich – zum Landtagswahlkampf 2009, auch da sind Verfahren bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft anhängig, da hat dann die SPÖ und insbesondere der nunmehrige Landeshauptmann eine meines Erachtens überaus unappetitliche Geschichte forciert. Es hat da die übliche Aschermittwocheinladung gegeben, wie es in der „Krone“ berichtet wurde, nur Faktum ist, diese Aschermittwocheinladung wurde nicht von der SPÖ bezahlt, sondern aus dem Gesundheitsreferat mit € 50.000,- gesponsert und zur Verfügung gestellt. Und das Schöne ist, dass wir mittlerweile eine Nachtragsanzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft eingebracht haben, weil da wunderbar die Mitglieder der SPÖ auf Bildern vorhanden sind, die dort in den schönen roten Jacken mit den SPÖ-Emblemen erworben haben und der einzige Grund war offensichtlich, auf

Landeskosten Werbung zu betreiben. Aber derer Angelegenheiten gibt es ja noch viele. Als Gesundheits- und Sportreferent haben Sie auch eine wunderbare Werbegeschichte über die Werbeagentur Fussi abgewickelt, die ja „nur“ mit € 105.000,- zu Buche geschlagen hat. Problematisch war dann bloß, dass Ihr eigener Referent, der Herr Direktor Reinhard Tellian, dann an Sie und an Ihren Mitarbeiter Herrn Gabriel, berichtet hat, dass bereits mitgeteilt wurde, dass die Repräsentationsausgaben des Landessportreferenten überschritten sind und dadurch Zahlungen an die Werbeagentur Fussi nicht erfolgen können, weil Ihr Budget aufgrund der Zwölfstelregelung ausgereizt ist. Und der nächste Satz ist sehr spannend: „Es kann daher nur eine Bezahlung der offenen Rechnungen aus Sportförderungsmitteln erfolgen, was zu einer eklatanten Kürzung der Sportbudgets der Kärntner Sportverbände, *(1. Präs. Ing. Rohr übernimmt den Vorsitz.)* Sportvereine und letztlich der Kärntner Sportler führen würde.“ Sie haben Ihr Amt missbraucht, Sie haben zu Lasten der Sportler Werbung auf Eigenkosten betrieben, und das ist ein Fakt, und das wird auch zu überprüfen sein.

Wir haben im Zuge des Landtagswahlkampfes aber auch noch andere interessante Sachen gefunden. Es gibt ja diese schöne Feuerwehrzeitung, die vom Herrn Ersten Präsidenten maßgeblich unterstützt wurde. Da drin haben wir ein wunderbares Inserat des Herrn Gesundheitsreferenten Dr. Peter Kaiser „Für alle die beste Gesundheitsversorgung“, mit dem Emblem und mit dem Gesicht des damaligen Spitzenkandidaten, Herrn Ing. Rohr, mit oben. Es fragt sich, was hat der Herr Ing. Rohr auf einer Werbung des Gesundheitsreferates verloren? Offensichtlich eine wirkungsorientierte Budgetierung, worüber wir heute schon so viel gesprochen haben, aber wirkungsorientiert offensichtlich nur für die eigene Partei, für die eigene Werbung. Und ich glaube, auch das muss aufgezeigt werden. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und wenn dann heute die Finanzlandesrätin insbesondere über wirkungsorientierte Budgetierung spricht, dann wird es wirklich unappetitlich, denn in den Jahren 2007 und folgend hat die nunmehrige Finanzlandesrätin Eigenwerbung betrieben, Werbung betrieben mit einer Werbeagentur, die in Salzburg situiert ist und hauptsächlich für die SPÖ Wahlkämpfe macht. Hiefür wurden über 1 Million Euro aufgewendet, unter anderem gibt es ganz tolle Ge-

Mag. Leyroutz

schichten wie „Kärnten rockt das Finale“, Eigenwerbung von der Frau Finanzlandesrätin. Ist leider nicht mit den salbungsvollen Worten von heute in Einklang zu bringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, selektive Transparenz ist abzulehnen. Wir als Freiheitlicher Landtagsklub wollen eine komplette Transparenz, wir bringen daher einen Abänderungsantrag ein, der dahingehend lautet, dass die Kärntner Landesregierung aufgefordert wird, nicht nur die Werbemittel, sondern sämtliche Werbemaßnahmen aller Landesregierungsmitglieder von 2004 bis 2013 auf das Vorliegen dieser relevanten Tatbestände und zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche zu überprüfen. Ich bin sehr gespannt, wie insbesondere die Grüne Fraktion zur Transparenz steht und ob sie diesem Antrag stattgeben und ihn unterstützen wird, denn es geht wirklich darum, dass Transparenz für alle zu gelten hat und nicht nur für die Freiheitliche Regierungsmannschaft. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Schabus.

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Werter Präsident! Liebe Zuhörer! Liebe Schüler auf der Tribüne! Und natürlich die Zuseher zu Hause, die uns jetzt noch verfolgen! Ich denke, für euch ist es momentan sicher auch ein ganz spannendes Thema. Wie stellt sich Politik dar, wie agiert man und welche Schlüsse zieht man daraus? Ich denke, für mich persönlich und auch für uns ist es ganz, ganz wichtig, nach vorne zu gehen und in die Zukunft zu schauen. Tatsache ist, dass enorm viele Werbemittel angeschafft wurden. Tatsache ist, dass diese Werbemittel jetzt vorhanden sind in Form von Schachteln, von Schnullern, von Babyschuhen, von Plüschtieren, von Dingen, wo sich für mich persönlich die ganz große Frage stellt, wo ist da die Nachhaltigkeit geblieben? Wo hat man sich überlegt, Dinge anzuschaffen, die eventuell auch einen Nachhaltigkeitswert haben? Tatsache ist – und wenn ich gerade auf die junge Generation oben im Publikum schaue – es wäre die Frage, was würde jungen Menschen einfallen, welche Projekte sie gerne forciert haben wollen? – Jetzt

wurde mir der Ton abgestellt! *(Vorsitzender: Entschuldigung! Ich habe das falsche Mikro erwischt!)* – Ich denke, da könnten wir wirklich aus einem Fundus schöpfen, aus dem wir alle lernen sollten. Und ich denke, das ist auch das Wichtige für die Zukunft. Wir sollten uns – und bitte das sind alles Steuergelder, die die Menschen eigentlich erwirtschaftet haben – wirklich ganz, ganz eindringlich – und das, denke ich, ist ein wichtiger Zukunftsaspekt – überlegen, wie geht man mit diesen Geldern wirklich um, mit Sachen, die da angeschafft wurden. In dem Antrag – das ist leider nicht verlesen worden – ist auch die Aufforderung drinnen, man sollte die Dinge, die jetzt ja auch von Steuergeldern bereits bezahlt wurden, wirklich dementsprechend verteilen an Kinder-, Jugendeinrichtungen, sie denen zugute kommen lassen und sie nicht vermodern lassen, sondern sie sollten eigentlich wirklich einem Zweck zugeführt werden. Das muss erhoben, abgeschlossen werden und dann muss die Sache verteilt werden an Sozialeinrichtungen zum Beispiel und man sollte wirklich für die Zukunft lernen, dass solche Aktionen nicht mehr passieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobmann-Stellvertreterin Isabella Theuermann. Bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! 1.821 Stück Kinderfahrradhelme in FPK-Blau, 717 Stück Fahrradhelme in den Farben der Chianti-Koalition – rot-blau, 6.640 Stück Schnuller, 27 Stück Plüsch-Tiger – Farbe braun-weiß, 17 Stück Reitpferde – belastbar bis 105 Kilogramm, 40 Paar Puma-Kärnten-Babyschuhe. In Summe sind dies 9.262, also fast 10.000 Mahnmale gegen Disziplinlosigkeit, mangelnde Demut, Maßlosigkeit und Überheblichkeit der Politik, um hier die Worte des geschätzten Regierungsmitgliedes Christian Ragger von der FPK wiederzugeben! *(Beifall von der TS-Fraktion.)* Vor allem sind es aber beinahe 10.000 Mahnmale gegen Korruption, Freunderlwirt-

Mag. Theuermann

schaft und vor allem gegen eine Politik, die ausschließlich dem Selbstzweck und der Eigen-PR dient. Es sind aber auch 10.000 Mahnmale für Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie. Maßlosigkeit und Überheblichkeit sind durchaus auch Attribute, die Ihnen nicht ganz fremd sind und die sich auch in Ihrer Regierungspolitik wiederfinden. Auch Sie waren es, die in der letzten Gesetzgebungsperiode Ermessensausgaben getätigt haben, die mit der realen Politik und den realen Problemen der Kärntnerinnen und Kärntner absolut nichts zu tun haben! Ich darf nur an unrühmliche Vorfälle erinnern wie die Top-Team-Affäre, die Anschaffung von wertlosen Artikeln à la FPK und die unzulässige Vermischung von Partei- und Regierungspolitik. Zudem muss klar hinterfragt werden, welchen konkreten Auftrag abseits der Werbe- und Vermarktungstätigkeiten für den jeweiligen politischen Referenten Vereine gehabt haben, die tagtäglich wie Unkraut aus dem Boden sprießten und bald wieder von der Bildfläche verschwunden waren. Welchen Auftrag hatten beispielsweise Vereine wie „Aktive Gemeinde“? War es wirklich mehr als die Vermarktung des SPÖ-Referenten für Gemeindepolitik? Und warum gibt es Peter Kaiser-Trinkflaschen vom Verein „Gesundheitsland Kärnten“? Eines sei Ihnen dazu gesagt: Wer mit einem Finger auf andere, sprich im konkreten Fall auf die FPK zeigt, deutet gleichzeitig mit vier Fingern auf sich selbst! (3. Präs. Lobnig: *Pfui! Betretenes Schweigen!* – *Beifall von der TS-Fraktion.*)

Jeder sollte zuerst vor seiner eigenen Türe kehren und den Roten Teppich sauber halten bzw. sauber machen. (3. Präs. Lobnig: *So ist es!*) Aber auch Ihnen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der „Soletti-Partei ÖVP“ – immer dabei, aber leider sehr oft brüchig – sei gesagt, dass die Maßlosigkeit in der letzten Periode auch bei Ihnen Einzug gehalten hat. Unvergessen sind an Sinnlosigkeit kaum mehr zu übertreffende Werbegeschenke vom „Genuss-Landesrat“ Josef Martinz: (Abg. Trettenbrein: *Bravo!* – *Beifall von der TS-Fraktion und von der F-Fraktion.*) Die Gesichtserfrischungssprays mit Pfefferminz und Lippenstifte mit Geschmack, bezahlt – und wie sollte es auch anders sein – aus Regierungs- und Referatsmitteln! Um nochmals Herrn Ragger zitieren zu dürfen: „Disziplinlosigkeit, mangelnde Demut, Maßlosigkeit und Überheblich-

keit sind in den letzten Jahren zu Attributen geworden, die für die gesamte Kärntner Landespolitik zutreffen und nicht nur für einzelne Parteien oder Referenten.“ Das Team Stronach fordert daher, dass die Landesregierung einschreiten und für klare Richtlinien betreffend die Werbekosten und Ermessensausgaben der jeweiligen Referenten, aber auch für den Landeshauptmann sorgen muss. Diese Ausgaben müssen auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Die Bevölkerung hat für solche Ausgaben in Krisenzeiten keinerlei Verständnis!

Die Kärntner Landespolitik muss endlich vom Selbstvermarktungs- und Eigen-PR-Trip auf den Boden der Realität zurückgeholt werden. Wir haben große substantielle Probleme zu lösen und wir müssen den zentralen Aufgabenstellungen wie beispielsweise der Jugendarbeitslosigkeit oder der Erhöhung der Armut unsere vollste Aufmerksamkeit und Konzentration schenken. Jetzt sind nicht die Werbegeschenke und Hochglanzbroschüren wichtig, sondern die ehrliche, gewissenhafte und aufopferungsvolle Arbeit für unser Land. Nur gemeinsam können wir in diesem Land etwas bewegen und Problemlösungen erarbeiten. Dem Antrag werden wir selbstverständlich zustimmen. (3. Präs. Lobnig: *Danke!* – *Beifall von der TS-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Willi Korak. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Wenn man sich diese Diskussion jetzt anschaut: Jede Partei bewirft die andere! Ich könnte auch ins Sackerl hineingreifen, ich könnte da auch einige Sachen herausholen von anno dazumal, von der Sozialreferentin, von der Cernic. Von der Frau Gaby Schaunig könnte ich ein paar Sachen herausholen. Ich habe alles mit, es ist ja nicht so. Jeder hat das Gleiche gehabt. Das Jugendreferat – Gaby Schaunig, dann hat es der Herr Scheuch gehabt. Dann geht es noch weiter mit dem Herrn Kaiser. Der hat so etwas auch gehabt. Wir reden da von Fahrradhelmen. Da

Korak

geht es um die Sicherheit der Jugend und die sollte uns doch etwas wert sein! Ich glaube nicht, dass der Gerhard Dörfler seinerzeit schlechte Gedanken gehabt hat, für die Jugend einen Helm zu organisieren, damit die mit einem Rad sicher fahren können. Heute kommt dann ein Landesrat da her – (*Abg. Dr. Lesjak: Babyschnuller!*) auf die Schnuller komme ich gleich! – da kommt ein Landesrat da her und sagt: „Da gibt es Geheimlager.“ Wenn er sich beim Herrn Bidmon erkundigt hätte, dann würde er wissen, dass die Lager nicht geheim sind, sondern er ist nur einer Frage nicht nachgekommen! (*Beifall von der Abg. Mag. Trodt-Limpl. – Beifall von der F-Fraktion.*) Weil wenn er hingehet und fragt, was gibt es in meinem Referat Neues, als er als Landesrat angefangen hat, dann hätte ihm das jeder erklärt. Aber dann groß in die Medien zu gehen und zu sagen: „Geheimlager! Geheimlager!“ Dann reden wir über die Babyschuhe. Die Frau Kollegin hat gesagt: „Sinnlose Geschenke.“ Ich muss sagen, ein Babyschuh oder ein Schnuller sind meiner Ansicht nach keine schlechten Geschenke. Schon gar nicht, wenn es ein Puma-Schuh ist, weil Puma ist eine Marke. Ich glaube, das wissen Sie auch, oder? Vor allem wenn man jetzt hergeht und sagt, das an soziale Einrichtungen geben: Warum muss man sich schämen, wenn hinten auf einem Fahrradhelm „Kleine Zeitung“ draufsteht? Warum muss man sich denn schämen, wenn der Helm blau ist? Entschuldigung, der Schriftzug war halt einmal blau, das hat aber nichts mit der Partei zu tun. Am Schnuller selber steht nur „Kärnten“ drauf. Das ist doch egal! Hören wir doch auf mit den ganzen Streitigkeiten und gegenseitigen Anschüttungen! Jeder Einzelne sollte, wenn er im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen. Das ist, glaube ich, für alle klar! Jeder Einzelne herinnen, ob es Rot war, ob es Schwarz war, ob es Grün war, ob es die Blauen waren, einschließlich seinerzeit meine Wenigkeit, dem BZÖ angehörig, wir haben genauso unsere Sachen gemacht, aber hören wir doch auf, über diese Werbemittel zu diskutieren! (*Abg. Mag. Schalli: Und tun wir weiter wie vorher!*) Nein, wir gehen nicht weiter wie vorher, sondern reden wir ganz normal darüber, was Einschaltungen in den Zeitungen kosten. Bei jeder Kampagne sind die Werbemittel ein Bruchteil davon, was Zeitungsinserte und Einschaltungen kosten. (*Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl und von der F-Fraktion.*) Und wenn sich jemand erkundigt, was ein Inserat bringt –

wie lange schaut man ein Inserat in der Zeitung an? Darüber gibt es Statistiken. Genau zwei bis drei Sekunden schaut man sich ein Inserat von einem Referenten an. Wenn ich jetzt hergehe und so einen Babyschuh bekomme, Entschuldigung, den schaue ich mir doch länger an und den habe ich länger daheim als ein Inserat in der Zeitung. Hören wir doch bitte alle gemeinsam auf, uns gegenseitig anzuwerfen, sondern schauen wir nach vorne! Kärnten hat andere Sachen zu tun und andere Probleme, als sich da jetzt mit Werbemitteln zu beschäftigen und sich gegenseitig zu bewerfen! Und diese Helme: Geht doch bitte her, geht hinaus zu den Schulen, geht hinaus zu den Kindergärten, verteilt die draußen! Es gibt genügend Familien, die sich vielleicht so einen Fahrradhelm um 50,- Euro, was er so im Schnitt kostet, nicht leisten können. Verschenkt es bitte dort an die Kinder, wo es hingehört! So wird Steuergeld wieder sinnvoll für die Familien daheim eingesetzt. Danke schön! (*Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl. – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als vorläufig letzte Rednerin zum Tagesordnungspunkt 4 ist die Abgeordnete Klubobfrau Barbara Lesjak am Wort!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor dem Internet! Ja, diese Diskussion schließt an die Aktuelle Stunde an. Wir hatten das Thema „Haushaltsreform“. Wie sollen wir in Zukunft mit dem Budget umgehen? Wie sollen wir Finanzpolitik betreiben? Alle versuchen hier wirklich ernsthaft mitzuhelfen, das Ruder herumzureißen, einen neuen Weg einzuschlagen und gleichzeitig einen Schlusstrich zu machen zu den bisherigen Üblichkeiten, die wir jetzt diskutieren, so eine bisherige Schamlosigkeit, muss man schon fast sagen. Ich komme gleich dazu. Was natürlich wichtig ist, sind rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen, damit wir die Budgetgestaltung und -erstellung auf transparente Beine stellen und damit wir hier auch entsprechend mitgestalten können. Das, was wir jetzt

Dr. Lesjak

diskutieren, ist nicht der rechtliche Rahmen, sondern das ist der ethische, politische Rahmen. Was ist politisch, ethisch noch vertretbar? Was ist okay? Was bleibt irgendwie unter einer Schmerzgrenze? Ich finde, dass wir hier ein gutes Beispiel haben, das uns zeigt, da sind wirklich viele Grenzen überschritten worden. Das, was wir hier von Dobernig und von den vorigen Mitgliedern in der Landesregierung haben – im Antrag haben wir jetzt den vorigen Landeshauptmann Dörfler und den Landesrat Dobernig – selbstverständlich muss man sich das anschauen, ob das strafrechtlich relevante Tatbestände waren. Das muss man prüfen lassen. (*Abg. Mag. Leyrouz: Selektive Transparenz!*) Im Fall des Falles würde ich sehr wohl Schadensersatzforderungen einfordern, weil das kann nicht sein, dass man – und ich schließe mich meinem Vorredner an – da brauchen wir ja bei den einzelnen Gegenständen gar nicht über die Sinnhaftigkeit zu reden. Es wird schon irgendwas gewesen sein, man findet dann einen Sinn in Fahrradhelmen und so weiter und so fort. Aber der Herr Dobernig war ja Finanzlandesrat! Wenn ein Straßenbaureferent Züge verteilt oder Spielzeugautos, gut, das verstehe ich irgendwie. Aber ein Finanzlandesrat, dass der so einen Haufen Quatsch und Unsinn hortet, nur für die eigene Selbstinszenierung, da ist eine Grenze überschritten, die ich in Zukunft nicht mehr überschritten haben will! Wir müssen jetzt reden: Wo ist das politische Maß? Das ist eindeutig überschritten worden Es ist politisch nicht mehr vertretbar, was der Herr Dobernig hier gezeigt hat. Er zeigt uns damit natürlich auch diese Schmerzgrenze. Ich verstehe es nicht. Diese 111.720,-- Euro für Valentinskonzerte, das verstehe ich nicht ganz. (*Abg. Mag. Leyrouz: Und den Aschermittwoch schon!*) Ja, das verstehe ich schon, aber das mit den Valentinskonzerten verstehe ich nicht. Wissen Sie, warum? Weil der Herr Landeshauptmann damals gesagt hat: „Nein, das stimmt gar nicht, das hat gar nicht so viel gekostet. Das hat ja nur 50.000,-- Euro gekostet.“ So ist das immer gemacht worden! Es sind hier der Öffentlichkeit falsche Zahlen kolportiert worden! Oder was haben wir mit der Wahlkampfkostenbeschränkung gemacht? Die Parteien der Vernunft haben sich zusammengesetzt und haben gesagt, so, wir werden die Wahlkampfkosten beschränken, damit wir diesen schamlosen Griff in die Steuerkasse nicht noch einmal machen. Das war schon das „Ruder herumreißen.“ Man hat hier schon

die Vernunft walten lassen. Was ist passiert? Die FPK hat weiterhin das Geld beim Fenster hinausgeworfen, große Plakate gemacht, großflächige, wo man den Herrn Landeshauptmann gesehen hat, der vorher gesagt hat, die Bevölkerung möchte unsere Gesichter nicht mehr sehen. Dann hat er ausgerechnet nur sein Gesicht aufgehängt! Die Bevölkerung hat ganz genau gesehen, wen sie jetzt abwählen muss. Das hat die Bevölkerung dann ja richtig gemacht. Dieser Budgetkurs ist ja abgewählt worden! Genau diese Großmannsucht, diese Verschwendungssucht ist abgewählt worden! Über das reden wir heute ja. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*)

Und diese Chuzpe, wo jetzt argumentiert wird so quasi als Gegenargument, ja, ihr habt ja auch Werbegeschenke, ihr macht doch auch etwas. Ich meine, das ist einfach lächerlich! Das ist an Dummdreistigkeit nicht zu überbieten, wenn man sagt, aber ihr macht doch auch Werbegeschenke! Ja, na, jedes Regierungsmitglied hat Werbemittel und macht etwas, um öffentlich bekannter zu werden und Bewusstseinsbildung zu betreiben, aber es gibt eine Grenze! Diese Grenze sind zum Beispiel diese „Dobersticks!“ Das ist eine Grenze, das ist eine Frechheit! So etwas gehört sich nicht mehr! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.*) Zynisch ist das, wenn Sie da herausstehen und das aufwiegen mit den anderen Werbegeschenken, das ist zynisch! Das geht einem vernünftigen Menschen gegen den Strich!

Ich verstehe es nicht, weil von keiner anderen Partei als der FPK hat man so viele Schamlosigkeiten in dieser Art gesehen und erlebt und so viele Parteimitglieder sind vor dem Richter wegen Amtsmissbrauch, Untreue und so weiter, wo ermittelt wird. Das gibt es nur bei der FPK, das gibt es bei den anderen Parteien nicht und da würde ich sehr wohl einen Unterschied machen. Da mache ich einen Unterschied, weil das, was da vom Herrn Dobernig ausgegeben worden ist an diesen Mitteln für was auch immer, Brauchtums- und Heimatpflege, da werden für die Selbstvermarktung, für diese schamlose Selbstinszenierung aus dem Budgetposten „Brauchtums- und Heimatpflege“ € 430.000,-- ausgegeben. Davon wurden dann die 14.000 „Dobersticks“ auch bezahlt. Ja was hat das bitte mit

Dr. Lesjak

Brauchtums- und Heimatpflege zu tun? Was hat es damit zu tun? Ist das nicht eine Art von Missbrauch, stelle ich hier in den Raum? Also maßlos ist diese Geschichte, dummdreist, schamlos, unverfroren, das ist immer ein Griff in die Kassa gewesen, in das Landesvermögen. Das stellen wir jetzt ab. Mit dem Antrag und mit dieser Diskussion zeigen wir auch der Öffentlichkeit, dass das abgestellt wird. Diese egoistischen Motive zu dieser Selbstdarstellung muss man irgendwie beschränken. Und was vor allem auch nicht mehr gehen wird - wir stellen jetzt Transparenz her - dass man der Öffentlichkeit auch sagt, wieviel hat man wirklich ausgegeben und nicht so, wie wir das gewohnt sind von früher, dass man sagt, nein, nein, der Wahlkampf kostet eh weniger, der kostet eh nur € 50.000,- oder so irgendwie und dann stimmt das alles nicht. Auch das wird jetzt abgestellt. Und da können Sie noch so viel herumwachteln mit irgendwelchen Handtüchern und irgendwelchen Gegenargumenten, das glaubt Ihnen keiner mehr, dass da eh alle im gleichen Boot sitzen. Ich danke! (*Beifall von den Grünen und der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Abgeordneten Lesjak für ihren Debattenbeitrag! Wir haben eine weitere Wortmeldung, den Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Frau Kollegin Lesjak, um gleich auf Sie zu replizieren, ich bin wirklich erstaunt und eigentlich erschüttert, dass gerade Sie als Vertreterin der Grünen jetzt auch zur selektiven Transparenz neigen (*Abg. Dr. Lesjak: Differenzierung!*) und jetzt hergehen und sagen, es müssen nur die einen überprüft werden, die Objektivität ist nicht mehr interessant, weil jetzt sind wir in der Koalition mit dem einen (*Beifall von der F-Fraktion.*) und ob da jetzt missbräuchlich Gelder von der SPÖ verwendet wurden, ist ja nicht mehr interessant. Es ist auch nicht spannend, dass gegen den Landeshauptmann, gegen den Ersten Präsidenten, gegen die Frau Finanzlandesrätin Erhebungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft laufen. Auch das ist uninteressant. Ich muss sagen, ich bin wirklich erschüttert, ich hätte mir von

Ihnen mehr erwartet und ich kann auch ausführen, dass, sollte sich jetzt im anschließenden Untersuchungsausschuss herausstellen, dass Sie auch für den Vorsitz kandidieren wollen, Ihre Objektivität für uns nicht mehr gegeben ist, weil Sie offensichtlich die Koalition über die Transparenz stellen, das eigentlich für die Grünen – und Sie hatten bis dato auch den Nimbus der Aufdeckerpartei – nicht mehr gegeben ist. Ich finde es schade, denn da wurden Sie in der Öffentlichkeit ernst genommen, und die Stellung verlieren Sie. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, es hat daher die Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so angenommen. Bitte, zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Werbemittelbestände der zuletzt ausgeschiedenen Regierungsmitglieder Gerhard Dörfler, Kurt Scheuch und Harald Dobernig (alle FPK) das Vorliegen allfälliger strafrechtlich relevanter Tatbestände und etwaiger zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche des Landes Kärnten zu prüfen und gegebenenfalls gerichtlich geltend zu machen. In weiterer Folge sollen die Werbemittel Kärntner Sozialeinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt, allerdings liegt ein entsprechender Abänderungsantrag von Seiten der Freiheitlichen vor. Ich bitte den Landtagsdirektor, diesen Abänderungsantrag zu verlesen, weil der vorher abzustimmen ist.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Dieser lautet wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, sämtliche Werbemaßnahmen aller Landesregierungsmitglieder von 2004 bis 2013 auf das Vorliegen allfälliger strafrechtlich relevanter Tatbestände und etwaiger zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche des Landes Kärnten zu prüfen und gegebenenfalls gerichtlich geltend zu machen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben diesen Abänderungsantrag gehört. Ich frage Sie, wer dafür ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Dieser Abänderungsantrag ist nach meinem Dafürhalten einstimmig so beschlossen. Damit ist der ursprüngliche Antrag erledigt und wir haben den Tagesordnungspunkt 4 erledigt und kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 16-3/31:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes

Hohes Haus! Die Bestellung des Landesschulrates erfolgte ja bereits in der zweiten Sitzung des Kärntner Landtages, heute erfolgt noch die Bestellung der Bezirksschulräte. Hinsichtlich der Bezirksschulräte hat der Landtag für jeden politischen Bezirk fünf Mitglieder des Kollegiums der Bezirksschulräte mit beschließender Stimme zu bestellen. Die vom Landtag zu bestellenden Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates haben aus Vertretern der Lehrerschaft der in die Zuständigkeit des Bezirksschulrates fallenden Schularten zu bestehen. Die Elternvertreter der Bezirksschulräte werden von den Gemeinden unter Mitwirkung der Landesregierung bestellt.

Die Bestellungen erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Grundlage ist das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl vom 3. März 2013. Es liegen fünf Bestimmungsvorschläge vor. Die Bestellung erfolgt mit Handzeichen. Ich ersuche den Schriftführer, diese Vorschläge zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Bezirksschulräte auf Antrag der SPÖ: Bezirksschulrat Feldkirchen – Mitglieder Helmut Stadtschreiber, Sabine Hochkircher, Ersatzmitglieder Klaus Sekerka, Petra Martin. Ich ergänze: Bezirksschulräte – Lehrervertreter. Bezirksschulrat Hermagor: Mitglieder Waltraud Köstl, Norbert Leitner, Ersatzmitglieder Josef Bidner, Martina Wiedenig. Bezirksschulrat Klagenfurt-Land: Mitglieder Michael Hansche, Eva Eipeltauer, Ersatzmitglieder Melitta Ogris, Ulrike Mudri. Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt: Mitglieder Robert Münzer, Peter Czadilek, Friederike Meyer, Ersatzmitglieder Mag. Dr. Oswald Krobath, Walter Kropaunik, Ines Domenig. Bezirksschulrat St. Veit/Glan: Mitglieder MMag. Christine Mair, Herbert Brandstätter, Evelin Nuart, Ersatzmitglieder Ines Isopp-Erian, Mag. Werner Nagelschmied, Barbara Taferner. Bezirksschulrat Spittal/Drau: Mitglieder Mag. Karoline Krainz, Sylvia Petschar, Ersatzmitglieder Ilse Lackner, Katja Regittinig. Bezirksschulrat Villach-Land: Mitglieder Hauptschuldirektor MMag. Walter Millechner, Gabriele Wolf, Carina Fahlböck-Handler, Ersatzmitglieder Karin Melcher, Hauptschuldirektor Walter Kircher, Gerhard Oberrauner. Bezirksschulrat Villach-Stadt: Mitglieder Angelika Berchtold-Koroschitz, Karl Jereb, Mag. Gerlinde Kranner, Ersatzmitglieder Michael Eder, Elke Janach, Mag. Susanna Wolf. Bezirksschulrat Völkermarkt: Mitglieder Alois Pruntsch, Georg Opetnik, Elke-Maria Issak, Ersatzmitglieder Monika Huss, Maria Hobel, Barbara Zirngast. Bezirksschulrat Wolfsberg: Mitglieder Hauptschuloberlehrer Michael Driesen, Alexander Radl, Ersatzmitglieder Monika Maierhofer, Birgit Buchleitner. – Vielleicht lassen wir über den SPÖ-Antrag abstimmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ja! Sie haben den Vorschlag für die Bezirksschulratsmitglieder der SPÖ-Bezirksschulräte

Ing. Rohr

gehört. Die Wahlzahl dafür ist 8. Wer den Vorschlägen die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt. Bitte fortzufahren und den Vorschlag für die Freiheitlichen Mitglieder der Bezirksschulräte zu verlesen.

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:

Bezirksschulrat Feldkirchen: Mitglied Gudrun Köllich. Bezirksschulrat St. Veit/Glan: Mitglied Elvira Töffler, Ersatzmitglied Irene Buggelsheim. Bezirksschulrat Spittal/Drau: Mitglied Wilma Pirker, Ersatzmitglied Brigitte Rindler. Bezirksschulrat Villach-Land: Mitglied Susanne Poglitsch, Ersatzmitglied Lydia Komann. Bezirksschulrat Völkermarkt: Mitglied Hellfried Miklau, Ersatzmitglied Barbara Reiner. Bezirksschulrat Wolfsberg: Mitglied Helmut Kirisits, Ersatzmitglied Margit Ragger.

Vorsitzender Erster Präsident Ing. Rohr (SPÖ):

Die Wahlzahl beträgt 4. Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig erfolgt. Bitte die Vorschläge der Mitglieder des Bezirksschulrates, die von der ÖVP nominiert wurden!

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:

Bezirksschulrat Feldkirchen: Mitglied Hauptschuldirektor Heinrich Leeb, Ersatzmitglied: Hauptschuldirektor Volkmar Radl. Bezirksschulrat Hermagor: Mitglied Hauptschuloberlehrer Gerald Ressi, Hauptschuloberlehrer Heimo Salcher, Ersatzmitglieder Josef Huber und Hauptschuloberlehrer Josef Kronabetter. Bezirksschulrat Klagenfurt-Land: Mitglied Hauptschuldirektorin Christa Puxbaumer, Ersatzmitglied Christina Werhonig. Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt: Mitglied Marina Kos, Ersatzmitglied Hemma Gabriele Lettner. Bezirksschulrat St. Veit/Glan: Mitglied Elvira Priebernig, Ersatzmitglied Maximilian Wimpler. Bezirksschulrat Spittal/Drau: Mitglied Hauptschuldirektor Siegfried Grutschnig, Ersatzmitglied Mag. Lando-Alexander Brunner. Bezirksschulrat Völkermarkt: Mitglied Maria Melanscheg-Kriessmann, Ersatzmitglied

Dieter Schöffmann. Bezirksschulrat Wolfsberg: Mitglied Silvia Martinz, Ersatzmitglied Heike Pöcheim.

Vorsitzender Erster Präsident Ing. Rohr (SPÖ):

Sie haben die Vorschläge für die ÖVP-Mitglieder der Bezirksschulräte gehört. Die Wahlzahl ist 3. Wer diesen Vorschlägen zustimmt, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist ebenso einstimmig erfolgt. Bitte die Vorschläge der grünen Fraktion!

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land: Mitglied Daniela Kriemer. Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt: Mitglied Doris Isabell Bayer. Bezirksschulrat Villach-Stadt: Mitglied Volksschuloberlehrerin Andrea Pech.

Vorsitzender Erster Präsident Ing. Rohr (SPÖ):

Wer diesem Vorschlag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! Die Wahlzahl ist 3. – Ebenso einstimmig beschlossen. Wir kommen zu den Vorschlägen des Teams Stornach.

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:

Bezirksschulrat Spittal/Drau: Mitglied Wolfgang Tscheru. Bezirksschulrat Villach-Stadt: Mitglied Isabella Dorfer, Ersatzmitglied Sandra Maier. Bezirksschulrat Wolfsberg: Mitglied Rüdiger Zlamy.

Vorsitzender Erster Präsident Ing. Rohr (SPÖ):

Sie haben auch diesen Vorschlag gehört. Die Wahlzahl beträgt 3. Wer diesen Vorschlägen zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist ebenso einstimmig erfolgt. Damit kann die Konstituierung der Kollegien der Bezirksschulräte erfolgen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben nach 28 Debattenbeiträgen und Wortmeldungen die Tagesordnung damit abgearbeitet. Ich ersuche den Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes!

Ing. Rohr

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Dringlichkeitsanträge:

**Ldtgs.Zl. 58-1/31:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Maßnahmenpaket für freiwillige Helfer** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass ehestmöglich folgende Maßnahmen für freiwillige Helfer umgesetzt werden:

Berücksichtigung jahrelanger Freiwilligenarbeit für Blaulichtorganisationen beim Pensionsanspruch;

bevorzugte Aufnahme von Freiwilligen in den Öffentlichen Dienst;

Entgeltfortzahlung und Sonderurlaub für freiwillige Helfer bei Katastrophen, wobei dies den Arbeitgebern refundiert werden muss;

Reduktion von Selbstbehalten für jene Freiwilligen, die dem Gesundheitswesen dienen;

steuerliche Erleichterung für private Unternehmen, die Freiwillige beschäftigen;

Rückerstattung der Mehrwertsteuer für Freiwilligenorganisationen beim Ankauf von Gerätschaften.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Dringlichkeitsantrag gehört. Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist von der antragstellenden Fraktion Abgeordneter Trettenbrein. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder des Hohen Hauses! Werte Zuhörer! Mir und Ihnen allen

sind ja noch die schrecklichen Bilder des Hochwassers, das es in den letzten Wochen gegeben hat, vor Augen. Ich als Abgeordneter aus dem Bezirk Wolfsberg habe das noch gut in Erinnerung, was vor einem halben Jahr in Lavamünd passiert ist.

Wir alle wissen, wie schrecklich es so manche Familie getroffen hat. Diese Problematiken, die Katastrophen, die hier passieren, meine Damen und Herren, sind in Wirklichkeit nicht bewältigbar. Sie wären schon überhaupt nicht bewältigbar, wenn wir nicht die vielen Freiwilligen hätten, die unter Einsatz ihres Lebens immer wieder bereit sind, für die Gesamtgesellschaft einzustehen. Was aber immer wieder passiert, ist, dass diese freiwillige Leistung, diese freiwillige Arbeit in Wirklichkeit nicht richtig abgesichert ist. Wenn Sie den Antrag lesen, dann geht es hier in diesem Fall nicht um die Opfer des Hochwassers, sondern es geht um die freiwilligen Helfer. Es geht um die Vielen, die hier ihren Urlaub hernehmen, die von der Arbeit weggehen, die in ihrer Freizeit helfend und unterstützend tätig sind und die dann im Nachhinein meistens mit dem Dienstgeber Probleme bekommen oder auch in der eigenen Familie, wie wir wissen. Fakt ist aber auch, dass, wenn so eine Katastrophe passiert ist, die Politiker immer wieder mit Gummistiefeln hinausmarschieren und dort alles Mögliche versprechen. Da nehme ich keine Partei aus, das sage ich auch in aller Offenheit und Ehrlichkeit. Draußen wird viel versprochen, nur meistens ist es dann so, wie es so schön heißt, aus dem Auge, aus dem Sinn. Das heißt, wenn die Berichterstattungen in den Medien nachlassen, wenn es die Fernsehbilder nicht mehr gibt, dann ist sehr schnell wieder alles vergessen, wie es gekommen ist. Es dauert dann wieder bis zur nächsten Katastrophe, bis dieselben Versprechungen wieder gemacht werden, daher dieser Dringlichkeitsantrag von uns. Sie werden sagen, ja, es ist nicht dringlich. Wir können darüber im Ausschuss diskutieren. Ich glaube, gerade aus diesem Grund der Vergesslichkeit, aus dem Auge, aus dem Sinn, ist es notwendig, jetzt zu handeln, jetzt die Bundesregierung aufzufordern, hier Maßnahmen zu setzen. Es hat zwar jetzt vor

Trettenbrein

zwei oder drei Tagen diesen Hochwassergipfel gegeben, aber am Ende des Tages muss man feststellen, dass kein Ergebnis herausgekommen ist. Bei der Pressekonferenz haben sich dann die Regierungsparteien hingestellt und schulterzuckend gesagt, leider Gottes, Ergebnis gleich null, daher sollte meiner Meinung nach hier von Kärnten aus dieser Impuls kommen, dass wir hier Maßnahmen setzen, um der Freiwilligenarbeit Nachdruck zu verleihen und ihr die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie verdient. Wir wissen, dass es ganz besonders in Kleinbetrieben, in Mittelbetrieben, die wenige Bedienstete haben und wo dann Feuerwehrleute tätig sind, nicht so einfach ist, wenn jemand zu einem Einsatz weg muss und es immer schwieriger wird, solche Firmen zu finden, die Personen, die freiwillig tätig sind, einstellen, daher bedarf es der Unterstützung. Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, damit den freiwilligen Helfern und Helferinnen auch geholfen wird! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich von den Grünen der Abgeordnete Johann.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und in der elektronischen Wolke! Ich möchte auch die Agenten der National Security Agency in Utah begrüßen, die uns jetzt wahrscheinlich abhören, damit die auch einmal genannt werden! *(Heiterkeit im Hause.)* Der Freiwilligendienst ist ein wichtiges Thema, das sage ich als ein vom Hochwasser im November Betroffener. Im November, da kann ich mich erinnern, war der damalige Landeshauptmann Dörfler auch in unserer Gegend. Er war vor allem damit beschäftigt, sich mit Hochwasseropfern fotografieren zu lassen. Er hat sich von den Freiwilligen die Sandsäcke vor die Füße heben lassen, damit die Füße nicht nass werden bei den Fototerminen. *(Abg. Dr. Lesjak: Peinlich!)* Die Dringlichkeit für dieses Thema haben wir damals nicht erkennen können. Ich denke, dieses Thema hat sich eine wirklich ernsthafte Diskussion verdient. Was vorliegt, ist für uns ein Sammelsurium von

mit völlig unausgegorenen und mit unserer Verfassung nicht zu vereinbarenden Forderungen, ein volles Papier, mit dem wir uns nicht identifizieren können. Wir wollen eine umfassende Diskussion, bei der auch zur Sprache kommt, wie Hochwasser, wie Katastrophen vermieden werden können, wie man hier Freiwillige am besten einsetzt. Diese Diskussion soll im Ausschuss geführt werden, in der Regierung geführt werden, aber nicht auf Basis eines Antrages, der uns auch in Verhandlungen mit der Bundesregierung wirklich lächerlich machen würde, deswegen sagen wir Nein zur Dringlichkeit und wir wollen eine fundierte Diskussion im Ausschuss. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der SPÖ-Abgeordnete Klaus Köchl. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Dieser Dringlichkeitsantrag „Maßnahmenpaket für freiwillige Helfer“ von der Freiheitlichen Partei, das ist, wenn ich das so sagen darf, so richtig typisch Freiheitlich. Seit eineinhalb Jahren wisst ihr schon, dass im Bezirk St. Veit/Glan Feuerwehrleute mit der Wirtschaft, mit Vertretern von Sozialpartnern ein Konzept ausgearbeitet haben. Dieses Konzept habt ihr in der Regierung bekommen, das habt ihr als Abgeordnete bekommen, und ihr habt eineinhalb Jahre nichts gemacht! Da war nichts dringend, da ist nichts notwendig gewesen! Jetzt geht ihr her und sagt uns, dass das ein Dringlichkeitsantrag ist und dass das fast nicht mehr auszuhalten ist und dass die Freiwilligkeit in Kärnten und in Österreich dadurch gefährdet ist. Ich glaube, dass das ein sehr wichtiges und sehr ernsthaftes Thema ist, dass hier alle Verhandlungspartner an den Tisch gehören, dass hier ganz genau geredet werden muss, wie man so etwas angeht. Sie von den Freiheitlichen wissen ganz genau, dass der Minister Hundstorfer in Verhandlungen steht, dass hier Sachen passieren sollen, *(Abg. Trettenbrein:*

Köchl

Das hat er gesagt!) deshalb schlagen wir auch vor, dieser Dringlichkeit nicht die Zustimmung zu geben, sondern im Ausschuss ganz konkret darüber zu reden mit allen, die damit verbunden sind, mit den verantwortlichen Leuten der Feuerwehr, mit allen Blaulichtorganisationen, vor allem mit Mitgliedern der Landesregierung, mit dem Städte- und Gemeindebund, vor allem aber auch mit der Wirtschaftskammer. Denn die haben dort die Gewerbetreibenden zu vertreten, mit ihnen ist das auszuhandeln, wie man das macht. Ich würde auch den Feuerwehrkommandanten des Bezirkes St. Veit, Egon Kaiser, mit einfließen lassen. Ich glaube, da sind sehr, sehr gute Ansätze dabei, das Ergebnis der Bundesregierung mit den Verhandlungen, wie weit der Herr Hundstorfer ist. Wir sollten diesbezüglich auch einen Vertreter hier einladen, damit wir da bestens Bescheid wissen. Das wäre der richtige Weg dazu. Ich glaube, dass die Leute und die Feuerwehrleute hier schon sehr dankbar sind, wenn man das wirklich ordnungsgemäß macht. Das geht nicht mit einer Aussendung im Nationalrat vom Herrn Darmann, dass er sagt, die SPÖ und die anderen Parteien sind alle dagegen, nur die Freiheitlichen erfinden das jetzt neu und die Politiker gehen mit den Gummistiefeln hin. Ich erinnere noch, wie der ehemalige Landeshauptmann Dörfler mit dem Boot hingefahren werden hat müssen, weil er sich selber keine Gummistiefel anziehen hat können oder gar nass geworden wäre. Das, glaube ich, ist das, was man auf keinen Fall so machen sollte. Hier ist mit Augenmaß vorzugehen. Hier hat man genau zu überlegen. Ich freue mich schon, wenn wir das im Ausschuss richtig diskutieren werden und man so der Freiwilligkeit hilft, dass das auch einen Sinn hat. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Vorerst als Letzter zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Abgeordneter Bürgermeister Ferdinand Hueter. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Es wäre ein Leichtes, jetzt herzugehen und zu sagen, wir sind da dafür. Die Dringlichkeit wird zuerkannt, eine Viertelstunde Diskussion und dann ist das erledigt. Mir geht es aber um die Sache und ich hoffe, allen anderen auch! Dieses Thema wird ja schon über Jahre oder über Jahrzehnte diskutiert, nur vielleicht ein bisschen anders formuliert. *(Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.)* Ja, ja, leider Gottes haben wir diese Katastrophen schon oft genug gehabt. Ich glaube, jeder Verantwortliche, der heute da herinnen ist und der auch in der Öffentlichkeit steht, weiß um die Freiwilligkeit der Hilfsorganisationen. Ohne jene würde unser Land nicht mehr funktionieren, ohne Feuerwehr, ohne die ganzen Rettungskräfte, das wissen wir ja alle! Nur, ich will auch haben, dass man das wirklich in die Tiefe diskutiert. Weil es eine Bundesaufgabe ist, sollte man logischerweise einmal wissen, wie weit der Wissensstand des Bundes ist. Dann kann man sich ergänzen und schauen, dass man aus diesem etwas Gescheites zusammenbringt. Das ist der Punkt. Deswegen geben wir dieser Dringlichkeit heute nicht die Zustimmung, logischerweise schweren Herzens, weil wir das im Ausschuss in die Tiefe diskutieren wollen. Ich glaube, alle, vor allem auch die freiwilligen Helfer, da bin ich überzeugt davon, wissen, worum es da geht. Diese Inhalte, die da drin stehen, der Punkt 2 – „Bevorzugte Aufnahmen von Freiwilligen in den öffentlichen Dienst“ – in meiner Gemeinde mache ich das schon seit zehn Jahren. Das ist eine Grundvoraussetzung für mich, dass jemand, der sich in der Gemeindehoheit bewirbt, sagt, dass er bei der Feuerwehr oder dass er irgendwo bei einer Rettungsorganisation ist. Da brauche ich ja kein Gesetz! Ein bisschen Selbstmoral muss da dabei sein. Aber noch einmal: Gescheiter werden kann man jeden Tag. *(Abg. Trettenbrein: Sag das dem Roten Bürgermeister in Wolfsberg!)* Weißt eh, ich kann nicht 131 anderen Bürgermeistern sagen, was sie zu tun haben. Das kann auch der Bund wahrscheinlich nicht tun, aber wir können eines im Landtag schon tun: Das im Ausschuss ordentlich diskutieren, alle Für und Wider abwägen. Für mich sind da die Fürs auf jeden Fall an oberster Stelle, weil das, was die freiwilligen Helferinnen und Helfer in den letzten 14 Tagen in diesen Hochwassergebieten

Ing. Hueter

geleistet haben, das ist eh schon unmenschlich. Es ist auch logisch, dass man denen maximale Hilfe seitens der Öffentlichkeit zuerkennt. Logisch ist für mich auch, dass man denen sozial alles abfedert, was nur geht. Aber das ist eine Bundesangelegenheit. Wir werden von Kärntner Seite aus im Ausschuss helfend zur Seite stehen, das wirklich super diskutieren und schauen, dass wir vielleicht dadurch ein besseres Gesetz zustande bringen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich lasse daher über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen und einer Stimme des BZÖ in der Minderheit geblieben. Es wird dieser Dringlichkeitsantrag dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen zugewiesen. Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Ich bitte den Herrn Landtagsdirektor, diesen zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldts.Zl. 59-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend kein Aufschüren des Volksgruppengesetzes mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass jene Teile im Entwurf des neuen Volksgruppengesetzes, die die slowenischsprachige Volksgruppe Kärntens betreffen, nicht mehr abgeändert werden, da mit der Lösung der Ortstafelfrage im Frühjahr 2011 nun sämtliche Bedingungen des Artikel 7 des Staatsvertrages erfüllt worden sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich für die antragstellende Fraktion Dritter Präsident Josef Lobnig gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es jährt sich bereits in einigen Wochen der Jahrestag zum zweiten Mal, als in Kärnten die als historisch bezeichnete Ortstafellösung gefunden wurde in einem breiten Konsens und unter Mitwirkung aller im Landtag vertretenen Parteien, aber auch aller Heimat- und Traditionsverbände sowie der Mitglieder aller Volksgruppenorganisationen. Damals titelte die Kleine Zeitung folgend: „Nach der Ortstafellösung sei das Verhältnis zwischen Österreich und Slowenien so gut wie noch nie.“ Zeitung vom 17. August 2011. „Es ist wünschenswert, dass diese Beziehungen auf nachbarschaftlicher Ebene gut verlaufen, um sich wirtschaftlich, kulturell, touristisch austauschen zu können und die Wirtschaft gemeinsam nach vorne zu bringen.“ Geschätzte Damen und Herren, wenn aber in der jüngsten Zeit, vor einigen Tagen keine Geringere als die slowenische Regierungschefin Alenka Bratušek nach Wien reist anlässlich des Besuchs bei der Parlamentspräsidentin und anscheinend in ihrer sehr jungen oder sehr kurzen Amtszeit keine großen Probleme in Slowenien sieht, aber bei der Entwicklung im Volksgruppenbereich in Kärnten und damit aber auch eine weitere Einforderung und Umsetzung des Artikel 7 des Staatsvertrages verbindet, geschätzte Damen und Herren, dann hat das in der breiten Bevölkerung Entrüstung ausgelöst. Das muss man ehrlich feststellen. Warum? Weil man davon ausgegangen ist, mit der Lösung der Ortstafelfrage, von vielen hochrangigen Bundespolitikern zitiert, ist jetzt der Artikel 7 des Staatsvertrages endgültig erfüllt. Vor allem wurde parallel dazu ja auch ein Dialogforum im Amt der Kärntner Landesregierung eingerichtet, wo alle an der Lösung Beteiligten mit Sitz und Stimme dabei sind, um auch über die Probleme und über die Entwicklung der Volksgruppe und vor allem im Gebiet der Volksgruppen darüber zu diskutieren und diese weiterzubringen.

Lobnig

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es uns hier sehr wichtig sein muss, den sozialen Frieden zwischen der Mehrheits- und der Volksgruppenbevölkerung auch für die Zukunft sicherzustellen, daher kann es nicht angehen, wenn von außen hier in unserem sozialen Frieden gezündelt wird, wenn hier wieder Forderungen erhoben werden. Gerade das Volksgruppen-gesetz ist ja im Parlament in der Diskussion. Kein Geringerer als selbst Staatssekretär Dr. Ostermayer hat uns und vor allem in einer persönlichen Besprechung, wo ich selbst noch im vorigen Jahr dabei war, versichert, dass man mit diesem Gesetz, mit dieser Lösung gut fährt und damit auch sichergestellt ist, dass auch die Angehörigen anderer Volksgruppen, ob das die Kroaten im Burgenland sind oder die Slowenen in der Steiermark und auch hier in Kärnten, damit auch das Auslangen finden würden, dann ist, glaube ich, von dieser Stelle das auch zu akzeptieren und damit natürlich auch in Kärnten der soziale Friede sicherzustellen. Daher ist es für mich und für die Freiheitliche Fraktion wichtig, dass hier auch der Landeshauptmann, der ja beste Kontakte nach Wien hat, aber auch zu Slowenien, was uns auch nützen soll, klarstellt, dass wir keine Einmischung von außen brauchen, sondern dass er sich vielleicht einmal bemüht – und das hat er, glaube ich, im Gespräch in Slowenien auch untermauert – dass eine Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien wohl vordringlicher wäre. Und daher, geschätzte Damen und Herren, hätte ich mir anlässlich des Besuchs der Regierungschefin erwartet, dass sie bereits mit dieser Botschaft gekommen wäre. Was seit Jahren mit vielen Beschlüssen hier in diesem Hause abgesegnet wurde und wiederum, auch die Bundesregierung, aufgefordert wurde, diesbezüglich in Verhandlungen zu treten, ist leider Gottes bis heute nicht geschehen. Daher unterstützen Sie diesen Antrag, es geht uns um den sozialen Frieden, den wir gemeinsam in diesen letzten Jahren aufgebaut haben, damit dieser auch in der Zukunft seinen Fortbestand haben wird. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Bür-

germeister Jakob Strauß. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Hohes Haus! Der Parteitag, der Wiedervereinigungsparteitag der Freiheitlichen FPK, des ehemaligen BZÖ, jetzt wieder Freiheitlichen Österreichs oder Kärntens, kommt immer näher. Man braucht dringend Stoff und Material und nimmt dann als Aufwand und als dementsprechende Situation ein Interview der Tageszeitung „Kurier“ heraus, wo wörtlich die Ministerpräsidentin Sloweniens schreibt bzw. die Zeitung schreibt das halt so: „Die slowenische Minderheit ist für uns ein wichtiges Element in den bilateralen Beziehungen. Wir erwarten noch weitere Schritte der Umsetzung des Artikels 7 des Staatsvertrages, der den Status und die Rechte der Kärntner Slowenen festschreibt. Die neue Kärntner Landesregierung muss alle nötigen Schritte unternehmen, die Rechte der Minderheit zu erfüllen.“ Uns freut jedenfalls die neue politische Atmosphäre. In Kärnten wurde dieser Beitrag nicht abgedruckt, warum auch immer. Da ist scheinbar irgendwie eine politische Atmosphäre, eine Verbesserung des Dialoges zwischen Staaten, Bürgerinnen und Bürgern, die vor 100 Jahren noch im selben Staat gewohnt haben. Zwei nationalistische Prägnungen und zwei Weltkriege haben diese Menschen eher auseinandergeführt als zusammengeführt. Man muss aber auch bedenken, dass diese Menschen 300 Jahre in derselben österreichisch-ungarischen, kleinen, heute vielleicht europäischen Union, zusammengelebt haben, versucht haben, die wirtschaftlichen Erfolge vielleicht selbst zu erarbeiten. In Kärnten hat vor rund zwei Jahren, im Frühjahr 2011, mit Einbeziehung vieler Gespräche und tausender Stunden der damalige Landeshauptmann verkündigt, man hat sich in der Mitte der Brücke getroffen, der Ortstafelstreit wurde beendet. Zusätzliche Ortschaften, Gemeinden wurden mit der Umsetzung beauftragt und es wurde auch das sogenannte „Dialogforum“ installiert. Das war die erste Installation, Herr Präsident, und mehr ist da nicht mehr passiert. Ihr habt euren eigenen Landeshauptmann zurückgepfiffen oder er hat nicht mehr dürfen. Für mich verwunderlich, dass der erste Präsident seinerzeit, Josef Lobnig, als Re-

Strauß

präsentant des Kärntner Landtages, als die Einrichtung und die Person, die neben dem Landeshauptmann das Land vertritt, an diesem großen historischen Tag im Spiegelsaal nicht anwesend war und heute hier sagt, alle maßgeblichen Kräfte haben mitgewirkt, alle Heimatverbände haben Ja gesagt. Höchstwahrscheinlich, vermute ich, dass hier einer der Heimatverbände das Erscheinen zur damaligen Zeit nicht gewährleistet hat. Die Initiative ist ausgegangen, wir haben einen neuen Landeshauptmann in Kärnten und der Landeshauptmann wird auch dieses Dialogforum wieder aufleben lassen, um ein modernes und neues Volksgruppengesetz zu installieren. Ein neues, modernes Volksgruppengesetz, das auch die Veränderung der Gesellschaft und deren Entwicklungen beinhalten soll. Meine Information seitens der Bundesregierung und auch von Staatssekretär Ostermayer ist jene, man hat versucht, in einigen Sitzungen in Wien als zuständiges Organ auf Ebene der Bundesregierung beim Bundeskanzler angesetzt, diese Thematik zu aktualisieren. Leider Gottes ist es aus heutiger Sicht und aus heutiger Erkenntnis bis zum heutigen Tag so, dass die Vorstellungen einiger, nicht aller, ich sage, einiger und namentlich in Kärnten bekannter Personen so sind, dass sie ein Volksgruppengesetz, ein modifiziertes Volksgruppengesetz in jener Form haben wollen, dass selbst die Wiener Bundesregierung, die derzeitige Bundesregierung diese Fragenstellungen und diese Erörterungen auf Eis gelegt hat. Und zwar deshalb auf Eis gelegt hat, weil sie unter Umständen womöglich mit einer breiten Meinung der Kärntnerinnen und Kärntner – wenn man Kärnten anspricht, man muss aber unter Umständen auch die Steiermark und das Burgenland ansprechen – zu größeren Fragestellungen führen kann. Das ist einmal der aktuelle Stand und unser Vorschlag seitens der Sozialdemokraten, es wäre wichtig, wir reden hier über Kärnten und Teile von Kärnten sind auch in einem neuen, modifizierten Volksgruppengesetz vorgesehen, weil es aus unserer Sicht auch wichtig und empfehlenswert ist, einen Dialog zwischen Menschen zu führen, auch im Kärntner Landtag einen Ausschuss damit zu befassen. Wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, erwarten uns aber natürlich die Einbindung jener Menschen, die es sind. Und wir reden hier nicht von Ausländern, sondern wir reden von Kärntnerinnen und Kärntnern, die gemeinsam den Auftrag erhalten haben, Kärnten modern und effi-

zient zu gestalten. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet für die Grünen ist die Frau Mag. Zalka Kuchling. Bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Kuchling** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf der Zuhörer- und Zuschauertribüne! Liebe Zuseher vor dem Internet! Ich bin jetzt wirklich geneigt, einen Satz auf Slowenisch zu sagen (*Abg. Mag. Leyrouz: Es geht um die Einhaltung der Geschäftsordnung!*) und den sage ich euch, der stammt nämlich aus einem Lied, das heißt „Štk pa risn ne gra“, so geht es wirklich nicht. Herr Präsident Lobnig, die Sache ist nämlich die, wenn jetzt die Ministerpräsidentin von Slowenien auf Besuch in Wien ist, daraus gleich irgendwelche Ängste in Kärnten abzuleiten und von „Zündeln“ zu reden, so scheint mir das wirklich maßlos – maßlos! – übertrieben. (*3. Präs. Lobnig: Das ist Salamtaktik! Scheibchen für Scheibchen!*) Die Topographieverordnung aus dem Jahre 2011, von der Sie gesprochen haben und die ja auch sehr wichtig ist für Kärnten und auch für die Kärntner Slowenen, ist natürlich ein Meilenstein gewesen, ist es nach wie vor, nur besteht die Thematik der Volksgruppe natürlich nicht nur ausschließlich aus der Frage der zweisprachigen topographischen Aufschriften, sondern vor allem im Bereich der Weitergabe der slowenischen Sprache, der Weitervermittlung des slowenischen Kulturgutes in Kärnten. Die Sprache – das hat Herr Abgeordneter Strauß auch hervorgehoben, Volksgruppen leben genau wie alle anderen Menschen auf der Welt, entwickeln sich weiter, haben Bedürfnisse im Jahre 2011, haben Bedürfnisse im Jahre 2013 und im Jahre 2030 und so weiter, und so weiter. Natürlich muss man sich immer wieder diesen Anforderungen stellen, man muss auch immer wieder hinschauen, was braucht die Volksgruppe, was braucht das friedliche Zusammenleben, was braucht das prosperierende Zusammenleben? Nämlich das sich untereinander, miteinander

Mag. Kuchling

bereichernde Zusammenleben. Das ist total wichtig, das geht ja sehr oft unter in unserer Diskussion. Man glaubt immer, auf der einen Seite stehen die, auf der anderen die, aber bitte sehr, wir leben gemeinsam, wir leben gemeinsame Nachbarschaft und ich genieße diese Nachbarschaft. Also ich genieße diese Nachbarschaft! Es ist ganz toll, was unter Landeshauptmann Dörfler ins Leben gerufen wurde, das Dialogforum, aber wie bereits erwähnt, einmal konstituiert, nie wieder einberufen. Aber wir haben jetzt die Möglichkeit, uns am 19.6. wiederzufinden und dort auch zu sprechen, und zwar miteinander zu sprechen und mit Vertreterinnen und Vertretern der Volksgruppe zu sprechen. Das ist ganz, ganz wichtig. Es ist auch ganz wichtig, dass wir die Novellierung des Volksgruppengesetzes, die ja angestrebt ist, nach wie vor bitte, auch wenn sie jetzt zur Zeit auf Eis gelegt sein sollte, das Bestreben besteht ja nach wie vor, dass es da zu einer guten Novellierung kommt, zu einer auch adäquaten und zeitgemäßen Novellierung des Volksgruppengesetzes. Das ist nach wie vor in Bearbeitung. Wir haben Arbeitsgruppen beim Bundeskanzleramt eingerichtet gehabt, die haben gearbeitet, sei es im Bereich der Bildung, Sprache, Wirtschaft, Verfassung und so weiter und so fort und natürlich wird diese Arbeit fortgesetzt werden, davon bin ich überzeugt. Ich bin dafür, dass wir diese Frage und auch Fragen der Volksgruppe souverän und auch sehr solide auch sachlich korrekt im Ausschuss vertiefen. Wir Grünen sehen die Dringlichkeit in dieser Form, wie sie heute präsentiert ist, nicht und stimmen dem Dringlichkeitsantrag nicht zu. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als vorläufig letzter Redner zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Franz Wieser zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Immer, wenn es in einem Land Probleme gibt, wenn man von irgendetwas ablenken will, dann

fährt ein Staatspräsident, ein Ministerpräsident, ein Landeshauptmann ins Ausland. Er fährt zum Beispiel nach Libyen, damals zu Gadaffi, er fährt in den Irak zu Hussein. Die slowenische Ministerpräsidentin kommt halt nach Österreich, um hier Themen anzuschneiden, um wahrscheinlich von den eigenen Problemen im eigenen Land eben abzulenken, aber natürlich auch ihre Interessen dementsprechend zu vertreten. Ich glaube aber, dass gerade für uns Kärntner oder für die Kärntnerinnen und Kärntner der Status der Minderheit, aber auch die Probleme, die mit dem Minderheitenwesen verbunden sind, ganz einfach etwas besonders Wichtiges sind. Und wenn hier ein neues Volksgruppengesetz ausgearbeitet werden soll, dann glaube ich, sollten wir Kärntnerinnen und Kärntner uns intensiv damit beschäftigen und wir sollten hier auch mitreden und mitgestalten, zumindest versuchen, mitzugestalten. Das werden wir aber nicht heute können, indem wir jetzt eine Viertelstunde über Minderheitenfragen reden, sondern ich glaube, dass wir uns dafür Zeit nehmen müssen, dass wir uns die Vorschläge, die bei diesem neuen Volksgruppengesetz gemacht werden, die Vorstellungen, die seitens der Minderheit kommen, aber auch die Vorstellungen, die von Seiten der deutschen Mehrheit aus Kärnten kommen, genau anschauen, mitdiskutieren, mitreden. Ich glaube, dass wir uns vor allem in einem Ausschuss dementsprechend die Zeit nehmen sollten, uns damit zu beschäftigen. Das heißt aber auch, dass wir natürlich der Dringlichkeit heute nicht stattgeben können, weil es aufgrund von Zeitungsberichten – nur von Zeitungsberichten, sage ich auch – keine Dringlichkeit gibt, weil eben, wie wir auch schon gehört haben, das neue Volksgruppengesetz derzeit gar nicht zur Diskussion steht, sondern irgendwann wiederum neu diskutiert werden wird. Wenn wir aber ein friedliches Miteinander von Volksgruppe, von deutschsprachiger Mehrheit, vor allem im Unterkärntner Bereich haben wollen, so sitzen wir alle in einem Boot. Was wichtig ist, ist ganz einfach die Weiterentwicklung von Kärnten. Wir brauchen eine wirtschaftliche Entwicklung, die es ermöglicht, egal, ob einer jetzt slowenisch redet, ob er deutsch redet, dass er einen Arbeitsplatz hat, dass er ein Einkommen hat. Wenn diese wirtschaftliche Entwicklung dementsprechend ist, werden wir auch Wege finden, dass eben auch das Zusammenleben der Minderheit und der Mehrheitsbevölkerung dementsprechend friedlich gestaltet

Wieser

werden kann. In diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit heute nicht die Zustimmung geben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse daher über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der sechs Freiheitlichen gegen alle anderen Stimmen in der Minderheit geblieben. Daher wird dieser Antrag von mir dem Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen. Ich bitte um die Verlesung des weiteren Einlaufs!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Dringlichkeitsanfragen:

Ldtgs.Zl. 32-5/31:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs an Landesrat Köfer betreffend weitere Vorgangsweise bei der B 100 Drautal Straße mit folgendem Wortlaut:

Welche konkreten Maßnahmen und zu welchem konkreten Zeitpunkt werden Sie als zuständiger Verkehrsreferent für die B 100 Drautal Straße im Abschnittsbereich Greifenburg, Berg im Drautal und Dellach im Drautal setzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine Damen und Herren! Bei Dringlichkeitsanfragen ist es folgend, dass über die Dringlichkeit abzustimmen ist. Wenn die Dringlichkeit gewährt wird, dann hat der Antragsteller fünf Minuten die Möglichkeit, die Anfrage zu begründen. Sollte allerdings das entsprechende Regierungsmitglied nicht anwesend sein, dann ist diese Anfrage an das Regierungsmitglied weiterzu-

leiten. Im Falle der Zuerkennung der Dringlichkeit hat das Regierungsmitglied 14 Tage Zeit, diese Anfrage zu beantworten. Im Falle der Nichtzuerkennung der Dringlichkeit hat das Regierungsmitglied acht Wochen Zeit, diese Frage zu beantworten. Ich lasse daher über die Zuerkennung der Dringlichkeit dieser Anfrage abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen eine entsprechende Mehrheit. Ich bitte den Antragsteller um seine Begründung! Abgeordneter Hueter, bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Begründung dieser Dringlichkeitsanfrage – weitere Vorgangsweise bei der B 100 Drautal Straße – glaube ich, liegt auf der Hand, vor allem deswegen, weil das wirklich eine Unendlichgeschichte der letzten 40 Jahre ist. Wir sind in den letzten Jahren sehr oft missbraucht und belogen worden. Der Bevölkerung ist alles versprochen worden, passiert ist quasi null. Wir haben den Stand bei der Planungsphase null, und zwar aufgrund dessen, weil in Greifenburg eine Unterflurtrasse quasi zugesagt worden, auch geplant worden ist. Dann ist ein Rechnungshofbericht gekommen. Laut Aussage vom damaligen Straßenbaureferenten und Landeshauptmann Dörfler hätte der Landesrechnungshof erörtert, dass die Unterflurtrasse kostenintensiver sei als eine Straße in der freien Landschaft – no na nit! Das ist ungefähr so, als würde man sagen, am Abend ist mit Dunkelheit zu rechnen und im Winter, stellen Sie sich vor, wird es kalt. Das ist ungefähr das Gleiche. *(Abg. Trettenbrein: Das ist eine Bauernregel!)* Da gibt es auch eine, aber die geht anders. Das sage ich dir dann einmal, wenn wir gut aufgelegt sind. *(gemünzt auf Abg. Trettenbrein.)* Da ist mir jetzt das Thema zu wichtig! Das gleiche Thema in Berg, das gleiche Thema in Dellach. Genau deswegen werden wir mit dem Kollegen Tiefnig Alfred zu einer Podiumsdiskussion laden. Schade, dass der zuständige Referent, Gerhard Köfer, nicht anwesend ist. Ich hätte ihn jetzt heute persönlich eingeladen nach Greifenburg, um einmal zu erfahren, a) wie er die weitere Vorgangsweise dieser drei Gemeinden, dieser B 100, vorzunehmen gedenkt, b) welche Trassenführung er bevorzugt und c) wann endlich mit dem Bau der B 100 in diesen drei Gemein-

Ing. Hueter

den begonnen wird. Das hat sich die Bevölkerung des Drautales, glaube ich, verdient. Ich möchte inständig bitten, dass wir hier endlich einmal die Wahrheit erfahren: Wann geht es los? Wie geht es los und in welchen Etappen? Wir wissen alle, Geld ist Mangelware, aber ich glaube, die Bevölkerung des Drautales hat es sich verdient, einmal Klarheit zu erfahren, wann hier die entsprechenden Maßnahmen zu setzen sind, deswegen haben wir heute hier diese Dringlichkeitsanfrage gestellt. Ich bitte auch über alle Coleurs hinaus, diese zu unterstützen, weil es hier wirklich um ein Nadelöhr geht! Alle, die das Drautal kennen: Das ist unfallmäßig ein sehr, sehr hohes. Jeder, der oben öfter fährt, kennt das. Das ist gerade jetzt mit diesem Schwerverkehr mit den Fünfachsern eine Katastrophe! Wirklich wahr, speziell im Winter, wenn es rutschig, wenn es eisig ist, wenn Verhältnisse da sind, die einfach ein bisschen anders sind, ist das ein Potential der Sicherheit, das für die Bevölkerung nicht mehr tragbar ist, deswegen ist es fast ein kleiner Hilfeschrei, dass wir hier beginnen. Ich bitte euch, dies zu 100 Prozent zu unterstützen! Gehen wir es gemeinsam an mit dem Land, mit dem zuständigen Referenten, Gerhard Köfer! Ich bin zuversichtlich, dass er das einsieht. Bitte, richtet ihm das aus! Wir werden in Bälde eine Podiumsdiskussion in Greifenburg haben. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die entsprechende Begründung. Diese Dringlichkeitsanfrage wird an den zuständigen Straßenbaureferenten weitergeleitet mit dem Hinweis, dass diese binnen 14 Tagen zu beantworten ist. Ich darf den Herrn Klubdirektor um den weiteren Einlauf bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

C) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 14-2/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs, ÖVP-Klubs und des Grünen-

Klubs betreffend Demokratiepaket für Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Verfassungsabteilung – in enger Abstimmung und ständigem Zusammenwirken mit dem Rechts- und Verfassungsausschuss des Kärntner Landtages – mit einer Neuerstellung bzw. Überarbeitung der Kärntner Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages so rechtzeitig zu beauftragen, dass eine Beschlussfassung noch im Jahr 2014 erfolgen kann.

Ziel und Inhalt dieser Novelle sind die Abschaffung des seit 1945 in Kärnten geltenden sogenannten „Proporzsystems“ durch die Einführung eines „Mehrheitssystems“ bei gleichzeitiger Stärkung der parlamentarischen Informations-, Kontroll- und Mitwirkungsrechte, mit dem besonderen Schwerpunkt auf der Stärkung der Rechte der parlamentarischen Minderheit.

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

2. Ldtgs.Zl. 108-3/31:

Antrag von Abgeordneten des BZÖ betreffend Überprüfung der Vertragsunterzeichnung des Wärmeliefervertrages für die Energie Klagenfurt GmbH

Zuweisung: Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr

3. Ldtgs.Zl. 177-3/31:

Antrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Schaffung eines Budgettransparenzgesetzes

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

4. Ldtgs.Zl. 104-1/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Tierschutz als

Mag. Weiß

Staatszielbestimmung in die Kärntner Landesverfassung

Zuweisung: Ausschuss für Jagd, Tierschutz, Natur-, National- und Biosphärenparks

5. Ldtgs.Zl. 136-2/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Weiterführung der Initiative „Novicus – unser Dorf“

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

6. Ldtgs.Zl. 104-2/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Verschärfung der Kontrollen bei Tiertransporten

Zuweisung: Ausschuss für Jagd, Tierschutz, Natur-, National- und Biosphärenparks

7. Ldtgs.Zl. 43-7/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Eingliederung des landwirtschaftlichen Schulwesens in die Schulabteilung des Landes Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

8. Ldtgs.Zl. 93-2/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Beibehaltung der Kostenübernahme für Ohrmarken

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

9. Ldtgs.Zl. 34-4/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Nein zu Spritverbrauch-Tricks – verschärfte Normen für vorgeschriebene Verbrauchs- und Abgastests der PKW-Hersteller

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

10. Ldtgs.Zl. 210-4/31:

Antrag von Abgeordneten des TS-Teams betreffend Kassenstelle Radiologie Althofen

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

11. Ldtgs.Zl. 210-5/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend ganzheitliches und abgestimmtes Lösungsprojekt für schwer autistische Menschen

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

12. Ldtgs.Zl. 210-6/31:

Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Bioessen in öffentlichen Einrichtungen

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

13. Ldtgs.Zl. 108-4/31:

Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Bekämpfung der Energiearmut in Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

14. Ldtgs.Zl. 14-3/31:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Verfassungsgesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung erlassen wird
./ mit Gesetzentwurf**

Mag. Weiß

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

D) **P e t i t i o n :****Ldtgs.Zl. 210-7/31:****P e t i t i o n vom 13.6.2013 betreffend Nachbesetzung der radiologischen Planstelle in Althofen ab 1. Juli 2013, überreicht durch Abgeordneten Franz Pirolt**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Landtagsdirektor! Damit sind alle Anträge entsprechend zur Kenntnis gebracht worden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Enquete des Kärntner Landtages zum Schutz der Bienen am Dienstag, den 18. Juni, mit Beginn um 14.00 Uhr. Ich möchte daran erinnern, dass erstens von allen Parteien auch entsprechende Experten nominiert wurden und dass die Abgeordneten diese Enquete auch mit der nötigen Präsenz ausstatten, denn ich denke, das war immerhin ein Be-

schluss, der einstimmig hier im Landtag zur Abhaltung dieser Enquete gefasst wurde.

Das Weitere vorerst mündlich, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Vorausgesetzt, dass es zu einer Budgetbeschlussfassung in der Regierung am 2. Juli kommen wird, sieht der Sitzungsfahrplan für den Juli folgendermaßen aus: 5. Juli, das ist ein Freitag, um 14.00 Uhr, Budgeteinbegleitung, 11. und 12. Juli, Debatte über den Rechnungsabschluss 2011 und 2012. Ich bitte, sich diese beiden Tage zu reservieren. Wir werden sehen, wie die Debatte verläuft, vielleicht sind wir an einem Tag fertig oder wir brauchen eben zwei Tage. Dann 18. und 19. Juli, Beschlussfassung des Landesbudgetvoranschlags für das restliche Jahr 2013. Ich würde Sie also ersuchen, sich diese Termine entsprechend vorzumerken, damit der Landtag in voller Präsenz anwesend ist. Ich werde diesen voraussichtlichen Terminplan, sage ich einmal, in den nächsten Tagen schriftlich übermitteln, damit alle Damen und Herren Abgeordneten dies auch in schriftlicher bzw. elektronischer Form zur Verfügung haben.

Das war es, was von meiner Seite noch mitzuteilen war. Ich darf mich bedanken für die großteils konstruktiven Debattenbeiträge! Denen, die nicht im Untersuchungsausschuss sind, wünsche ich ein gutes Nachhausekommen! Die Mitglieder, die heute als Mitglieder des Untersuchungsausschusses gewählt wurden, bitte ich, sich spätestens um 16.45 Uhr zur konstituierenden Sitzung im Kleinen Wappensaal einzufinden! Die Landtagssitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.42 Uhr